

SATZUNG

über die Aufstellung des Bebauungsplanes "Bahnhofstraße" der Stadt Oppenau (Ortenaukreis)

Der Gemeinderat der Stadt Oppenau hat am 19.07.1999 den Bebauungsplan "Bahnhofstraße" unter Zugrundelegung der nachstehenden Rechtsvorschriften als Satzung beschlossen.

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141), berichtigt am 16.01.1998 (BGBl. I S. 137)

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3 Investitionserleichterungs- und WohnbaulandG vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (PlanzVO 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58)

Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.08.1995 (GBl. S. 617), geändert durch Gesetz vom 15.12.1997 (GBl. S. 521).

Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.10.1983 (GBl. S. 577, 720), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 08.02.1999 (GBl. S. 65).

§ 1 - Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus den Festsetzungen des Bebauungsplanes.

§ 2 - Bestandteile des Bebauungsplanes

Der Bebauungsplan besteht aus:

- | | | |
|---|------------|-----------------------|
| 1. dem "Zeichnerischen Teil" | M. 1 : 500 | i.d.F. vom 15.07.1999 |
| 2. den Schriftlichen Festsetzungen | | i.d.F. vom 15.07.1999 |
| 3. dem Grünordnungsplan-
Maßnahmenplan | M. 1 : 500 | i.d.F. vom 15.07.1999 |

4. den Festsetzungen zur Grünordnung M. 1 : 500 i.d.F. vom 15.07.1999
5. Ergebnisse schalltechnischer Besprechungen
- Ausbau einer Teilumgehung Oppenau im
Zuge der B 28 - vom 09.07.1998

Dem Bebauungsplan beigelegt sind:

1. die Begründung i.d.F. vom 15.07.1999
2. der Grünordnungsplan-
Bestands-/ Konfliktplan M. 1 : 500 i.d.F. vom 07.05.1999
3. die Erläuterung zum Grünordnungsplan i.d.F. vom 15.07.1999
4. der Übersichtsplan M. 1 : 5000 i.d.F. vom 07.05.1999

§ 3 - Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 75 Abs. 3 Nr. 2 LBO handelt, wer den aufgrund von § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 74 LBO ergangenen Vorschriften dieser Satzung zuwiderhandelt.

§ 4 - Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung nach § 10 BauGB in Kraft.

Oppenau, den 19. Juli 1999



(Handwritten signature)
(Grieser)
Bürgermeister

Fertigung : 2
Anlage : 2
Blatt : 1-8

BEBAUUNGSVORSCHRIFTEN

zum Bebauungsplan "Bahnhofstraße", Stadt Oppenau (Ortenaukreis)

Hinweis: Da es sich bei den Flächen, die als Nutzungszonen 4, 5 und 6 ausgewiesen sind, um überwiegend Bestand handelt, werden für diese Bereiche des Planungsgebietes keine weiteren Festsetzungen im Sinne eines qualifizierten Bebauungsplanes getroffen. Der Umfang sowie die Gestaltung von eventuellen Umbau- bzw. Erweiterungsmaßnahmen erfolgt weiterhin entsprechend der bisherigen Rechtslage i.R. v. § 34 BauGB. In den Bebauungsvorschriften erfolgen lediglich Festsetzungen hinsichtlich der zulässigen Nutzung und den erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen.

A Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 BauGB)

1.0 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 Mischgebiet (Mi) nach § 6 BauNVO

1.1.1 Innerhalb der als Mischgebiet (Mi) ausgewiesenen Flächen sind Vergnügungsstätten nach § 6 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 3 unzulässig.

1.2 Eingeschränktes Gewerbegebiet (GEE) nach § 8 BauNVO

1.2.1 Zum Schutz der angrenzenden Wohnbebauung wird gemäß § 1 Abs. 4 BauNVO das Gewerbegebiet im Bereich der als eingeschränktes Gewerbegebiet - GEE - ausgewiesenen Fläche (Nutzungszonen 2,3 und 5) wie folgt eingeschränkt:

Zum Schutz der angrenzenden Wohngebiete sind nur nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe zulässig.

Als wesentlich störend gelten z.B. Handwerksbetriebe wie Schreinereien, Schlossereien. Diese können jedoch ausnahmsweise gemäß § 31 BauGB zugelassen werden, wenn im Baugenehmigungsverfahren im Einzelfall durch vorzulegende genaue Antragsunterlagen, insbesondere Gutachten, schlüssig und nachprüfbar nachgewiesen wird, dass durch besondere Baumaßnahmen, durch Betriebseinschränkungen oder auf andere Weise die Emissionen soweit begrenzt oder Ableitbedingungen so gestaltet werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen sicher ausgeschlossen sind.

1.2.2 Innerhalb der als eingeschränktes Gewerbegebiet (GEE) ausgewiesenen Flächen sind Vergnügungsstätten nach § 8 Abs. 3 Nr. 3 unzulässig

1.3 Flächen für den Gemeinbedarf (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)

Das Grundstück des bestehenden Altenwohnheimes wurde als Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung "Altenwohnheim" ausgewiesen.

2.0 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

2.1 Die Zahl der Vollgeschosse, Grundflächenzahl (GRZ) und Geschoßflächenzahl (GFZ) wird nur für die Nutzungszonen 1, 2 und 3 durch Eintragungen im "Zeichnerischen Teil" festgesetzt.

2.2 Erdgeschoßfußbodenhöhe

Die Erdgeschoßfußbodenhöhe im Bereich der Nutzungszonen 1, 2 und 3 darf max. 0,50 m betragen, gemessen ab Straßen- bzw. Gehwegoberkante bis Oberkante Erdgeschoß Fußboden.

Zu messen ist in der Mitte der straßenseitigen Grundstücksgrenze, von der aus das Grundstück seine Zufahrt erhält.

2.3 Gebäudehöhe

Die Gebäudehöhen sind im Bauantrag durch einen Geländeschnitt unter Angabe von Geländehöhen in m über NN nachzuweisen.

2.3.1 Wandhöhe

Die max. zulässige Wandhöhe der Gebäude im Bereich der Nutzungszonen 1, 2 und 3, gemessen von OK Erdgeschoß Rohfußboden bis Schnittpunkt Außenwand / Oberkante Dachhaut darf betragen

im Mischgebiet (Mi) - Nutzungszone 1
6,50 m

im eingeschränkten Gewerbegebiet (GEE) - Nutzungszone 2
7,50 m

im eingeschränkten Gewerbegebiet (GEE) - Nutzungszone 3
5,50 m

2.4 Gebäudetiefe

Für die geplanten Wohngebäude innerhalb der Nutzungszone 1 wird eine max. Gebäudetiefe von 12,00 m festgesetzt. Die Gebäudetiefe wird rechtwinklig zur Hauptfirstrichtung des jeweiligen Gebäudes gemessen.

- 3.0 Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO)
- 3.1 Im Bereich der Nutzungszonen 1 und 2 wird die "offene Bauweise" (o) nach § 22 BauNVO festgesetzt.
Im Mischgebiet sind nur Einzelhäuser zulässig.
- 3.1 Im Bereich der Nutzungszone 3 wird die "abweichende Bauweise" (a) nach § 22 BauNVO festgesetzt.
Es sind Gebäude mit einer Baukörperlänge bis max. 75 m zulässig.
- 4.0 Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- 4.1 Die Straßenböschungen, das Bankett sowie die Verkehrsinseln werden als öffentliche Grünfläche "Verkehrsgrün" ausgewiesen. Diese Flächen sind gemäß den Festsetzungen des Grünordnungsplanes zu gestalten.
Die Uferbereiche des Lierbaches werden als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Gewässerschutz" ausgewiesen und sind gemäß den Festsetzungen des Grünordnungsplanes zu gestalten.
- 5.0 Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
- 5.1 Die Bahnhofstraße ist entsprechend dem Straßenplanungsentwurf als "Teilumgehung Oppenau im Zuge der B 28" auszubauen.
- 5.2 Die als "verkehrsberuhigter Bereich" ausgewiesenen und als solche im Plan dargestellten Verkehrsflächen sind entsprechend zu gestalten.
- 5.3 Die Parkplätze westlich des Bahnhofes werden als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung - "Parkplatz" - ausgewiesen und sind entsprechend den Festsetzungen des Grünordnungsplanes zu gestalten.
- 6.0 Anschluß von anderen Flächen an die Verkehrsflächen – Zufahrtsverbot (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
- 6.1 Entlang der östlichen Grundstücksgrenze des Flst.Nr. 709/1 wird ein Zufahrtsverbot festgesetzt. Eine Zufahrt von der B 28 zum angrenzenden privaten Flst.Nr. 709/1 ist in diesem Bereich nicht zulässig.
- 6.2 Entlang der nördlichen Grundstücksgrenze des Flst.Nr. 654/3 ist ein Zufahrtsverbot für die angrenzende private Grünfläche festgesetzt. Ausgenommen von diesem Zufahrtsverbot ist die bisher vorhandene private Grundstückszufahrt zur Garage auf Flst.Nr. 709/2, die weiterhin bestehen bleibt.

7.0 Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

Der Liebach, ein Gewässer II. Ordnung, ist als Wasserfläche ausgewiesen.

8.0 Von der Bebauung freizuhaltende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)

8.1 Sichtflächen

Aus Gründen der Verkehrssicherheit für wartepflichtige Kraftfahrer, Radfahrer und Fußgänger müssen die Sichtfelder der zwischen 0,80 m und 2,50 m Höhe, gemessen von Oberkante Fahrbahn, von ständigen Sichthindernissen, parkenden Fahrzeugen und sichthinderndem Bewuchs freigehalten werden. Bäume (Hochstämme), Lichtmaste und ähnliches sind innerhalb der Sichtfelder möglich, sie dürfen jedoch wartepflichtigen Fahrern, die aus dem Stand einbiegen wollen, die Sicht auf bevorrechtigte Fahrzeuge oder nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer nicht verdecken.

9.0 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

9.1 Die im "Zeichnerischen Teil" festgesetzten Gehölze sind gemäß den Festsetzungen des Grünordnungsplanes anzupflanzen und zu unterhalten.

10.0 Flächen zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)

10.1 Die im "Zeichnerischen Teil" festgesetzten Gehölze sind gemäß den Festsetzungen des Grünordnungsplanes zu erhalten. Bei Ausfall ist Ersatz zu leisten.

11.0 Garagen und Stellplätze (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

11.1 Im Bereich der Nutzungszonen 1 ist sowohl bei paralleler als auch bei rechtwinkliger Anordnung von Garagen und Carports zur öffentlichen Verkehrsfläche ein Abstand von mind. 1,00 m zur Verkehrsfläche einzuhalten.

11.2 Im Bereich des Getränkemarktes sowie der Tankstelle sind Flächen für Stellplätze ausgewiesen.

12.0 Festsetzungen von Flächen für besondere Vorkerhungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

12.1 In den im "Zeichnerischen Teil" gekennzeichneten Bereichen sind nach Aussagen der Schalltechnischen Berechnungen des Regierungspräsidiums Freiburg, die Bestandteil des Bebauungsplanes sind, an den jeweils gekennzeichneten Gebäudeseiten passive Lärmschutzmaßnahmen erforderlich. Die geforderten Werte der Luftschalldämmung für Gebäudeaußenteile von Aufenthaltsräumen in Wohnungen sind entsprechend dem Ergebnis der Schalltechnischen Berechnungen des RP Freiburg im Einzelfall zu ermitteln.

13.0 Zuordnung der Ausgleichsflächen oder -maßnahmen (§§ 135 a – b BauGB i.V.m. § 1a BauGB und § 8a Abs. 1 Satz 4 BNatSchG)

Die zur ökologischen Aufwertung vorgesehenen Festsetzungen 1.2, 2.1, 3.1 bis 3.7 sowie 4.1 bis 4.3 sind den zu erwartenden Eingriffen, die durch den Ausbau der Straße entstehen, zuzuordnen.

B Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 74 LBO)

1.0 Dachgestaltung für den Bereich der Nutzungszonen 1 - 3

2.1 Im Bereich der Nutzungszone 1 sind Satteldächer und gegeneinander versetzte Pultdächer, im Bereich der Nutzungszonen 2 und 3 auch Tonnendächer und Flachdächer zulässig.

1.2 Die Dachneigung für Hauptgebäude wird entsprechend den Eintragungen im Plan festgesetzt.

1.3 Garagen mit Flachdach sind unzulässig. Die Dachneigung bei Garagen muß mind. 18° betragen. Carports mit Flachdach sind zulässig.

1.4 Bei Wohngebäuden sind als Dacheindeckung nur Ziegel oder Dachsteine in rot bis rotbraunen Farbtönen zulässig.
Bei Garagen sollte die Dacheindeckung in Material und Farbe dem der Hauptbaukörper entsprechen.

1.5 Dachaufbauten und Dacheinschnitte, insbesondere Dachgauben und ähnliche Aufbauten sind zulässig, wenn durch sie die harmonische Gesamtwirkung des Gebäudes nicht beeinträchtigt wird.

- 1.6 Als Dachaufbauten sind nur Schlepp-, Giebel- und Dreieckgauben zulässig. Dachaufbauten sind nur bis zu 1/3 der Länge der zugehörigen Dachseite zulässig. Der Abstand zu den Ortgängen muß mind. 1,5 m betragen. Zwischen mehreren Gauben ist dieser Abstand ebenfalls einzuhalten.

Die Mindestdachneigung für Schleppgauben beträgt 15°; der Dachansatz muß mind. 0,50m, unter dem Hauptfirst liegen.

Giebelständige- und Dreieckgauben müssen mind. dieselbe Dachneigung wie das Hauptdach aufweisen, der Nebenfirst muß mind. 0,50 m unter dem Hauptfirst liegen.

- 1.7 Dacheinschnitte sind nur bis zu 1/3 der Länge der zugehörigen Wandfläche zulässig. Der Abstand zu den Ortgängen muß mind. 1,50 m betragen. Zwischen mehreren Dacheinschnitten ist dieser Abstand ebenfalls einzuhalten.

- 1.8 Es sind Dachüberstände von mind. 0,50 m (waagrecht gemessen) an der Traufe und mind. 0,40 m am Ortgang herzustellen. Nicht zulässig sind senkrecht über die Außenwände heruntergezogene Dachflächen. Dachvorsprünge bis 0,80 , sind generell auch außerhalb der Baugrenzen zulässig.

2.0 Stellplatzverpflichtung

- 2.1 Innerhalb der Nutzungszonen 1, 2 und 3 sind 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit nachzuweisen. Die Stellplätze sind auf dem eigenen Grundstück auszuweisen.

3.0 Gestaltung der unbebauten Flächen

- 3.1 Die befestigten Flächen auf den privaten Grundstücken innerhalb der Nutzungszonen 1, 2 und 3 sind gemäß den Aussagen des Grünordnungsplanes auszubilden.

C Weitergehende Bestimmungen und Empfehlungen

1.0 Hinweis des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg

Sofern Bodenfunde bei Erdarbeiten in diesem Gebiet zutage treten oder Bildstöcke, Wegkreuze, alte Grenzsteine o.ä. von den Baumaßnahmen betroffen sind, ist gemäß § 20 DSchG das Landesdenkmalamt unverzüglich zu benachrichtigen.

2.0 Weitergehende Bestimmungen und Hinweise des Landratsamtes Ortenaukreis - Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz

2.1 Wasserbau

Bauen an Gewässern / Gewässer II. Ordnung

Einseitig des Liehbaches ist ein Streifen, gemessen von der Böschungsoberkante des Gewässers von mindestens 5,00 m Breite von jeglicher Bebauung freizuhalten. Hierzu gehören auch Anlagen, wie z.B. Garagen, Gartenhütten, feste Zäune usw.

2.2 Altlasten

Im Bereich des Planungsgebietes liegen nach derzeitigen Erkenntnissen keine Altlasten vor.

Werden bei den Erdarbeiten ungewöhnliche Färbungen und / oder Geruchsemissionen (z.B. Mineralöle, Teer, ...) wahrgenommen, so ist umgehend das zuständige Landratsamt Ortenaukreis -Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz- zu unterrichten. Die Aushubarbeiten sind an dieser Stelle sofort einzustellen.

Bodenbelastungen, bei denen Gefahren für die Gesundheit von Menschen oder erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes nicht ausgeschlossen werden können, sind zudem der Unteren Naturschutzbehörde zu melden.

2.3 Wassergefährdende Stoffe (VawS)

Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen dürfen nur durch zugelassene Fachbetriebe (§ 19 1 WHG) errichtet werden. Ausnahmen hiervon regelt § 24 VAWS. Solche Anlagen sind nach den Regelungen des § 23 VawS durch zugelassene Sachverständige oder näher bestimmte Anlagen auch durch Fachbetriebe auf den ordnungsgemäßen Zustand überprüfen zu lassen, und zwar:

1. vor Inbetriebnahme oder nach einer wesentlichen Änderung;
2. spätestens 5 Jahre, bei unterirdischer Lagerung in Wasserschutzgebieten und Quellschutzgebieten spätestens 2 ½ Jahre nach der letzten Überprüfung;
3. vor der Inbetriebnahme einer länger als 1 Jahr stillgelegten Anlage;
4. wenn die Prüfung wegen der Besorgnis einer Wassergefährdung angeordnet wird;
5. wenn die Anlage stillgelegt wird.

Oberirdische Heizölverbrauchertankanlagen ab 1.000 l bis 10.000 l außerhalb von Wasserschutzgebieten sind nur erstmalig vor Inbetriebnahme zu prüfen. Diese können auch durch zugelassene Fachbetriebe nach § 19 1 WHG geprüft werden. Anlagen ab 5.000 l bedürfen einer baurechtlichen Genehmigung.

3.0 Hinweis des Staatliches Vermessungsamtes Offenburg

Der Ausbau der Bahnhofstraße ist rechtzeitig anzuzeigen, damit der Bodenpunkt neben dem Gasthaus "Dreikönig" zusätzlich gesichert werden kann.

4.0 Hinweis des Überlandwerkes Achern

Bei Anpflanzungen von Bäumen wird ein seitlicher Mindestabstand von 2,50 m zum Erdkabel erforderlich.

Ist dieser Abstand nicht realisierbar, werden zum Kabel hin geschlossene Pflanzringe oder Trennwände bis 1 m Tiefe benötigt.

5.0 Hinweis der Stadt Oppenau

5.1 Bei Änderung oder Umnutzung des an den Geltungsbereich des Bebauungsplanes angrenzenden Bahnhofgebäudes ist die Erfordernis passiver Lärmschutzmaßnahmen im Baugenehmigungsverfahren zu prüfen.

Freiburg, den 26.01.1995
13.02.1997
28.07.1997
07.05.1999 *
15.07.1999

Oppenau, den19. Juli 1999.....

PLANUNGSBÜRO FISCHER
GÜNTERSTALSTR. 32, 79100 FREIBURG

.....
Planer



.....
Bürgermeister



(Grieser)

FESTSETZUNGEN ZUR GRÜNORDNUNG

zum Bebauungsplan "Bahnhofstraße", Stadt Oppenau (Ortenaukreis)

Im folgenden sind die verbindlichen Festsetzungen des Grünordnungsplanes zusammengestellt, die gemäß den bestehenden gesetzlichen Regelungen in den Bebauungsplan aufgenommen werden, um an dessen Bindungswirkung teilzunehmen.

A Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 BauGB)

1.0 Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

- 1.1 Die im Grünordnungsplan als öffentliche Grünfläche Zweckbestimmung "Gewässerschutz" ausgewiesene Fläche entlang des Lierbaches ist als Gewässerschutzstreifen, wo das Bauvorhaben dies ermöglicht zu erhalten oder nach Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Zuge der Vertiefung der Gewässersohle und des Umbaus des Absturzes als Sohlrampe mit integrierter Fischtreppe zu rekultivieren und entsprechend den Planungsrechtlichen Festsetzungen 3.3 und 3.4 neu anzulegen und zu unterhalten.
- 1.2 Die im Grünordnungsplan als "Verkehrsgrünfläche" ausgewiesenen Bereiche sind als Pflanzflächen anzulegen und zu unterhalten.
- 1.3 Die im Grünordnungsplan als öffentliche Grünfläche "Verkehrsgrün" ausgewiesenen Flächen und Böschungsbereiche zwischen Flst.Nr.10/1 und Bahnhofstraße sind als Pflanzflächen entsprechend den Planungsrechtlichen Festsetzungen 3.1 und 3.6 anzulegen und zu unterhalten.
- 1.4 Die im Grünordnungsplan als private Grünfläche "Gartenland" ausgewiesenen Flächen sind gärtnerisch zu unterhalten.

2.0 Wasserflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

- 2.1 Der Lierbach, ein Gewässer II. Ordnung ist entsprechend den erforderlichen Maßnahmen, die im Zuge des genehmigten Wasserrechtsverfahrens festgelegt wurden, auszubauen und ökologisch aufzuwerten. Nachfolgende Maßnahmen sind im Zuge des Brückenbaus über den Lierbach in Abstimmung mit der technischen Fachbehörde und dem Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz durchzuführen:

- Tieferlegung der Gewässersohle um 30 - 80 cm auf einer Länge von 130 m im Bereich des geplanten Brückenbauwerkes
- Anlegen einer gestuften Gewässersohle mit Niedrigwasserrinne und Gumpen, um ein Trockenfallen bei Minimalabfluß zu verhindern
- Entfernen des Absturzes bei km 0+030 und Anlage einer Sohlrampe (als Rauhe Rampe ausgebildet) mit integriertem Fischaufstieg
- Sicherung einer Vorhaltefläche für einen weiteren Fischaufstieg im Bereich des Absturzes bei km 0+199

3.0 Flächen zur Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

3.1 Entlang der Bahnhofstraße sind als Ergänzung der vorhandenen Lindenallee an den im Grünordnungsplan angegebenen Standorten im Bereich der ausgewiesenen Verkehrsgrünflächen, der öffentlichen Parkplatzflächen sowie auf privaten Grundstücken im Bereich des Eingeschränkten Gewerbegebietes (Tankstelle) als Baumreihe anzupflanzen. Die Bäume werden von der Gemeinde gepflanzt und gehen im Bereich der privaten Grundstücke in den Besitz der Grundstückseigentümer über, die für ihre Unterhaltung aufkommen. Für Bäume, die innerhalb befestigter Flächen angepflanzt werden, sind ausreichend dimensionierte Baumscheiben (mind. 2 m² Größe) anzulegen.

Geringe Standortabweichungen sind möglich.

3.2 Im Bereich des Kreisels sowie im Einmündungsbereich der Bahnhofstraße in die Post- und in die Renchtalstraße sind an den im Grünordnungsplan angegebenen Standorten im Bereich der ausgewiesenen Verkehrsgrünflächen einheimische Laubbäume (sh. Artenliste) anzupflanzen. Aus gestalterischen Gründen sollte eine einheitliche Baumart an den beiden Verkehrsknotenpunkten verwendet werden. Geringe Standortabweichungen sind möglich.

3.3 Im Bereich der ausgewiesenen öffentlichen Grünfläche Zweckbestimmung "Gewässerschutz" sind entlang dem Lierbach als Ergänzung der vorhandenen Bepflanzung punktuell Ufergehölze (Bäume und Sträucher) anzupflanzen und zu unterhalten (sh. Artenliste).

In Uferbereichen, die aufgrund der im Zuge der Realisierung des Brückenbauwerkes erforderlichen wasserbaulichen Maßnahmen (vgl. Planungsrechtliche Festsetzung 2.1) neu gestaltet werden müssen, sind standortgerechte Ufergehölze (sh. Artenliste) neu anzupflanzen und zu unterhalten.

Die nicht mit Ufergehölzen bepflanzte Uferböschung ist der natürlichen Entwicklung zu überlassen, sodaß sich gewässerbegleitende Vegetationsstrukturen bilden können, oder sie ist durch Initialpflanzung in ihrer Vegetationsentwicklung zu fördern.

Die Verwendung von standortfremden Koniferen am Fließgewässer ist nicht zulässig. Die vorhandenen Fichten sind langfristig durch standortgerechte Ufergehölze zu ersetzen.

- 3.4 Die Uferrandbereiche und Uferböschungen im Innenkreisel des Brückenbauwerks sind nach ökologischen Gesichtspunkten zu begrünen. Es sind standortgerechte Ufergehölzgruppen anzupflanzen, und die übrigen Böschungsabschnitte sind der natürlichen Entwicklung zu überlassen oder durch Initialpflanzung in der Vegetationsentwicklung zu fördern.
- 3.5 Im Böschungsbereich (Verkehrsgrünfläche) südlich angrenzend an die Bahnhofstraße sind standortgerechte Sträucher in Gruppen anzupflanzen und zu unterhalten. Die nicht mit Sträuchern bepflanzte Fläche ist als Wiese anzulegen oder mit Bodendeckern zu bepflanzen.
- 3.6 Im Bereich der ausgewiesenen öffentlichen Grünfläche "Verkehrsgrün" zwischen Flst.Nr.10/1 und Bahnhofstraße ist die nicht mit Bäumen anzupflanzende Fläche (sh. Planungsrechtliche Festsetzung 3.1) mit heimischen Sträuchern in Gehölzgruppen anzulegen und zu unterhalten. Bei der Anlage der Gehölzpflanzung sind die Sichtdreiecke zu beachten. Die nicht mit Sträuchern bepflanzte Fläche ist als Wiesenfläche oder mit heimischen Bodendeckern anzulegen.
- 3.7 Im Bereich des geplanten öffentlichen Park + Ride-Platzes sind einheimische Laubbäume zur Begrünung der Stellplätze in einer ausreichend dimensionierten Baumscheibe anzupflanzen und zu unterhalten (sh. Artenliste). Die innerhalb der Stellplatzanlagen unter Pkt. 3.1 festgesetzten Bäume sind auf dieses Pflanzgebot anrechenbar.
- 4.0 Flächen zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)
- 4.1 Die vorhandenen Linden in der Bahnhofstraße und der Renchtalstraße, die durch den Straßenausbau nicht entfallen, sind zu erhalten und zu pflegen. Beim Abgang von einzelnen Linden sind diese durch Neupflanzung zu ersetzen. Für die notwendigen Schutzmaßnahmen während der Bauarbeiten ist zu sorgen.
- 4.2 Der vorhandene Ufergehölzbestand am Lierbach, der durch die Anlage des Kreisels nicht beeinträchtigt wird bzw. entfällt, ist zu erhalten und zu pflegen. Bei Abgang sind standortgerechte Ufergehölze nachzupflanzen. Für die notwendigen Schutzmaßnahmen während der Bauarbeiten ist zu sorgen.
- 4.3 Der vorhandene Walnußbaum auf Flst.Nr. 10/1 ist zu erhalten, zu pflegen und beim Abgang durch Neupflanzung zu ersetzen.

B Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 74 LBO)

1.0 Gestaltung der unbebauten Flächen

1.1 Zur Minimierung der Flächenversiegelung und zum Ausgleich für die im Zuge des Ausbaus der Bahnhofstraße erforderliche Neuversiegelung von Flächen sind die neu anzulegenden öffentlichen und privaten Stellplatzflächen und der Park + Ride Platz, die derzeit teilweise asphaltiert sind, zu entsiegeln und in wasserdurchlässigen Belägen auszubilden.

Zulässige Belagsarten sind: Wassergebundene Decke, Rasenpflaster, Schotterrasen, Pflaster mit einem Fugenanteil über 5 % der Fläche. Die befestigten Flächen sind mit einem Gefälle zu den angrenzenden Grünflächen anzulegen.

1.2 Die befestigten Flächen auf den privaten Grundstücken sind auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken. Stellplätze sind in wasserdurchlässigen Belägen auszubilden.

Zulässige Belagsarten sind: Wassergebundene Decke, Rasenpflaster, Schotterrasen, Pflaster mit einem Fugenanteil über 5 % der Fläche. Die befestigten Flächen sind mit einem Gefälle zu den angrenzenden Grünflächen anzulegen.

C Hinweise und Empfehlungen

1.0 Erstellung von Detail- und Freiflächengestaltungsplänen

1.1 Um die im Grünordnungsplan angestrebte Durchgrünung und Minimierung der Flächenversiegelung sicherzustellen, sollte für den öffentlichen Park + Ride Platz mit dem Bauantrag ein Freiflächengestaltungsplan mit detaillierten Aussagen bzgl. der Bepflanzung und Wahl der Materialien für die befestigten Flächen vorgelegt werden.

1.2 Für den im "Zeichnerischen Teil" ausgewiesenen verkehrsberuhigten Bereich sollte vor der Umgestaltung eine Detailplanung erstellt werden, die die Anlage eines Brunnenplatzes berücksichtigen sollte.

2.0 Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

2.1 Der im Bereich der Grünanlage östlich des Bahnhofgebäudes vorhandene Baumbestand sowie Unterbewuchs (s. Darstellung im Bestandsplan) sollte erhalten und gepflegt werden. Beim Abgang einzelner Gehölze sollten Nachpflanzungen durchgeführt werden.

- 2.2 Aufgrund des zukünftig höheren Verkehrsaufkommens, insbesondere Schwerlastverkehr, entlang der Bahnhofstraße besteht die Gefahr, daß mittel-langfristig weitere Linden durch Wurzeldruck geschädigt werden. Um das Risiko des mittel - langfristigen Verlustes weiterer Linden einschätzen zu können, sollten diesbezüglich baumchirurgische Untersuchungen durchgeführt werden. Desweiteren sollte sichergestellt werden, daß die ggf. zukünftig wegfallenden Linden durch Pflanzung neuer Linden ersetzt werden.

D Artenliste

Festsetzungen:

1. Die nachfolgenden Baumarten sowie Bäume vergleichbarer Arten sind vorzugsweise an den im Grünordnungsplan ausgewiesenen Standorten anzupflanzen (sh. Planungsrechtliche Festsetzungen 3.1, 3.2, 3.7):

Entlang der Bahnhofstraße:

Tilia "Pallida" - nicht "honigtau empfindliche" Linden

Im Bereich des Kreisels, im Einmündungsbereich der Poststraße in die Renschentalstraße sowie im Bereich der öffentlichen Stellplatzanlagen:

Quercus robur	- Stieleiche
Acer pseudoplatanus	- Bergahorn
Tilia "Pallida"	- Kaiserlinde
Corylus collurna	- Baumhasel

2. Die nachfolgenden Ufergehölze sind vorzugsweise im Bereich der im Grünordnungsplan ausgewiesenen Gewässerschutzstreifen (öffentliche Grünflächen) anzupflanzen (sh. Planungsrechtliche Festsetzung 3.3, 3.4):

Heimische Bäume:

Acer pseudoplatanus	- Bergahorn
Alnus glutinosa	- Schwarzerle
Carpinus betulus	- Hainbuche
Fraxinus excelsior	- Esche
Prunus padus	- Traubenkirsche
Quercus robur	- Stieleiche
Salix alba	- Silberweide
Ulmus glabra	- Bergulme

Heimische Sträucher:

Corylus avellana	- Haselnuß
Euonymus europaeus	- Pfaffenhütchen
Lonicera xylosteum	- Heckenkirsche
Rhamnus frangula	- Faulbaum
Salix triandra	- Mandelweide
Sambucus nigra	- Schwarzer Holunder
Viburnum opulus	- Gewöhnlicher Schneeball

3. Die nachfolgenden Straucharten sowie Sträucher vergleichbarer Arten sind vorzugsweise auf öffentlichen und privaten Grundstücken anzupflanzen (sh. Planungsrechtliche Festsetzung 3.5, 3.6):

Heimische Sträucher:

Corylus avallana	- Haselnuß
Cornus mas	- Kornelkirsche
Cornus sanguinea	- Roter Hartriegel
Euonymus europaeus	- Pfaffenhütchen
Rhamnus frangula	- Faulbaum
Ligustrum vulgare	- Liguster
Lonicera xylosteum	- Heckenkirsche
Prunus mahaleb	- Steinweichsel
Prunus spinosa	- Schlehe
Rhamnus catharticus	- Kreuzdorn
Rosa canina	- Hundsrose
Salix caprea	- Salweide
Sambucus nigra	- Schwarzer Holunder
Viburnum lantana	- Wolliger Schneeball
Viburnum opulus	- Gewöhnlicher Schneeball

Empfehlungen:

1. Die nachfolgend aufgeführten Gehölze wie auch die unter **Festsetzungen** aufgeführten Gehölze können im Bereich der privaten Grundstücke verwendet werden:

Heimische Bäume:

Acer campestre	- Feldahorn
Acer platanoides	- Spitzahorn
Acer pseudoplatanus	- Bergahorn
Aesculus hippocastanum	- Kastanie
Betula pendula	- Birke
Carpinus betulus	- Hainbuche
Fraxinus excelsior	- Esche
Populus tremula	- Zitterpappel
Quercus petraea	- Traubeneiche

Quercus robur	- Stieleiche
Salix caprea	- Salweide
Tilia cordata	- Winterlinde
Juglans regia	- Walnuß
Obstbäume	

Ziersträucher:

Buddleia davidii	- Sommerflieder
Buxus sempervirens	- Buchsbaum
Deutzia - Arten	- Deutzie
Forsythia intermedia	- Forsythie
Ilex aquifolium	- Stechpalme
Kerria japonica	- Kerrie
Kolkwitzia amabilis	- Kolkwitzie
Laburnum - Arten	- Goldregen
Lonicera ledebourii	- Heckenkirsche
Philadelphus - Arten	- Falscher Jasmin
Ribes-Arten	- Zierjohannesbeere
Spiraea - Arten	- Spierstrauch
Syringa vulgaris	- Flieder
Viburnum - Arten	- Schneeball
Weigela - Arten	- Weigelie

Heckenpflanzen / Schnittverträgliche Sträucher:

Acer campestre	- Feldahorn
Buxus sempervirens	- Buchsbaum
Carpinus betulus	- Hainbuche
Cornus sanguinea	- Hartriegel
Euonymus europaeus	- Pfaffenhütchen
Ligustrum vulgare	- Liguster
Rhamnus frangula	- Faulbaum

Kletter- und Schlingpflanzen:

Actinidia arguta	- Strahlengriffel
Aristolochia macrophylla	- Pfeifenwinde
Celastrus orbiculatus	- Baumwürger
Clematis-Sorten	- Waldrebe
Hedera helix	- Efeu
Hydrangea petiolaris	- Kletterhortensie
Lonicera-Sorten	- Geißblatt
Parthenocissus - Arten	- Wilder Wein
Polygonum aubertii	- Knöterich

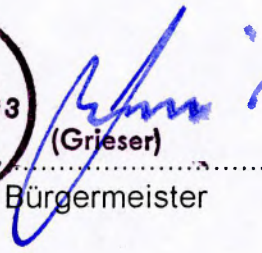
Freiburg, den 26.01.1995
10.12.1996
07.05.1999
15.07.1999

Oppenau, den 19. Juli 1999

PLANUNGSBÜRO FISCHER
GÜNTERSTALSTR. 32, 79100 FREIBURG


.....
Planer




.....
(Grieser)
Bürgermeister

Fertigung :².....
Anlage :³.....
Blatt :¹⁻⁶.....

BEGRÜNDUNG

zum Bebauungsplan "Bahnhofstraße", Stadt Oppenau (Ortenaukreis)

1. Erfordernis der Planaufstellung

Die Planung von Hauptverkehrsstraßen erfolgt üblicherweise mittels Planfeststellungsverfahren.

Die geltenden Straßengesetze geben jedoch die Möglichkeit, das Planfeststellungsverfahren durch entsprechende Festsetzungen eines Bebauungsplanes zu ersetzen.

Bei der Planung von Hauptverkehrsstraßen mittels Bebauungsplanverfahren ist der Geltungsbereich so auszuweisen, daß alle als Folge der neuen Trasse auftretenden städtebaulichen Konflikte innerhalb des Geltungsbereiches gelöst werden können.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes für den künftigen Geltungsbereich "Bahnhofstraße" ist erforderlich, um die Fläche für die Trassenführung der "Teilumgehung Oppenau im Zuge der B 28" zu sichern.

2. Übergeordnete Planung

Im Rahmen der anstehenden Fortschreibung/ Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes des Gemeindeverwaltungsverbandes "Oberes Renchtal" sind die Flächen angrenzend an die Bahnanlage (Mischbaufläche und gewerbliche Baufläche) entsprechend dem Bestand darzustellen. Desweiteren sind im Bereich der Gemeinbedarfsfläche "Altenwohnheim" Korrekturen hinsichtlich der Abgrenzung Gemeinbedarfsfläche / Mischbaufläche gemäß dem Bestand vorzunehmen.

3. Städtebauliches Konzept Erschließung - Bebauung

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes beinhaltet den 1. Bauabschnitt der geplanten "Teilumgehung Oppenau im Zuge der B 28".

Die geplante Umgehung hat die Aufgabe, den überörtlichen Verkehr umzuleiten, den Stadtkern verkehrsmäßig zu entlasten sowie den historischen Stadtbereich damit aufzuwerten.

Der Entwurf für den 1. Bauabschnitt der Straßenplanung liegt vor. Des weiteren wurden im Vorfeld des Bebauungsplanes auch Überlegungen angestellt zu begleitenden Gestaltungsmaßnahmen für die Seitenbereiche sowie zur naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung, die bei dieser Maßnahme unumgänglich erscheint und im Rahmen des Bebauungsplanes sowie Grünordnungsplanes untersucht wurde.

Bei der Planung und späteren Realisierung der "Umgehung" ist der Eingriff in angrenzende private Flächen unvermeidbar. Künftige gestalterische wie auch funktionelle Änderungen in privaten Bereichen sollten sich jedoch nicht negativ auf die städtebaulichen Überlegungen der Stadt für diesen Bereich auswirken.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes soll die Trassenführung der jetzigen B 28 über die Straßburger Straße und Poststraße geändert werden. Die künftige Trasse der B 28 soll über die Bahnhofstraße führen.

Diese "Umgehung" erfordert ein neues Brückenbauwerk westlich der Dreikönigbrücke. Die erforderliche Brücke soll zugunsten einer besseren Verkehrsführung in Form eines Kreisverkehrs angelegt werden, der Industriestraße, Straßburger Straße und Bahnhofstraße anbindet.

Das für die geplante Brücke erforderliche Wasserrechtsverfahren wurde zwischenzeitlich genehmigt.

Die südlich der Bahnhofstraße im Einmündungsbereich Zettelmattestraße vorhandene Tankstelle wird teilweise abgebrochen. Dabei bleibt die Benzintankstelle erhalten, die Dieseltankstelle wird so verlegt, dass eine ungehinderte Ein- und Ausfahrt der PKW und vor allem LKW in die B 28 gewährleistet wird und der Einmündungsbereich Zettelmattestraße vom "Tankverkehr" nicht beeinträchtigt wird. Das vorhandene Gebäude wird erweitert, die Zapfsäulen erhalten eine Überdachung. Des Weiteren ist im Anschluß an das bestehende ehemalige Raiffeisengebäude ein Getränkemarkt errichtet, die erforderlichen Stellplätze hierfür werden westlich davon ausgewiesen. Im Zuge dieser Gesamtmaßnahme wurden in Verhandlung mit der Deutsche Bahn AG die ursprünglich geplanten Längsparker entlang der B 28 als Senkrechtparker in den Bereich der Zufahrt zum Getränkemarkt verlegt.

Im Einmündungsbereich Bahnhofstraße/ Renchtalstraße wurde aufgrund der hohen Verkehrsbelastung und zur sicheren Verkehrsführung die Anlage einer Linksabbiegespur erforderlich.

Durch die Trassenführung wird die Einbeziehung angrenzender privater Flächen erforderlich. Diese Flächen wurden entsprechend ihrer derzeitigen bzw. künftigen Nutzung im Bereich Bahnhofstraße als Mischgebiet, eingeschränktes Gewerbegebiet bzw. Gemeinbedarfsfläche ausgewiesen.

Im Mischgebiet wie auch im eingeschränkten Gewerbegebiet wurden Vergnügungsstätten ausgeschlossen, da die gewerblichen Bauflächen der jetzigen Nutzung vorbehalten bleiben sollen und im Mischgebiet, das durch eine fast ausschließliche Wohnnutzung geprägt ist, Vergnügungsstätten sich störend auswirken würden.

Das eingeschränkte Gewerbegebiet wurde dahingehend eingeschränkt, dass nur nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe zulässig sind.

Als wesentlich störend gelten z.B. Handwerksbetriebe wie Schreinereien, Schlossereien. Diese können jedoch ausnahmsweise gemäß § 31 BauGB zugelassen werden, wenn im Baugenehmigungsverfahren im Einzelfall durch vorzulegende genaue Antragsunterlagen, insbesondere Gutachten, schlüssig und nachprüfbar nachgewiesen wird, dass durch besondere Baumaßnahmen, durch Betriebseinschränkungen oder auf andere Weise die Emissionen soweit begrenzt oder Ableitbedingungen so gestaltet werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen sicher ausgeschlossen sind.

Da es sich bei den Flächen, die als Nutzungszonen 4, 5 und 6 ausgewiesen sind, um überwiegend Bestand handelt, werden für diese Bereiche des Planungsgebietes keine weiteren Festsetzungen im Sinne eines qualifizierten Bebauungsplanes getroffen. Der Umfang sowie die Gestaltung von eventuellen Umbau- bzw. Erweiterungsmaßnahmen erfolgt weiterhin entsprechend der bisherigen Rechtslage i.R. v. § 34 BauGB. In den Bebauungsvorschriften erfolgen lediglich Festsetzungen hinsichtlich der zulässigen Nutzung und den erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen.

Für das eingeschränkte Gewerbegebiet und Mischgebiet wurde im Hinblick auf die neue LBO die Anzahl der auf dem Grundstück zu schaffenden Stellplätze auf 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit festgesetzt. Es hat sich schon in der Vergangenheit gezeigt, daß in der Regel die meisten Haushalte über 2 PKW's verfügen, die Stellplätze aber nicht immer auf dem eigenen Grundstück unproblematisch nachgewiesen werden konnten.

Die derzeit vorhandene Leistungsfähigkeit des ÖPNV sowie die Lage von Oppenau im ländlichen Raum erzeugt einen höheren Bedarf an Individualverkehr und damit eine höhere Anzahl an privaten PKW's. Um zu verhindern, daß eine Vielzahl dieser Fahrzeuge im öffentlichen Verkehrsraum abgestellt werden, muß es im öffentlichen Interesse sein, daß für die jeweiligen baulichen Anlagen notwendige KFZ-Stellplätze auf dem Baugrundstück hergestellt werden.

Der Bereich westlich des Bahnhofes wurde als Park + Ride - Platz ausgewiesen.

Die sich im Rahmen der Neutrassierung ergebenden "Restflächen" wurden als öffentliche Grünfläche "Verkehrsgrün" ausgewiesen. Eine Einbeziehung des Bahnhofsgebäudes in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes wurde seitens der Deutschen Bahn AG nicht gewünscht.

4.0 Lärmschutz

Hinsichtlich des Immissionschutzes wurde im Vorfeld der Straßenplanung eine Schalltechnische Berechnung seitens des RP Freiburg für die B 28 "neu"/Teilumgehung Oppenau gefertigt. Diese Schalltechnische Berechnung hat ergeben, dass aufgrund des Verkehrslärms der B 28 "neu" grundsätzlich Lärmschutzmaßnahmen in Teilbereichen der bestehenden und geplanten Bebauung aufgrund überschrittener Immissionsgrenzwerte erforderlich werden. Dies hatte u.a. zur Folge, dass der ursprüngliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes über die eigentliche Straßenverkehrsfläche hinaus vergrößert und die angrenzende Wohnbebauung aus Lärmschutzgründen teilweise in den Bebauungsplan miteinbezogen werden mußte.

Da aus städtebaulicher Sicht sowie aufgrund der geplanten Anlage des Kreisverkehrs und der Führung der Straße entlang bestehender Bebauung aktive Lärmschutzmaßnahmen z.B. in Form eines Walls ausscheiden, wird im Bebauungsplan festgesetzt, dass an den im "Zeichnerischen Teil" gekennzeichneten Fassadenseiten passiver Lärmschutz erforderlich ist, um die Innenraumpegel einzuhalten. Die für die Praxis des Schallschutzes beim Bau oder der wesentlichen Änderung von Verkehrsstraßen notwendigen Beurteilungswerte werden in der 16. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz als Immissionsgrenzwerte bereitgestellt. Zum Schutz der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Verkehrsgeräusche ist bei dem Bau oder der wesentlichen Änderung sicherzustellen, dass der Beurteilungspegel die entsprechenden Immissionsgrenzwerte (Mischgebiete: 64 dB(A) am Tag, 54 dB(A) in der Nacht und Altenwohnheime: 57 dB(A) am Tag, 47 dB(A) in der Nacht) nicht überschreitet. Die Änderung ist wesentlich, wenn durch einen erheblichen baulichen Eingriff der Beurteilungspegel des von dem zu ändernden Verkehrsweg ausgehenden Verkehrslärms um mindestens 3 dB(A) oder auf mind. 70 dB(A) am Tage oder mind. 60 dB(A) in der Nacht erhöht wird.

Eine Änderung ist auch wesentlich, wenn der Beurteilungspegel des von dem zu ändernden Verkehrsweg ausgehenden Verkehrslärms von mind. 70 dB(A) am Tag oder 60 dB(A) in der Nacht durch einen erheblichen baulichen Eingriff erhöht wird.(Gilt nicht bei Gewerbegebieten). Zur Ermittlung ob und ggf. welche Schutzmaßnahmen notwendig sind, sind die Richtlinien für den Verkehrslärmschutz an Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes und die 24. Verordnung zur Durchführung des Bundes - Immissionsschutzgesetzes (24. BImSchV) maßgebend. Da zu weitergehenden Schallschutzmaßnahmen, die die Einhaltung der niedrigeren Orientierungswerte der DIN 18005 zum Ziel haben, die Straßenbauverwaltung rechtlich nicht verpflichtet ist und die Kostenübernahme auf die BImSchV begrenzt ist, hat die Stadt Oppenau im Rahmen des Bebauungsplanes zur B 28 "neu" ebenfalls die BImSchV zu Grunde gelegt.

Die geforderten Werte der Luftschalldämmung für Gebäudeaußenteile von Aufenthaltsräumen und Wohnungen sind entsprechend dem Ergebnis der Schalltechnischen Berechnung des RP im Einzelfall zu ermitteln.

Zusätzlich erfolgt in den Bebauungsvorschriften der Hinweis, daß für das an den Geltungsbereich des Bebauungsplanes angrenzende Bahnhofsgebäude sowie bei Um- und Erweiterungsbauten, Umnutzungen oder Neubauten im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens die Erfordernis von passiven Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen ist.

5. Flächenbilanz

Gesamtfläche	3,90 ha	=	100,0 %
Verkehrsfläche	1,40 ha	=	35,9 %
Öffentlicher Parkplatz	0,08 ha	=	2,0 %
Öffentliche Grünfläche	0,22 ha	=	5,6 %
Private Grünfläche	0,01 ha	=	0,3 %
Wasserfläche	0,24 ha	=	6,2 %
Mischgebiet (Planung)	0,15 ha	=	3,8 %
Eingeschränktes Gewerbegebiet (Planung)	0,48 ha	=	12,3 %
Mischgebiet (Bestand)	0,65 ha	=	16,7 %
Eingeschränktes Gewerbegebiet (Bestand)	0,34 ha	=	8,7 %
Gemeinbedarfsfläche (Bestand)	0,33 ha	=	8,5 %

6. Kosten

Kanalisation

Bei der Kanalisation handelt es sich um eine Maßnahme der Stadt, die im Zuge der Gesamtentwässerung durchzuführen ist.

Wasserversorgung

Soweit Reparaturen oder Ergänzungsmaßnahmen erforderlich sind, werden diese von der Stadt durchgeführt.

Straßenbau

Beim Straßenbau handelt es sich um eine Maßnahme des Straßenbauamtes im Zuge der kleinen Umgehung / B 28.

Beleuchtung und Begrünung

Dabei handelt es sich um Maßnahmen, deren Kosten im Rahmen der Seitenbereichsgestaltung anfallen.

Seitenbereichsgestaltung

Die Seitenbereichsgestaltung wird im Zuge einer GVFG - Maßnahme durchgeführt.

7. Beabsichtigte Maßnahmen

Der Bebauungsplan soll die Grundlage sein für

- Grunderwerb
- Grenzregelung
- Erschließung

sofern diese Maßnahmen im Vollzug des Bebauungsplanes erforderlich werden.

Freiburg, den 26.01.1995
13.02.1997
28.07.1997
07.05.1999*
15.07.1999

Oppenau, den**19. Juli 1999**.....

PLANUNGSBÜRO FISCHER
GÜNTERSTALSTR. 32 79100 FREIBURG

.....
Planer



.....
(Grieser)

Bürgermeister

ERLÄUTERUNG ZUM GRÜNORDNUNGSPLAN

zum Bebauungsplan "Bahnhofstraße", Stadt Oppenau (Ortenaukreis)

1.0 EINLEITUNG

1.1 Grund der Planaufstellung

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes "Bahnhofstraße" sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, daß der geplante Ausbau einer "Teilumgehung Oppenau im Zuge der B 28" realisiert werden kann.

Die Bundesstraße 28 stellt die Hauptverbindungsstraße zwischen den Orten Appenweier, Oppenau, Freudenstadt, Nagold und Herrenberg dar und führt derzeit durch den Innenstadtbereich von Oppenau.

Die derzeitige Situation ist gekennzeichnet durch sehr große Immissionsbelastungen aufgrund des starken Verkehrsaufkommens (insbesondere dem hohen Anteil an Schwerlastverkehr), durch bestehende Gefahrensituationen aufgrund von Engstellen und sehr unübersichtlichen Kurvenabschnitten sowie fehlender Gehwege, ungenügender Gehweg- und Straßenentwässerung und schlechter Fahrbahnbeläge.

Da die bestehende Bebauung und der vorhandene Baumbestand entlang der derzeitigen Trassenführung der B 28 im Innenstadtbereich von Oppenau eine Verbesserung der Verhältnisse auf der vorhandenen Trasse nicht erlauben, soll die "Teilumgehung Oppenau" realisiert werden.

Ziel und Zweck der Teilumgehung, die über die jetzige Bahnhofstraße geführt werden soll, ist es den Durchgangsverkehr aus dem Ortskern herauszuhalten, um die o.g. Belastungen und Gefahren weitestgehend zu vermindern.

Die Teilumgehung ermöglicht eine Verbindung zwischen der Renchtalstraße und der Straßburger Straße. Dafür ist der Ausbau der Bahnhofstraße und eines Abschnittes der Industriestraße sowie die Anlage eines Kreisels als Brückenkonstruktion über dem Lierbach unterhalb der "Dreikönigsbrücke" erforderlich.

Die Aufstellung eines Grünordnungsplanes als landschaftspflegerischer Begleitplan für den Bereich des Bebauungsplanes "Bahnhofstraße" ist notwendig, um die durch die Straßenbaumaßnahme hervorgerufenen Eingriffe in den Naturhaushalt und das Ortsbild zu minimieren, auszugleichen und gegebenenfalls durch Ersatzmaßnahmen außerhalb des Planungsgebietes zu kompensieren.

Aufgrund des im Zuge des Ausbaus der Bahnhofstraße erforderlichen Brückenbauwerks über den Lierbach bei dem erhebliche Eingriffe in das Fließgewässer und die beidseitigen Uferböschungen zu erwarten sind, wurde ein Wasserrechtsverfahren mit hydraulischen Berechnungen und Nachweisen erforderlich, das ursprünglich vom Büro Kern-Weisenborn, Freiburg erarbeitet und aufgrund fehlender Untersuchungen und Berechnungen vom Büro Gramer GS, Offenburg/Freiburg überarbeitet wurde.

Das genehmigte Wasserrechtsverfahren liegt vor.

Die im Zuge der Berechnungen des Wasserrechtsverfahrens erforderlichen wasserbaulichen Maßnahmen und die im Sinne der Naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (§ 1a BauGB i.V.m. § 8a BNatSchG) vorgesehenen Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmen werden unter Kap. 3.0 konkreter erläutert.

1.2 Planungsgebiet

Das Planungsgebiet befindet sich in zentraler Stadtlage südlich der Innenstadt.

Der Bebauungsplan mit Grünordnungsplan umfaßt den 1. Bauabschnitt der geplanten "Teilumfahrung Oppenau im Zuge der B 28".

Zu Beginn des Bebauungsplanverfahrens wurde der Geltungsbereich des Grünordnungsplanes auf die eigentliche Trasse sowie Seitenbereiche bzw. neu überplante, angrenzende Grundstücke festgelegt. Die nähere Untersuchung der Problematik Lärmschutz hatte zwischenzeitlich eine Vergrößerung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes zur Folge, d.h. angrenzende bebaute Grundstücke, die künftig Anspruch auf passiven Lärmschutz haben, wurden in den Geltungsbereich einbezogen.

Da es sich hierbei aber um ausschließlich bestehende Bebauung handelt, sind im Bebauungsplan für diesen Bereich lediglich die Nutzung sowie die Lärmschutzmaßnahmen festgesetzt worden. Es wurde auf eine landschaftsplanerische Beurteilung dieser Flächen verzichtet, d.h. der Grünordnungsplan trifft für den erweiterten Geltungsbereich keine Aussagen. Die Abgrenzung des Untersuchungsbereiches der Naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung nach § 1a BauGB ist im Bestands-/Konfliktplan zum Grünordnungsplan eingetragen.

1.3 Bisheriger Planungsablauf

Die Planung zur "Teilumgehung Oppenau" der B 28 wird bereits seit 1989/90 von der Straßenbauverwaltung Offenburg betrieben.

Die Stadt Oppenau hatte sich auf Empfehlung der Straßenbauverwaltung für ein Bebauungsplanverfahren mit Grünordnungsplan als landschaftsplanerischen Fachbeitrag entschieden, um den Verfahrensablauf zu beschleunigen.

Jedoch kam es aus unterschiedlichen Gründen zu einer starken Verzögerung des Verfahrens, die insbesondere auf das zeitweilige Fehlen von finanziellen Mitteln der Straßenbauverwaltung und zum anderen auf die Forderung des Amtes für Wasserwirtschaft und Bodenschutz Offenburg, ein Wasserrechtsverfahren durchzuführen, das zweimal überarbeitet werden mußte, beruhte.

Im Zuge des Wasserrechtsverfahrens wurden hydraulische Messungen und Untersuchungen durchgeführt, um die erforderlichen Abflußprofile des Lier-

Im Rahmen der Planung zur Teilumgehung Oppenau erfolgte von Seiten des Planungsbüros Fischer + Partner bereits im Jahre 1990 eine detaillierte Bestandsaufnahme und Bestandsbewertung des durch die Teilumgehung betroffenen Planungsgebietes.

Basierend auf den ursprünglich geplanten Trassenverlauf und die vorgesehenen Ausbaumaßnahmen wurde von Seiten des Planungsbüros detaillierte Bestands- / Konfliktpläne im M 1:250 ausgearbeitet, welche dem Vorentwurf zum Günordnungsplan beigelegt sind.

Betrachtet man diese planerische Bestands- und Konfliktanalyse, zeigt sich eine Vielzahl von Konflikten und Eingriffen in den Naturhaushalt und das Ortsbild, die durch den ursprünglich vorgesehenen Trassenverlauf zu erwarten waren.

Basierend auf diese Konfliktanalyse und auf das erarbeitete Wasserrechtsverfahren, wurde der Trassenverlauf, das Brückenbauwerk und die Ausbaumaßnahmen entlang der Bahnhofstraße geändert, um einerseits die zu erwartenden Eingriffe in den Naturhaushalt und das Ortsbild weitestgehend zu vermeiden und zu minimieren und um die im Rahmen des Wasserrechtsverfahrens festgelegten wasserbaulichen Maßnahmen sicherzustellen.

Nachfolgend werden die Änderungen der ursprünglich geplanten Trassenführung und der vorgesehenen Ausbaumaßnahmen erläutert, die insbesondere der Konfliktvermeidung und -minimierung dienen:

- Verschiebung des als Kreisels vorgesehenen Brückenbauwerks über den Lierbach nach Osten, um die Eingriffe in den Uferböschungsbereich zu minimieren und insbesondere den bestehenden prägnanten Ufergehölzbestand und eine große prägnante Linde entlang der südlichen Uferböschung weitestgehend zu erhalten.

Die Erhaltung der prägnanten Linde konnte jedoch basierend auf die hydraulischen Untersuchungen des Wasserrechtsverfahrens nicht realisiert werden.

- Reduzierung der Einmündungen im Bereich des Kreisels zur Minimierung der Flächenversiegelung, zur Minimierung der Inanspruchnahme der Seitenbereiche und zur Schaffung eines kombinierten Geh- und Radweges in Richtung Oberkirch.
- Verschiebung der Trasse im Einmündungsbereich der Zettelmattestraße in Richtung Bahnhof, um die Eingriffe und Inanspruchnahme des Grundstücks 10/1 zu vermindern, um einen besseren Anschluß zur bestehenden Tankstelle zu schaffen.

- Reduzierung der Trassenbreite von ursprünglich 7,00 m auf 6,50 m Breite und Verschiebung der Trasse in Teilabschnitten zur Minimierung der Flächenversiegelung und zur Erhaltung und, wo möglich, Verbesserung der Standortverhältnisse der Linden entlang der Bahnhofstraße (teilweise Vergrößerung der vorhandenen Grünflächen).
- Verbesserung des Bahnhofsvorbereiches durch Reduzierung der Straßenbreiten, Schaffung eines Fußgängerüberwegs im Einmündungsbereich der Karl-Friedrichstraße und Anlage von Bushaltestellen.
- Änderung / Umgestaltung des Mündungsbereichs der Bahnhofstraße in die Post- und Renchtalstraße
 - * Anlage eines Linksabbiegers in Richtung Allerheiligen aus Gründen der Verkehrssicherheit
 - * Verlegung und Reduzierung des Tropfens in der Poststraße zugunsten der Einfahrt zum Sägewerk
 - * Einengung des Einmündungsradius in die Renchtalstraße zur Erhaltung vorhandener Linden und zur Verminderung der Beanspruchung privater Flächen sowie Minimierung der Flächenversiegelung

Diese dargelegten Änderungen finden Niederschlag in der neuen Trassenführung bzw. des Trassenausbaus der Bahnhofstraße im beigefügten Vorentwurf des Grünordnungsplanes mit Bestands- / Konfliktplan.

Im Bestands- / Konfliktplan von 1994 - aktualisiert 1996 - werden anhand von Textblöcken die noch verbleibenden Konflikte durch die Teilumgehung Oppenau dargelegt und in Kap. 2.0 Konfliktanalyse differenziert erläutert und bewertet.

Darauf aufbauend werden in Kap. 4.0 die aus landschaftsplanerischen Gesichtspunkten erforderlichen Maßnahmen erläutert, die zur Minimierung und zum Ausgleich der verbleibenden Eingriffe durch das Bauvorhaben notwendig sind und im Rahmen von grünordnerischen Festsetzungen und im Maßnahmenplan rechtlich sichergestellt werden.

1.4 Ökologische Grundsituation / Bestandsanalyse

Naturraum

Die Kernstadt Oppenau befindet sich nach der naturräumlichen Gliederung in den "Mäßig warmen Lagen des Unteren Grundgebirgs-Schwarzwaldes". Die meist steilen Täler und Hanglagen dieser Untereinheit nehmen am Westrand des nördlichen und mittleren Schwarzwaldes große Flächen ein. Bei den "Mäßig warmen Lagen des Unteren Grundgebirgs-Schwarzwaldes" handelt es sich um relativ breite Talflächen mit mäßig geneigten Hängen.

Boden

Nach der Bodenübersichtskarte von Baden-Württemberg liegt das Planungsgebiet im Auenbereich der Rench und des Lierbaches welcher sich durch schluffig-lehmige Auensedimente auszeichnet.

Die vorherrschenden Böden sind Braune Auenböden, Auengley-Auenböden und Brauner Auenboden-Auengley.

Die Bodenarten sind schwach kiesig-lehmige Sande und Sande sowie sandig-lehmiger Schluff über Feinsand.

Innerhalb des Planungsgebietes bei dem es sich um innerörtliche Siedlungsfläche von Oppenau handelt, ist jedoch ein hoher Anteil der Flächen überbaut und versiegelt. Dadurch sind die dort vorkommenden Böden irreversibel beeinträchtigt oder haben ihre natürlichen Bodenfunktionen, bereits vollständig verloren.

Hydrologie

Der Naturraum "Mäßig warme Lagen des Unteren Grundgebirgs-Schwarzwaldes" wird zur Grundwasserlandschaft des Kristallins gezählt, die wegen des anstehenden Grundgebirges, bestehend aus Gneisen und Graniten, als gering durchlässig einzustufen ist. Da die Niederschläge größtenteils oberflächennah zu den Talfüllungen abfließen, besitzt das Kristallin ein geringes und für die Trinkwassergewinnung nicht nutzbares Grundwasservorkommen.

Entlang des Lierbaches und der Rench befindet sich die Grundwasserlandschaft "Talfüllung", die aus mehr oder weniger gut gerolltem, grundwasserführendem Verwitterungsschutt gebildet wird. Das Planungsgebiet liegt somit im Bereich der Grundwasserlandschaft "Talfüllung", welche von älteren diluvialen Aufschüttungen bis zu den jüngsten diluvialen Aufschüttungen reicht und die ihr Grundwasser außer aus Niederschlägen sowohl aus dem unterirdischen Zustrom der talangrenzenden Grundwasserlandschaften wie auch durch Infiltration aus den Oberflächengewässern beziehen.

Die Grundwasserlandschaft besitzt somit eine vergleichsweise große Mächtigkeit und Grundwasserspeicherfähigkeit des Aquifes und eine relativ große Bedeutung für Trink- und Brauchwasser.

Der "Untere Urgesteinsschwarzwald" ist geprägt durch große Höhendifferenzen und ein sehr bewegtes Relief und besitzt wie der gesamte Schwarzwald eine hohe Gewässerdichte. Hierfür sind die hohen Niederschlagswerte und die hydrologischen Eigenschaften der vorhandenen Gesteinsarten verantwortlich.

Als prägendes Fließgewässer II. Ordnung verläuft der Lierbach im nördlichen Bereich des Planungsgebietes und mündet etwas bachabwärts in die Rench. Der Lierbach erreicht diesen Bereich ein Einzugsgebiet von 39 km² und besitzt eine Abflußspende von 2,18 m³/s/km².

Der Ausbauzustand des Lierbaches ist als mäßig naturnah bis naturfern zu bezeichnen, da er einerseits teilweise durch Ufermauern gesichert ist und zum anderen aufgrund vorhandener Abstürze keine gewässerökologisch gewünschte Durchgängigkeit besitzt.

Klima

Die "Mäßig warmen Lagen des Unteren Grundgebirgs-Schwarzwaldes" in denen das Planungsgebiet liegt sind gekennzeichnet von einer durchschnittlichen Niederschlagsmenge von 800 - 1000 mm und einer durchschnittlichen Jahrestemperatur von 8 -9° C.

Bei dem Planungsgebiet selbst handelt es sich um Siedlungsflächen der Kernstadt Oppenau, die aufgrund des sehr hohen Versiegelungsgrades ihre klimaökologischen Ausgleichsfunktionen bereits verloren haben. Nur die nicht überbauten Grün- und Gartenflächen und der Gehölzbestand entlang des Lierbaches besitzen als Frisch- und Kaltluftproduzenten eine siedlungsklimatische Bedeutung.

Potentielle natürliche Vegetation

Die potentielle natürliche Vegetation ist im Talbereich des Lierbaches der Hainmieren-Schwarzerlen-Auwald im Wechsel mit dem frischen bis feuchten Sternmieren-Stieleichen-Hainbuchenwald.

Wichtige Bäume und Sträucher dieser Pflanzengesellschaft sind:

Alnus glutinosa (Schwarzerle), *Salix fragilis* (Bruchweide), *Fraxinus excelsior* (Gemeine Esche), *Ulmus glabra* (Bergulme), *Acer pseudoplatanus* (Bergahorn), *Prunus padus* (Traubenkirsche), *Quercus robur* (Stieleiche), *Carpinus betulus* (Hainbuche), *Sorbus aucuparia* (Vogelbeere).

Viburnum opulus (Gewöhnlicher Schneeball), *Corylus avellana* (Haselnuß), *Euonymus europaeus* (Pfaffenhütchen), *Lonicera xylosteum* (Heckenkirsche), *Crataegus laevigata* (Zweigrifflicher Weißdorn), *Humulus lupulus* (Hopfen), *Sambucus nigra* (Schwarzer Holunder), *Salix triandra* (Mandelweide).

Reale Vegetation

Die reale Vegetation besitzt keinerlei Ähnlichkeit mehr mit der ursprünglichen Vegetation.

Im Bereich des Planungsgebietes sind nur noch wenige Grün- und Freiflächen zwischen den versiegelten und überbauten Flächen vorhanden.

Von Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz ist die Lindenallee entlang der Bahnhofstraße, der Baumbestand in der Grünanlage am Bahnhof und der Lierbach mit säumenden Ufergehölzen und Ruderalflur.

Nachfolgend werden die innerhalb oder direkt angrenzend an den Geltungsbereich des Bebauungs- und Grünordnungsplanes vorhandenen Vegetationsflächen, Landschafts- und Gehölzstrukturen, die ggf. durch den Ausbau der Bahnhofstraße beeinträchtigt bzw. zerstört werden könnten, dargestellt und bewertet.

Die der Bewertung zugrunde gelegten Kriterien sind die ökologische Wertigkeit / Funktion (Naturnähe, Strukturvielfalt, Ersetzbarkeit etc.), die Bedeutung für das Ortsbild (gliederndes und belebendes Landschaftselement) und die Empfindlichkeit gegenüber Belastungen.

Die Bewertung erfolgt in den nachfolgenden drei Stufen:

Stufe I: hohe - sehr hohe Wertigkeit

Stufe II: mittlere Wertigkeit

Stufe III: geringe - sehr geringe Wertigkeit

und ist der Tabelle 1 "Bewertung der Vegetationsbestände, Landschafts- und Gehölzstrukturen" zu entnehmen.

TABELLE 1: Bewertung des Vegetationsbestandes, Landschafts- und Gehölzstrukturen

Nr. lt. Plan	Bestandsbeschreibung	Bestandesbewertung		
		ökologische Wertigkeit	ortsbildprägende Bedeutung	Empfindlichkeit
1	Nördlicher Uferböschungsbereich des Lierbaches zur Straßburger Straße Stützmauerwerk und weitgehend fehlende standortgerechte Ufervegetation: in einem kleineren Teilabschnitt befinden sich standortwidrige Nadelgehölze	III - gering Stützmauerwerk und schmaler steiler Wiesenböschungsabschnitt mit teilweise standortwidrigen Nadelgehölzen bietet nur sehr eingeschränkt Lebensraum für Fauna und Flora	II - mittel Böschungsabschnitt im Zusammenhang mit dem Lierbach von ortsbildprägender Bedeutung, jedoch durch Neu-/ Ersatzpflanzung verbesserungswürdig	mittel
2	Uferböschungsabschnitt zwischen Lierbach und Straßburger Straße mit relativ jungem Gehölzbestand, kiesigen Stellen, Ruderalvegetation und niedrigem Stützmauerwerk	II - mittel vorhandener junger Ufergehölzbestand und Ruderalfluren von mittlerer Bedeutung als Lebensraum für Fauna und Flora	II - mittel Lierbach mit Uferböschung von ortsbildprägender Bedeutung, jedoch verbesserungswürdig durch Ergänzungspflanzung	mittel - hoch
3	Südlicher Uferböschungsabschnitt des Lierbaches zur Industriestraße mit prägnantem Ufergehölzbestand (Erlen, Eschen, Linden, Ulmen) und Brombeergestrüpp	I - hoch prägnanter erhaltenswerter Ufergehölzbestand mit herausragender Linde und Brombeergestrüpp im Unterwuchs von großer Bedeutung als Lebensraum für Fauna und Flora	I - hoch Lierbach mit säumendem prägnantem Ufergehölzbestand von großer ortsbildprägender Bedeutung	hoch
4	Private Gartenfläche, Flst.Nr. 10/1, als Wiese und Hausgarten genutzt, mit prägnantem Walnußbaum sowie Zierkirsche im Vorgarten	II - mittel innerörtlich unterschiedlich genutzte Freifläche mit prägnanten Einzelgehölzen von mittlerer Bedeutung als Lebensraum für Fauna und Flora innerhalb bebauter Siedlungsfläche	II - mittel mittlere ortsbildprägende Bedeutung als Freifläche mit prägnanten Einzelgehölzen	mittel

Nr. lt. Plan	Bestandsbeschreibung	Bestandesbewertung		
		ökologische Wertigkeit	ortsbildprägende Bedeutung	Empfindlichkeit
5	Private Gartenfläche als Wiese und Acker genutzt, Flst.Nr. 109/1	II - III - gering - mittel Ackerfläche von geringer Bedeutung als Lebensraum für Fauna und Flora und Wiesenfläche von mittlerer Bedeutung	II - III - gering - mittel Freiflächen ohne nennenswerter ortsbildprägende Funktion	mittel
6	Prägnante Lindenreihe mit z.T. sehr beengten Baumstandorten entlang der Bahnhofstraße und weitergehend entlang der Renchtalstraße	II - mittel Lindenallee als Lebensraum für Fauna und Flora im innerstädtischen Bereich von mittlerer Bedeutung	I - hoch große ortsbildprägende Bedeutung als gliederndes und belebendes Raum- und Landschaftselement	hoch
7	Isolierte Grünfläche mit Ruderalvegetation und abgängigen Fichten	III - gering Isolierte Grünfläche ohne bedeutende Vegetationsstrukturen	III - gering Grünfläche ohne nennenswerte ortsbildprägende Funktion	gering
8	Grünanlage südöstlich des Bahnhofs mit Kastanien und einer großen Fichte	II - mittel Grünanlage mit prägnanten Kastanienbäumen von mittlerer Bedeutung als Lebensraum für Fauna und Flora	I - hoch Prägnanter Kastanienbaumbestand und große erhaltenswerte Fichte von großer ortsbildprägender Bedeutung	mittel - hoch

Tierwelt

Eine systematische Erfassung der Tierwelt im Planungsgebiet oder andere Informationen oder tierökologische Kartierungen in diesem Bereich liegen nicht vor.

Allgemein ist festzustellen, daß die Tierwelt nur noch sehr eingeschränkte meist kleinflächig isolierte Lebensräume innerhalb der Siedlungsfläche der Kernstadt von Oppenau vorfindet. Dies sind kleinere private Garten- und Grünflächen und öffentliche Grünflächen, die in Abhängigkeit vom Grad der Nutzungsintensität Lebensräume insbesondere für Insekten und Vögel, die an den Siedlungsraum gebunden sind, darstellen.

Von mittlerer und größerer Bedeutung für die Tierwelt insbesondere für Insekten und Vögel sind die vorhandenen Gehölzstrukturen und Einzelgehölze wie z.B. die vorhandene Lindenallee und der z.T. prägnante Gehölzbestand entlang des Lierbaches.

Desweiteren hat der Lierbach, mit teilweise säumendem Gehölzbestand eine große Bedeutung als lineares Biotopvernetzungselement zwischen der freien Landschaft und dem innerstädtischen Bereich.

Jedoch muß darauf hingewiesen werden, daß aufgrund der vorhandenen Abstürze entlang des Fließgewässers die aus gewässerökologischen Gesichtspunkten anzustrebende Durchgängigkeit, die insbesondere für die Wasserfauna von großer Bedeutung ist, derzeit nicht gegeben ist.

2.0 KONFLIKTANALYSE

Das geplante Straßenbauvorhaben in Oppenau (Ausbau einer Teilumlegung im Zuge der B 28) kann nicht konfliktfrei zu den Ansprüchen und Zielsetzungen von Landschaftspflege und Naturschutz realisiert werden.

In der folgenden Übersicht (Tabelle 2) erfolgt die Gegenüberstellung der Bestandsbewertung und der durch die Eingriffe zu erwartenden Beeinträchtigungen mit den jeweils erforderlichen und geeigneten Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung bzw. zum Ausgleich und Ersatz der zu erwartenden Eingriffe, die Begründung der dargelegten Maßnahmen sowie eine abschließende Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung nach § 1a BauGB i.V.m. § 8a BNatSchG.

Bestandsbewertung / zu erwartende Eingriffe	Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zur Kompensation der Eingriffe	Begründung der Maßnahmen	Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung (lt. § 1a BauGB i.V.m. § 8a BNatSchG)
<p><u>Schutzgut Klima / Luft:</u> Bei den überplanten Flächen handelt es sich um Siedlungsfläche in der Kernstadt von Oppenau. Derzeit sind bereits große Flächen des Planungsgebietes überbaut bzw. versiegelt. Bei den nicht versiegelten bzw. überbauten Freiflächen handelt es sich um private Gartenflächen, öffentliche Grünflächen und den Liebbach. Diese Flächen besitzen insbesondere aufgrund des Gehölzbestandes (Frischluff- und Kaltluftproduzent) siedlungsklimatische Bedeutung.</p> <p>Durch die Anlage des Kreisels erfolgt eine Reduzierung der bisher nicht überbauten und versiegelten Flächen im Bereich des Liebbaches. Des Weiteren werden durch den geplanten Ausbau der Bahnhofsstraße neue Flächenversiegelungen in geringem Umfang erforderlich.</p>	<p>Aus grünplanerischer Sicht bieten sich die folgenden Ansatzpunkte um eine wirksame Minderung negativer klimatischer Effekte bei einer Bebauung zu erreichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung der befestigten Flächen auf eine erforderliche Mindestgröße und Entsiegelung der asphaltierten Flächen, die künftig als öffentliche und private Parkplätze genutzt werden sollen - Erhalt des Baumbestandes in der Bahnhofstraße - weitgehende Überstellung von Verkehrsflächen insbesondere geplante öffentliche Parkplatze mit Bäumen - Neupflanzung von heimischen Gehölzen entlang des Liebbaches und im Bereich des Kreisels 	<p>Vermeidung und Minimierung der versiegelungsbedingten negativen Auswirkungen auf das Kleinklima und die Luftqualität</p> <p>Schaffung eines Ausgleichs für die zu erwartenden Beeinträchtigungen des Kleinklimas durch Neupflanzung von heimischen Gehölzen und durch Entsiegelung von asphaltierten Flächen im Bereich des künftigen öffentlichen Park + Ride Platzes und der anderen vorgesehenen Parkplatze</p>	<p>Es ist nur eine Minimierung, keine vollständige Vermeidung der Beeinträchtigungen durch Versiegelung möglich.</p> <p>Die vorgesehenen Pflanzmaßnahmen und die Entsiegelung von asphaltierten Flächen wirken sich positiv auf das Kleinklima aus und können als Ausgleichsmaßnahmen im Sinne des § 1a BauGB i.V.m. § 8a BNatSchG in Ansatz gebracht werden.</p> <p>Des Weiteren wird durch die geplante Teilumgehung der B 28 der Trassenabschnitt innerhalb der Kernstadt von Oppenau verkürzt und dadurch die lufthygienischen Belastungen und die Lärmbelastungen im Vergleich zur derzeitigen Situation vermindert.</p>

Bestandsbewertung / zu erwartende Eingriffe	Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zur Kompensation der Eingriffe	Begründung der Maßnahmen	Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung (lt. § 1a BauGB i.V.m § 8a BNatSchG)
<p>Dies wirkt sich negativ auf das Kleinklima aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verschlechterung der Luftqualität durch Verlust von schadstofffilternder und frischluftproduzierender Vegetation - Verminderung der Verdunstungsrate; folglich Erhöhung der Wärmebelastung (insbesondere im Sommer) <p>Es ist mit einer Verlagerung der Lärm- und Schadstoffbelastungen im innerstädtischen Bereich von Oppenau zu rechnen.</p> <p>Dies bedeutet eine stärkere Belastung der an die Bahnhofstraße angrenzenden Siedlungsflächen. Gleichzeitig erfolgt eine Entlastung des derzeitig stark belasteten Streckenabschnittes der B 28 in der Kernstadt von Oppenau. Insgesamt ist mit geringeren Belastungswirkungen zu rechnen, da durch die Teilumgehung eine weitaus geringere Trassenlänge innerhalb der Kernstadt beansprucht wird.</p>			

Bestandsbewertung / zu erwartende Eingriffe	Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zur Kompensation der Eingriffe	Begründung der Maßnahmen	Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung (lt. § 1a BauGB i.V.m § 8a BNatSchG)
<p><u>Schutzgut Wasser:</u> Die Belange hinsichtlich des Grundwasserschutzes bei der Trinkwassergewinnung werden nicht berührt, da das Planungsgebiet in keinem Wasserschutzgebiet liegt.</p> <p>Durch die Anlage des Kreisels im Bereich des Liebaches und durch den geplanten Ausbau der Bahnhofstraße erfolgt eine relativ geringe zusätzliche Flächenversiegelung, die sich nachteilig auf den Wasserhaushalt auswirkt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Reduktion der Grundwasserneubildung - Erhöhung des Oberflächenabflusses und Ableitung von Niederschlagswasser in die Kanalisation oder in den natürlichen Vorfluter; dadurch stärkere Belastung der Oberflächengewässer, wodurch die Gefahr von Hochwasserereignissen steigt. 	<p>Die Flächenversiegelung ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken. Dies beinhaltet, daß der geplante Ausbau der Bahnhofstraße auf ein Minimum begrenzt wird und daß bei der Befestigung von Stellplätzen wasserdurchlässige Beläge verwendet werden.</p> <p>Desweiteren ist vorgesehen für die Neuversiegelung derzeit unverbauter Flächen, eine Entsigelung von bislang asphaltierten Flächen im Bereich des öffentlichen Park + Ride Platzes durchzuführen.</p>	<p>Reduzierung der Oberflächenversiegelung zur Minimierung der versiegelungsbedingten negativen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt. Schaffung eines Ausgleiches für die Neuversiegelung durch Flächenentsiegelung.</p>	<p>Es ist nur eine Minimierung, keine vollständige Vermeidung der versiegelungsbedingten Beeinträchtigung möglich. Jedoch können die zu erwartenden Eingriffe durch die vorgesehene Flächenentsiegelung kompensiert werden.</p>

Bestandsbewertung / zu erwartende Eingriffe	Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zur Kompensation der Eingriffe	Begründung der Maßnahmen	Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung (lt. § 1a BauGB i.V.m § 8a BNatSchG)
<p>Im nördlichen Bereich des Planungsgebietes verläuft der Lierbach, ein Gewässer II. Ordnung. Der Ausbauzustand des Lierbaches ist als mäßig naturnah bis naturfern zu bezeichnen, da entlang der Straßburger Straße Ufermauern vorhanden sind. Die Ökologie bzw. die Durchgängigkeit des Fließgewässers wird durch die vorhandenen Abstürze beeinträchtigt.</p> <p>Durch die geplante Anlage eines Straßenkreisel als Brückenbauwerk über dem Lierbach werden nachfolgende bauliche Maßnahmen erforderlich, für die ein Wasserrechtsverfahren durchgeführt und genehmigt wurde.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umbau des vorhandenen Absturzes bei km 0+030 als Sohlrampe (Rauhe Rampe) mit integriertem Fischaufstieg - Tieferlegung der vorhandenen Bachsohle um ca. 30 bis 80 cm auf einer Länge von ca. 130 m. - Böschungssicherung durch Steinablage im Bereich der Busbucht zwischen Dreikönigsbrücke und Kreisel 	<p>Das erforderliche Brückenbauwerk über den Lierbach muß so konzipiert werden, daß die Eingriffe in das Fließgewässer so gering wie möglich und unter Berücksichtigung gewässerökologischer Belange durchgeführt werden.</p> <p>Bei der Auswahl der Brückenkonstruktion muß großen Wert darauf gelegt werden, daß die Eingriffe in den Uferböschungsbereich so gering wie möglich gehalten werden.</p> <p>Desweiteren sind folgende Maßnahmen zur Minimierung und zum Ausgleich der zu erwartenden Eingriffe vorgesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Neubepflanzung des Freiraumes im Innenkreisel des Brückenbauwerks mit standortgerechten Ufergehölzen - Entfernen des Absturzes bei km 0+030 und Anlegen einer Sohlrampe nach ökologischen Gesichtspunkten mit integrierter Fischtreppe - Gewässerausbau im Bereich der Gewässersohle nach ökologischen Gesichtspunkten durch Schaffung einer Niedrigwasserrinne mit Gumpen um ein Trockenfallen bei Minimalabfluß zu verhindern. 	<p>Minimierung der Eingriffe in den Uferböschungsbereich des Lierbaches durch das Brückenbauwerk.</p> <p>Ausgleich des Verlustes von Ufervegetation durch Neupflanzung standortgerechter Ufergehölze zur Sicherung und Entwicklung von Lebensräumen für Fauna und Flora.</p> <p>Verbesserung der gewässerökologischen Durchgängigkeit des Lierbaches durch Entfernen des Absturzes und Verhinderung eines Trockenfalles bei Minimalabfluß. Dadurch erfolgt mittelfristig eine ökologische Aufwertung des Lierbaches in diesem Fließgewässerabschnitt.</p>	<p>Die durch das Brückenbauwerk zu erwartenden Eingriffe in den Lierbach können nur minimiert, jedoch nicht vollständig vermieden werden.</p> <p>Durch die umfangreichen Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerökologie des Lierbaches und durch die vorgesehenen Bepflanzungsmaßnahmen können die zu erwartenden Eingriffe kompensiert werden.</p>

Bestandsbewertung / zu erwartende Eingriffe	Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zur Kompensation der Eingriffe	Begründung der Maßnahmen	Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung (lt. § 1a BauGB i.V.m § 8a BNatSchG)
<ul style="list-style-type: none"> - Ausweisung einer Vorbehaltsfläche für einen weiteren Fischaufstieg im Bereich des vorhandenen Absturzes bei km 0+199,50. - Entfernung der prägnanten großen Linde im Bereich des Kreisels aus hydraulischen Gründen. <p>Durch diese im Zug der Realisierung des Brückenbauwerks erforderlichen Maßnahmen erfolgen erhebliche Eingriffe in das Fließgewässer durch Verlust von prägnantem Ufergehölzbestand, durch teilweise erforderliche Abgrabungen und Aufschüttungen im Uferbereich und durch Eingriffe in die vorhandene Gewässersohle durch Tieferlegung.</p>			

Bestandsbewertung / zu erwartende Eingriffe	Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zur Kompensation der Eingriffe	Begründung der Maßnahmen	Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung (lt. § 1a BauGB i.V.m § 8a BNatSchG)
<p><u>Schutzgut Boden:</u> Da es sich bei den überplanten Flächen um Siedlungsflächen handelt, die bereits zu einem hohen Prozentsatz versiegelt bzw. überbaut sind, besitzt das Planungsgebiet eine geringe Wertigkeit bzgl. der Erfüllung der natürlichen Bodenfunktionen nach dem BodSchG.</p> <p>Für den geplanten Straßenausbau werden Freiflächen im Randbereich der Bahnhof- und Industrie- straße bzw. Straßburger Straße und der Einmündungen der Zetelmattstraße sowie der Post- und Renchtalstraße überplant. Durch Versiegelung wird die Filter- und Puffereigenschaft sowie die Funktion "Ausgleichskörper im Wasserkreislauf" des Bodens bei der Inanspruchnahme von bisher nicht befestigten Flächen im Planungsgebiet beeinträchtigt. Eingriffe größeren Umfangs entstehen bei dem Bau der Liebachbrücke (Kreisel) in den vorhandenen Uferbereich durch Veränderung des Gewässerbettes (vgl. genehmigtes Wasserrechtsverfahren).</p>	<p>Die Flächenversiegelung ist weitgehend zu minimieren (sh. Wasserpotential) damit die Bodenfunktionen "Puffer- und Filtervermögen" sowie "Ausgleichskörper im Wasserkreislauf" z.T. erhalten werden können. Dies bedeutet den erforderlichen Ausbau der Bahnhofstraße so gering wie möglich zu halten und und auszubauende Stellplätze wasserdurchlässig zu befestigen. Desweiteren ist als Ausgleich für erforderliche neue Versiegelungen der Rückbau von asphaltierten Flächen im Bereich des geplanten Park + Ride Platzes auf den ehemaligen Bahngelände vorgesehen.</p>	<p>Vermeidung und Minimierung des durch Versiegelung bedingten Verlustes oder der irreversiblen Beeinträchtigung von noch unverbautem Boden. Schaffung eines Ausgleichs für die durch den nicht vermeidbare Versiegelung entstehenden Eingriffe durch Flächenentsiegelung.</p>	<p>Eine vollständige Vermeidung der Neuversiegelung ist nicht möglich, nur eine Minimierung. Als Ausgleich für die versiegelungsbedingten Eingriffe kann die vorgesehene Flächenentsiegelung angerechnet werden.</p>

Bestandsbewertung / zu erwartende Eingriffe	Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zur Kompensation der Eingriffe	Begründung der Maßnahmen	Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung (lt. § 1a BauGB i.V.m § 8a BNatSchG)
	Bei der Auswahl der Brückenkonstruktion über den Lierbach muß großen Wert darauf gelegt werden, daß Eingriffe im Böschungsbereich in so geringem Maß wie möglich entstehen.		

Bestandsbewertung / zu erwartende Eingriffe	Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zur Kompensation der Eingriffe	Begründung der Maßnahmen	Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung (lt. § 1a BauGB i.V.m § 8a BNatSchG)
<p><u>Schutzgut Flora / Fauna:</u> Aus der Sicht des Biotop- und Artenschutzes sind die nachfolgend aufgeführten Grünelemente im Planungsgebiet als wertvoll und daher erhaltenswert einzustufen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lindenallee entlang der Bahnhofstraße - Baumbestand in der Grünanlage am Bahnhof (grenzt direkt an den Geltungsbereich an) - Lierbach mit Ufergehölzen im Böschungsbereich sowie Ruderalflur auf kiesigen Stellen am Uferstrand 	<p>Um die Eingriffe zu minimieren ist aus der Sicht des Natur- und Landschaftschutzes vorgesehen, einen Großteil der vorhandenen Gehölze und wertvollen Einzelbäume soweit dies das Bauvorhaben ermöglicht zu erhalten.</p> <p>Zusätzliche Neupflanzungsmaßnahmen und Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung innerhalb des Planungsgebietes sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ergänzende Neupflanzung von Linden innerhalb der Verkehrsgrünflächen, der öffentlichen Parkplatzflächen und auf privaten Grundstücken - Pflanzung von heimischen Laubbäumen im Bereich des Verkehrskreisels und der Einmündungsbereiche - Pflanzung von standortgerechten Ufergehölzen entlang der Böschungsschnitte des Lierbaches und im Innenbereich des Kreisels 	<p>Schaffung und Verbesserung der Lebensraumbedingungen von Fauna und Flora durch Neuschaffung von Vegetations- und Gehölzstrukturen und Verbesserung des gewässerökologischen Zustandes des Lierbachs.</p>	<p>Eine vollständige Vermeidung der zu erwartenden Eingriffe in das Schutzgut Fauna und Flora ist nicht möglich.</p> <p>Ein Ausgleich im Sinne des § 1a BauGB i.V.m § 8a BNatSchG für die nicht vermeidbaren Eingriffe kann durch die umfangreichen Neupflanzungen und die ökologische Aufwertung des Lierbachs geschaffen werden.</p>

Bestandsbewertung / zu erwartende Eingriffe	Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zur Kompensation der Eingriffe	Begründung der Maßnahmen	Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung (lt. § 1a BauGB i.V.m § 8a BNatSchG)
<p>Der Erhalt der Lindenbäume entlang der Bahnhofstraße kann bei der vorgesehenen Straßenbaumaßnahme nur z.T. gewährleistet werden. Des weiteren ist mit erheblichen Eingriffen in den Liebach durch Verlust von Lebensräumen im Zuge des Gewässerausbaus und durch Verlust teilweise prägnanter Gehölze (z.B. die erhaltenswerte Linde), im Böschungsbereich zu rechnen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Pflanzung von heimischen Sträuchern in Verkehrsgrünflächen - Begrünung der öffentlichen und privaten Stellplatzanlagen - mittelfristig ökologische Aufwertung des Liebaches durch Niedrigwasserrinnen mit Gumpen und Umbau des Absturzes in eine Sohlrampe mit integriertem Fischaufstieg 		

Bestandsbewertung / zu erwartende Eingriffe	Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zur Kompensation der Eingriffe	Begründung der Maßnahmen	Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung (lt. § 1a BauGB i.V.m § 8a BNatSchG)
<p><u>Ortsbild / Erholungsfunktion:</u> Das Straßenbild der Bahnhofstraße wird von der Lindenallee stark geprägt. Aus diesen Gründen ist der Erhalt der Bäume von großer Bedeutung. Der Liebbach mit seinem Gehölzbestand stellt ein für das Ortsbild wertvolles naturbetontes Landschaftselement in der Siedlungsfläche dar. Für die Feierabenderholung von Bedeutung ist der erhaltenswerte Fußweg entlang des Liebbaches, der eine Verbindung zwischen der "Dreikönigsbrücke" und der Industriestraße darstellt.</p> <p>Durch die Straßenbaumaßnahme - insbesondere durch die geplante Brückenkonstruktion - finden Eingriffe größeren Umfangs in den oben beschriebenen Gewässerabschnitt statt und er wird in seiner bereits durch die angrenzende stark befahrene Straßburger Straße beeinträchtigten Erholungsfunktion eingeschränkt. Desweiteren gehen bei der Realisierung einige wenige prägnante Linden entlang der Bahnhofstraße verloren.</p>	<p>Aus Gründen des Ortsbildes findet die Ergänzung der lückigen Lindenallee in der Bahnhofstraße statt, die einerseits der Schließung von Raumkanten dient und andererseits den Verlust einzelner Linden im Zuge der Baumaßnahmen ausgleicht.</p> <p>Desweiteren sind zusätzliche Begrünungsmaßnahmen im Straßenraum und auf privaten Grundstücken geplant, die einer Gliederung und Belebung des innerstädtischen Bereiches dienen.</p> <p>Zur Verbesserung der derzeitigen Situation ist die Überstellung des öffentlichen Park + Ride Platzes auf dem ehemaligen Bahnhofsgelände mit Bäumen vorgesehen.</p> <p>Entlang des Liebbaches werden für den Verlust des bestehenden Ufergehölzbestandes im Zuge der Realisierung des Brückenbauwerkes Ufergehölze neu gepflanzt, desweiteren ist eine ökologische Aufwertung des Liebbaches als wertvolles Landschaftselement im Siedlungsbereich vorgesehen.</p>	<p>Vermeidung und Minimierung der Eingriffe in das Ortsbild und die Erholungsfunktion durch Schutz und Erhaltung der vorhandenen Gehölz- und Vegetationsbestände soweit dies das Bauvorhaben ermöglicht.</p> <p>Verbesserung der innerörtlichen Situation durch umfangreiche Neuschaffung von Vegetations- und Gehölzstrukturen.</p> <p>Verbesserung des ortsbildprägenden Liebbaches durch ökologische Aufwertung und Ufergehölzpflanzung.</p>	<p>Der zu erwartende Eingriff in das Ortsbild und die Erholungsfunktion wird durch geeignete Maßnahmen weitestgehend minimiert.</p> <p>Ein Ausgleich erfolgt durch umfangreiche Ersatz- und Neupflanzungen und ökologische Aufwertung des Liebbaches (mittelfristig).</p>

Bestandsbewertung / zu erwartende Eingriffe	Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zur Kompensation der Eingriffe	Begründung der Maßnahmen	Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung (lt. § 1a BauGB i.V.m § 8a BNatSchG)
<p><u>Schutzgut Mensch:</u> Die derzeitige Situation im innerstädtischen Bereich ist geprägt durch starke Lärm- und Immissionsbelastungen aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens mit einem großen Anteil an Schwerlastverkehr. Dies hat eine starke Belastung der beidseits der derzeitigen Trassenführung der B 28 durch den Ortskernbereich von Oppenau liegenden Siedlungsflächen zur Folge. Desweiteren besteht derzeit ein hohes Gefahrenpotential durch Engstellen, unübersichtliche Kurven, fehlende Gewege etc. Zu erwartende Eingriffe durch Realisierung der Teilumgehung und den Ausbau der Bahnhofstraße sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - verstärkte, jedoch zeitlich begrenzte Lärm- und Immissionsbelastung während der Bauphase - Neubelastung der beidseits der Bahnhofstraße liegenden Siedlungsgebiete 	<p>Zur Verminderung der Neubelastungen durch die Umleitung des Straßenverkehrs über die Bahnhofstraße sind Gehölzpflanzungen auf Verkehrsgrünflächen und in privaten Gartenflächen vorgesehen.</p>	<p>Geringfügige Minimierung der Immissionsbelastungen durch Gehölzpflanzung (schadstofffilternde, lärmdämpfende Vegetationsbestände)</p>	<p>Die Belastungen während der Bauphase und durch das erhöhte Verkehrsaufkommen entlang der Bahnhofstraße durch die Teilumgehung der B 28 können nur geringfügig minimiert werden. Durch die Teilumgehung wird jedoch die derzeit sehr negativ zu bewertende Situation entlang der B 28, die sehr kurvenreich durch den Innerortsbereich von Oppenau führt stark verbessert. Nachfolgende Entlastungswirkungen, die die Neubelastungen bei weitem ausgleichen bzw. die Situation stark verbessern, sind zu erwarten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verminderung der Lärm- und Immissionsbelastungen in der Gesamtbilanz im innerörtlichen Bereich von Oppenau (kürzere Trassenführung, südlich an die Bahnhofstraße angrenzendes Bahnhofsgelände) - Entschärfung des derzeitigen Gefahrenpotentials für den Menschen entlang der Straßburger Straße (geradlinige Trassenführung mit übersichtlichen z.T. durch die Lindenallee getrennte Gehwegführung)

3.0 MASSNAHMEN DER GRÜNORDNUNG IM PLANUNGSGEBIET LANDSCHAFTSPFLEGERISCHES PLANUNGSKONZEPT

Der Grünordnungsplan als landschaftspflegerischer Begleitplan zum Ausbau der Bahnhofstraße dient der

- Begrünung, Gliederung und Gestaltung der geplanten Bahnhofstraße (Ausbau) einschließlich des Brückenbauwerks über dem Lierbach
- Vermeidung der durch die Realisierung des Bebauungsplanes zu erwartenden Eingriffe sowie
- Minimierung und Ausgleich oder Ersatz unvermeidbarer Eingriffe/Beeinträchtigungen in den Naturhaushalt, das Ortsbild und den Menschen

Aus grünplanerischer Sicht ergeben sich für das Planungsgebiet folgende grundsätzlichen Zielsetzungen:

- Erhalt, Schutz und Sicherung der vorhandenen erhaltenswerten Einzelgehölze, Baumreihen und Vegetationsbestände,
- Anpflanzung von Bäumen im Bereich von Verkehrsflächen und Neuschaffung von Gehölz- und Vegetationsstrukturen
- Minimierung der Flächenversiegelung
- Minimierung der Eingriffe in den Lierbach und ökologische Aufwertung des Fließgewässers einschließlich Uferböschungsbereich

3.1 Erhalt, Schutz und Sicherung vorhandener wertvoller Einzelbäume und Vegetationsbestände

Aus freiraumgestalterischen und ökologischen Gründen, insbesondere als Grundgerüst einer innerörtlichen Begrünung und zur Erhaltung und Verbesserung des Kleinklimas sind die im Planungsgebiet vorhandenen wertvollen und prägnanten Vegetationsbestände und Einzelbäume soweit dies das Bauvorhaben ermöglicht, unbedingt zu erhalten.

Nachfolgend aufgeführte Vegetationsbestände und Einzelbäume werden erhalten:

- Teilbestände der vorhandenen Ufergehölze entlang des Böschungsschnittes des Lierbaches soweit dies die erforderliche Gewässervertiefung und das geplante Brückenbauwerk zulässt

- ortsbildprägende und ökologisch wertvolle Lindenallee entlang der Bahnhofstraße bis auf wenige Einzelbäume, die aufgrund der Ausbaumaßnahmen nicht erhalten werden können.

In diesem Planungsstadium kann nicht abschließend beurteilt werden, ob durch das zusätzliche Verkehrsaufkommen, insbesondere durch den Schwerlastverkehr weitere Linden so stark beeinträchtigt werden (Wurzeldruck), daß diese mittelfristig wegfallen. Es wird empfohlen, diesbezüglich baumchirurgische Untersuchungen durchzuführen, um das Risiko, daß Bäume mittelfristig abgängig sind, abzuschätzen. Desweiteren muß rechtlich sichergestellt werden, daß die Linden, die wegfallen, durch Pflanzung von neuen Linden ersetzt werden.

3.2 Begrünungsmaßnahmen / Neuschaffung von Gehölz- und Vegetationsbeständen

Aus freiraumgestalterischen und ökologischen Gründen ist eine Begrünung von Verkehrsflächen von großer Bedeutung. Hierbei haben insbesondere Bäume im Straßenraum eine große Bedeutung als gliedernde und belebende Landschaftselemente.

Nachfolgend aufgeführte Bepflanzungsmaßnahmen sind innerhalb des Planungsgebietes vorgesehen und werden durch grünordnerische Festsetzungen planungsrechtlich sichergestellt:

- Ergänzende Anpflanzung und Ersatzpflanzung von standortgerechten Ufergehölzen entlang der Uferböschung des Liebaches und innerhalb der Freifläche im Kreisel des Brückenbauwerkes
- Ergänzung der vorhandenen Lindenallee durch Neupflanzung von Linden entlang der Bahnhofstraße
- Neupflanzung von heimischen Laubbäumen im Bereich des erforderlichen Brückenbauwerkes und in Einmündungsbereichen
- Pflanzung heimischer Strauchgruppen in öffentlichen Grünflächen
- Begrünung des öffentlichen Park + Ride Platzes durch Festsetzungen zur Anpflanzung von einheimischen Laubbäumen

3.3 Minimierung der Eingriffe in den Lierbach und ökologische Aufwertung des Fließgewässers einschließlich Uferböschungsbereich

Das erforderliche Brückenbauwerk über den Lierbach muß so konzipiert werden, daß Eingriffe in das Fließgewässer in so geringem Umfang wie möglich entstehen. Hierzu sind vor allem die Vorgaben des Amtes für Wasserwirtschaft und Bodenschutz, Landratsamt Ortenaukreis bei der Planung des Brückenbauwerkes, wie auch bei der Durchführung der Baumaßnahmen, zu berücksichtigen.

Desweiteren sind die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen mittelfristig zur ökologischen Aufwertung des derzeit mäßig naturnah bis naturfern einzustufenden Lierbaches vorgesehen:

- Anpflanzung von standortgerechten Ufergehölzen entlang der Uferböschung des Lierbaches
- standortgerechte Bepflanzung des Freiraums im Innenkreisel zwischen der Brückenwiderlagern und den Stützmauern
- Anlegen einer Niedrigwasserrinne mit Gumpen (im Zuge des erforderlichen Gewässerausbaus und der Tieferlegung der Gewässersohle) um ein Trockenfallen des Gewässers bei Minimalabfluß zu verhindern
- Entfernen des Absturzes bei km 0+030 und Anlegen einer Sohlrampe (als rauhe Rampe ausgebildet) mit integrierter Fischtreppe zur Schaffung der gewässerökologischen Durchgängigkeit
- Ausweisung einer Vorbehaltsfläche für das Anlegen einer weiteren Fischtreppe zwischen km 0+187 und km 0+199

Diese Maßnahmen werden basierend auf, das vom Ingenieurbüro Kern-Weißenborn erarbeitete und vom Büro Gramer GS überarbeitete Wasserrechtsverfahren erforderlich bzw. sind geplant und wurden von der zuständigen Fachbehörde genehmigt.

3.4 Minimierung der Flächenversiegelung

Um den durch Überbauung und Befestigung offener Bodenflächen verursachten verstärkten oberirdischen Abfluß von Niederschlagswasser zu minimieren und zu gewährleisten, daß die Grundwasserneubildung nicht vollständig reduziert wird, ist die Versiegelung von Flächen so gering wie möglich zu halten.

Zur Reduzierung der Flächenversiegelung, die sich auch positiv auf das Kleinklima auswirkt, sind bei der Befestigung von öffentlichen und privaten Stellplätzen wasserdurchlässige Materialien (z.B. Rasenpflaster, wassergebundene Decke, Schotterrasen) zu verwenden.

Aus den oben dargelegten Gründen ist als Ausgleich für erforderliche neue Versiegelungen der Rückbau der asphaltierten Flächen im Bereich des ehemaligen Bahngeländes durchzuführen, die künftig als öffentlicher Park + Ride Platz genutzt werden sollen.

4.0 NATURSCHUTZRECHTLICHE EINGRIFFS-/ AUSGLEICHSREGELUNG Abwägung der Beeinträchtigungen lt. § 1a BauGB i.V.m. § 8a des BNatSchG

In Kapitel 1.0 und 2.0 wurde bei der Bestandsbewertung dargelegt, daß es sich bei dem Planungsgebiet um innerörtliche größtenteils bereits bebaute bzw. versiegelte Flächen handelt. Die bisher nicht versiegelten Grünflächen (insbesondere der Liebach mit angrenzendem Uferbereich) übernehmen wichtige Regulations- und Regenerationsfunktionen im ökologischen Kreislauf und besitzen z.T. eine wertvolle ökologische Bedeutung. Des weiteren sind für das Ortsbild bzw. die Erholungsnutzung die prägnanten Linden in der Bahnhofstraße und der Liebach als naturbezogene Landschaftselemente in der Siedlungsfläche von Bedeutung.

Durch den geplanten Ausbau der Bahnhofstraße und das erforderliche Brückenbauwerk erfolgen unvermeidbare Eingriffe in den Naturhaushalt und das Ortsbild wie die vorangegangene Konfliktanalyse darlegt.

Zum Ausgleich für die entstehenden unvermeidbaren bereits weitestgehend minimierten Eingriffe kann in Anlehnung an den § 1a BauGB i.V.m. § 8a BNatSchG in Ansatz gebracht werden:

- Erhalt und Ergänzung der Lindenallee in der Bahnhofstraße, Pflanzung von weiteren Straßenbäumen und heimischen Sträuchern sowie Überstellung der öffentlichen Stellplätze mit Bäumen (ökologische Aufwertung durch Ergänzung der bestehenden Gehölzstrukturen)
- Erhalt und Entwicklung des Liebaches mit standortgerechter Ufergehölzbepflanzung mit Ausnahme des Gewässerabschnittes, der durch die Anlage einer Brücke beansprucht wird (ökologische Aufwertung durch langfristigen Ersatz der standortfremden Nadelgehölze durch Laubgehölze am Gewässer)
- Ökologische Aufwertung des Liebaches durch Umbau des Absturzes als Sohlrampe mit integrierter Fischtreppe und Schaffung eines Niedrigwasserbettes mit Gumpen
- Festsetzungen hinsichtlich der Verwendung wasserdurchlässiger Beläge, Entsiegelung von Asphaltflächen (Vermeidung von Flächenversiegelung)

Da ökologisch höherwertige Flächen und Vegetationsstrukturen (wie z.B. die Lindenallee) mit Ausnahme des Verlustes von teilweise prägnanten Ufergehölzen und wenige Einzelbäume der Lindenallee weitgehend erhalten bleiben und umfangreiche Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zum Ausgleich der zu erwartenden Eingriffe durch die Realisierung des Bebauungsplanes vorgesehen und im Rahmen von grünordnerischen Festsetzungen planungsrechtlich verankert sind, kann der im Sinne des § 1a BauGB i.V.m. § 8a BNatSchG anzustrebende Ausgleich innerhalb des Planungsgebietes als weitgehend erfüllt angesehen werden.

5.0 FLÄCHENBILANZ (*bezogen auf den Untersuchungsbereich zur Naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung nach § 1a BauGB innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans mit GOP)

Tabelle 1: Flächenbilanz vor Ausbau der Bahnhofstraße*

Biototyp / Nutzungsart	Flächenanteil nach Biotopwert (ha)					
	gering	gering - mittel	mittel	mittel - hoch	hoch	
Lierbach mit Uferrandzone			0,25			
Uferböschung mit standortwidrigen Nadelgehölzen oder ohne Ufergehölzbestand		0,055				
Uferböschung mit jungem Gehölzbestand			0,025			
Uferböschung mit prägnantem standortgerechtem Gehölzbestand					0,03	
Gartenfläche unterschiedlicher Nutzung			0,14			
Wiesenfläche			0,06			
Grünflächen / Pflanzbeete		0,07				
Bebaute Flächen	0,03					
Straße / Gehweg / Hofffläche - Asphalt / Pflaster	1,44					
Gehweg / Hofffläche - wassergebundene Decke	0,01					
Summe	ha	1,48	0,125	0,475	-	0,03
	%	70,14	5,93	22,51		1,42
insgesamt	ha	2,11				

Tabelle 2: Flächenbilanz nach Ausbau der Bahnhofstraße*

Biotoptyp / Nutzungsart	Flächenanteil nach Biotopwert (ha)					
	gering	gering - mittel	mittel	mittel - hoch	hoch	
Lierbach mit Uferrandzone - gewässerökologisch aufgewertet			0,25			
Uferböschung mit relativ jungen oder neu zu pflanzenden Ufergehölzen			0,06			
Uferböschung mit bestehendem prägnantem Ufergehölzbestand					0,025	
Freifläche im Kreisel des Brückenbauwerkes			0,015			
Öffentliche Grünflächen mit Pflanzgebot oder Pflanzbindung		0,17				
Private Grünfläche "Gartenland"			0,093			
Bebaute / überbaubare Flächen	0,067					
Straße / Gehweg / Hoffläche - Asphalt / Pflaster	1,3					
Parkplatz / Fußweg / Hoffläche - wassergebundene Decke	0,13					
Summe	ha	1,497	0,17	0,293	0,125	0,025
	%	70,95	8,06	13,89	5,92	1,18
insgesamt	ha	2,11				

Durch den geplanten Ausbau der Bahnhofstraße können insgesamt 4 Linden der vorhandenen ortsbildprägenden Lindenallee / -reihe nicht erhalten werden. Es ist jedoch geplant, daß durch Pflanzgebote ca. 23 nicht "honigtau - empfindliche" Linden entlang der Bahnhofstraße neu gepflanzt werden. Zusätzlich zur Anpflanzung von Linden erfolgt die Begrünung des Straßenraumes im Bereich des Brückenbauwerkes und des Einmündungsbereiches der Bahnhofstraße in die Post- und Renchtalstraße durch Anpflanzung von weiteren 10 - 15 großkronigen Straßenbäumen.

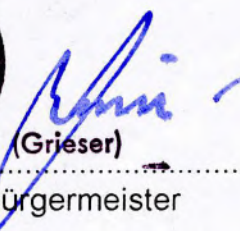
Freiburg, den 26.01.1995
ergänzt: 10.12.1996
07.05.1999
15.07.1999

Oppenau, den 19. Juli 1999

PLANUNGSBÜRO FISCHER
GÜNTERSTALSTR. 32, 79100 FREIBURG


.....
Planer




.....
(Grieser)
Bürgermeister

Fertigung: 2
Anlage: 10
Blatt: 1-14

Ergebnisse schalltechnischer Berechnungen

**Ausbau einer
Teilumgehung Oppenau
im Zuge der B 28**

<p>Aufgestellt : Freiburg, den 09. Juli 1998 Reg.Präsidium Freiburg, Abt. IV- Straßenwesen - <i>A. Schick</i></p>	

Inhaltsverzeichnis

Anlage 11.1	Seite
Erläuterungsbericht	2
Berechnungsergebnisse	5
Emissionspegel Vergleichsfall 2010	8
Emissionspegel Planfall 2010	10

Anlage 11.2

Plan 1	Vergleichsfall 2010
Plan 2	Planfall 2010
	Lageplan der Lärmschutzmaßnahmen

Ausbau einer Teilumgehung Oppenau im Zuge der B 28

ERLÄUTERUNGSBERICHT

1. Grundlagen

- Verkehrslärmschutzverordnung 16. BImSchV vom 12.06.1990
- Richtlinien für den Verkehrslärmschutz an Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes - VLärmSchR 97 -
- Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen - RLS-90
- Verkehrsuntersuchung Beller Consult GmbH vom Mai 1998

2. Berechnungsergebnisse

Aufgrund der vorliegenden Verkehrsuntersuchung wurden für die Teilumgehung Oppenau mit dem Programm Soundplan Version 4.2 vom 21.10.1997 schalltechnische Berechnungen entsprechend der RLS-90 durchgeführt.

Zur Beurteilung der Ergebnisse gemäß der 16. BImSchV wurden die Beurteilungspegel für den Vergleichsfall 2010 und den Planfall 2010 berechnet. Der **Vergleichsfall 2010** stellt das gegenüber dem heutigen Zustand unveränderte Straßennetz mit den Prognose-Verkehrsbelastungen des Planungshorizonts 2010 dar. Als **Planfall 2010** wird das zukünftige Straßennetz der Stadt Oppenau mit Verlegung der B 28 auf die Bahnhofstraße bezeichnet.

Die in der Verkehrsuntersuchung angegebenen Schwerverkehrsanteile wurden mit 20 % beaufschlagt, um den in der RLS-90 geforderten maßgebenden LKW-Anteil über 2,8 t zu erhalten.

2.1 Anforderungen an den Schallschutz; 16. BImSchV

Die für die Praxis des Schallschutzes beim Bau oder der wesentlichen Änderung von Verkehrsstraßen notwendigen Beurteilungswerte werden in der 16. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz als Immissionsgrenzwerte bereitgestellt. Zum Schutz der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Verkehrsgeräusche ist bei dem Bau oder der wesentlichen Änderung sicherzustellen, daß der Beurteilungspegel einen der folgenden Immissionsgrenzwerte nicht überschreitet:

Krankenhäuser, Schulen, Kurheime, Altersheime:

57 dB(A) am Tag, 47 dB(A) in der Nacht.

Reine und allgemeine Wohngebiete und Kleinsiedlungsgebiete:

59 dB(A) am Tag, 49 dB(A) in der Nacht.

Kerngebiete, Dorfgebiete, Mischgebiete:

64 dB(A) am Tag, 54 dB(A) in der Nacht.

Gewerbegebiete:

69 dB(A) am Tag, 59 dB(A) in der Nacht.

Die Änderung ist wesentlich, wenn durch einen erheblichen baulichen Eingriff der Beurteilungspegel des von dem zu ändernden Verkehrsweg ausgehenden Verkehrslärms um mindestens 3 dB(A) oder auf mindestens 70 dB(A) am Tage oder mindestens 60 dB(A) in der Nacht erhöht wird. Eine Änderung ist auch wesentlich, wenn der Beurteilungspegel des von dem zu ändernden Verkehrsweg ausgehenden Verkehrslärms von mindestens 70 dB(A) am Tag oder 60 dB(A) in der Nacht durch einen erheblichen baulichen Eingriff erhöht wird; dies gilt nicht in Gewerbegebieten.

3. Schallschutzmaßnahmen (vergl. Anlage 11.2, Plan 2, Lageplan der Lärmschutzmaßnahmen)

Im vorliegenden Plangebiet ist bei überschrittenen Immissionsgrenzwerten ein Schutz durch aktive Schallschutzmaßnahmen in Form von Wällen und Wänden aufgrund der vorhandenen Straßen und Baustruktur sowie aus städtebaulichen Gründen nicht möglich. Es können hier deshalb nur passive Schallschutzmaßnahmen - Erhöhung des Schallschutzes an den Umfassungsbauteilen der Gebäude - zum Tragen kommen.

Immissionspunkte 1, 2, 4 und 5

Bei obengenannten Immissionspunkten am Bauanfang ist das Kriterium des erheblichen baulichen Eingriffs nicht gegeben. Die Straße bleibt in ihrer Lage im wesentlichen unverändert bestehen. Deshalb besteht hier kein Anspruch auf passive Lärmschutzmaßnahmen.

Immissionspunkte 3 und 6

Durch die neuen Linienführung der B 28 und die Anlage des Kreisverkehrs werden beide Gebäude bei dem Planfall 2010 stärker durch Verkehrsräusche belastet als bei dem Vergleichsfall 2010. Der Anspruch auf Schallschutz ergibt sich zum einen durch den Neubau der Straße in diesen Bereich und zum anderen durch die Erhöhung des Beurteilungspegels um mehr als 3 dB(A).

Immissionspunkt 7

Durch Verlegung der B 28 wird an diesem Gebäude die Westseite künftig geringer belastet als dies im Vergleichsfall 2010 der Fall ist, somit entsteht hier kein Anspruch auf passiven Lärmschutz. An der Südseite des Gebäudes wird der Beurteilungspegel in der Nacht auf 60 dB(A) erhöht, damit ist der Anspruch auf passive Lärmschutzmaßnahmen gegeben.

Immissionspunkte 8 bis 13

Bei diesen Immissionspunkten wird der Beurteilungspegel im Planfall 2010 gegenüber dem Vergleichsfall 2010 um mindestens 3 dB(A) erhöht. Das Altenheim des Vincentius-Vereins (Immissionspunkt 10) stellt hier aufgrund seiner höheren Schutzbedürftigkeit eine Besonderheit dar.

Immissionspunkt 14

Durch die veränderte Verkehrsführung im Planfall 2010 sind die berechneten Beurteilungspegel geringer als im Vergleichsfall 2010, deshalb besteht hier kein Anspruch auf passiven Lärmschutz.

Immissionspunkt 15

Durch Anlage des Linksabbiegestreifens wird hier der erhebliche bauliche Eingriff als gegeben angesehen. Die Beurteilungspegel von 65 und 63 dB(A) in der Nacht werden im Planfall 2010 auf 66 und 64 dB(A) erhöht. Daraus ergibt sich der Anspruch auf passiven Lärmschutz entsprechend der 16. BImSchV.

Gasthaus Schlüssel

Beim Gasthaus Schlüssel am Bauende ist das Kriterium des erheblichen baulichen Eingriffs nicht gegeben. Die Straßenlage bleibt gegenüber dem Bestand unverändert erhalten. Ein Anspruch auf passiven Lärmschutz besteht hier nicht.

3.1 Ermittlungen der Schutzmaßnahmen

Zur Ermittlung ob und ggf. welche Schutzmaßnahmen notwendig sind, sind die Richtlinien für den Verkehrslärmschutz an Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes - VLärmSchR 97 und die 24. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrswege-Schallschutzmaßnahmen-Verordnungen-24.BImSchV) maßgebend.

Die Gebäudeseiten, für die grundsätzlich ein Anspruch auf passive LS-Maßnahmen anhand der Grenzwerte der 16. BImSchV rechtlich abgeleitet werden kann, sind im beiliegenden Lageplan (Unterlage 11.2, Plan 2) farbig gekennzeichnet.

Zu weitergehenden Schallschutzmaßnahmen, die die Einhaltung der niedrigeren Orientierungswerte der DIN 18005 zum Ziel haben, ist die Straßenbauverwaltung rechtlich nicht verpflichtet, auch dann nicht, wenn diese als Satzung im Bebauungsplan festgeschrieben werden. Entsprechender Mehraufwand geht folglich nicht zu Lasten der Straßenbauverwaltung.

**Ergebnistabelle VERKEHR
B 28 Teilumgehung Oppenau**

Punktname	SW	Nutz	IGW T/N dB(A)	Ln,A	Ln,A	Ln,Pol	Ln,Pol	Diff. A/PoL		Anspr. passiv	Bemerkung
				T dB(A)	N dB(A)	T dB(A)	N dB(A)	T dB(A)	N dB(A)		
2	5	6	13	14	15	17	18	22	23	35	55
*** Ergebnisdatei K001 übertragen nach Spalten / Ln,A t/n/s. (S14-16). *** Ergebnisdatei K002 übertragen nach Spalten /Ln,Pol t/n/s. (S17-19). * Bewertet nach Richtlinie : "16.BImSchV".											
				Vergleichs-		Planfall					
				fall 2010		2010					
0+003 L 651/19	1	MI	64/54	65.1	57.8	65.3	57.9	0.2	0.1	nein	kein erh.baul.E
0+003 L 651/19	2	MI	64/54	65.6	58.3	65.8	58.4	0.2	0.1	nein	kein erh.baul.E
1 R 671/7	1	MI	64/54	66.4	59.1	66.4	59.0	0.0	-0.1	nein	kein erh.baul.E
1 R 671/7	2	MI	64/54	66.8	59.5	66.8	59.4	0.0	-0.1	nein	kein erh.baul.E
1 R 671/7	3	MI	64/54	66.7	59.4	66.7	59.3	0.0	-0.1	nein	kein erh.baul.E
2 R 654/1	1	MI	64/54	62.6	55.3	64.2	56.8	1.6	1.6	nein	kein erh.baul.E
2 R 654/1	2	MI	64/54	63.9	56.6	65.2	57.8	1.3	1.2	nein	kein erh.baul.E
2 R 654/1	3	MI	64/54	64.4	57.1	65.3	57.9	0.9	0.8	nein	kein erh.baul.E
3 R 709/2	1	MI	64/54	61.0	53.7	64.9	57.6	4.0	3.9	ja	Erhöhung 3 dB
3 R 709/2	2	MI	64/54	62.1	54.8	65.1	57.8	3.0	3.0	ja	Erhöhung 3 dB
4 L 651/27	1	MI	64/54	69.9	62.6	69.9	62.5	0.0	-0.1	nein	kein erh.baul.E
4 L 651/27	2	MI	64/54	69.6	62.3	69.7	62.3	0.1	-0.0	nein	kein erh.baul.E
5 L 4/8	1	MI	64/54	69.8	62.5	67.8	60.4	-2.0	-2.0	nein	kein erh.baul.E
5 L 4/8	2	MI	64/54	69.6	62.3	68.0	60.6	-1.6	-1.7	nein	kein erh.baul.E
6n L 10/1	1	MI	64/54	56.8	49.5	66.9	59.6	10.1	10.1	ja	Erhöhung 3 dB
6n L 10/1	2	MI	64/54	57.6	50.3	66.7	59.3	9.0	9.0	ja	Erhöhung 3 dB
6w L 10/1	1	MI	64/54	53.4	46.0	68.0	60.7	14.6	14.7	ja	Erhöhung 3 dB
7n L 13	1	MI	64/54	67.1	59.7	65.2	57.9	-1.9	-1.9	nein	
7w L 13	1	MI	64/54	64.9	57.5	66.6	59.3	1.7	1.8	ja	Erh. auf 60 dB
7w L 13	2	MI	64/54	64.3	56.9	66.6	59.3	2.4	2.5	ja	Erh. auf 60 dB
8 L 12/1	1	MI	64/54	65.3	57.9	68.2	60.9	2.9	3.0	ja	Erhöhung 3 dB
8 L 12/1	2	MI	64/54	64.9	57.5	68.3	61.0	3.3	3.4	ja	Erhöhung 3 dB
8 L 12/1	3	MI	64/54	64.2	56.8	67.9	60.6	3.6	3.7	ja	Erhöhung 3 dB
9 L 15/4	1	MI	64/54	63.8	56.4	68.3	61.0	4.5	4.6	ja	Erhöhung 3 dB
9 L 15/4	2	MI	64/54	63.7	56.3	68.2	60.9	4.5	4.6	ja	Erhöhung 3 dB
10w Altenheim	1	SOK	57/47	57.7	50.3	62.3	54.9	4.6	4.6	ja	Erhöhung 3 dB
10w Altenheim	2	SOK	57/47	58.7	51.3	63.3	56.0	4.5	4.6	ja	Erhöhung 3 dB
10w Altenheim	3	SOK	57/47	58.9	51.5	63.4	56.1	4.5	4.6	ja	Erhöhung 3 dB
10w Altenheim	4	SOK	57/47	58.8	51.4	63.4	56.1	4.5	4.6	ja	Erhöhung 3 dB
10w Altenheim	5	SOK	57/47	58.9	51.5	63.4	56.1	4.5	4.6	ja	Erhöhung 3 dB

Projekt : B 28 Teilumgehung Oppenau

Datei : ETAB.002

15.07.98 09:21

**Ergebnistabelle VERKEHR
B 28 Teilumgehung Oppenau**

Punktname	SW	Nutz	IGW T/N dB(A)	Lm,A	Lm,A	Lm,PoL	Lm,PoL	Diff. A/PoL		Anspr. passiv	Bemerkung	
				T dB(A)	N dB(A)	T dB(A)	N dB(A)	T dB(A)	N dB(A)			
2	5	6	13	14	15	17	18	22	23	35	55	
10o Altenheim	1	SOK	57/47	62.5	55.1	67.0	59.6	4.5	4.6	ja	Erhöhung 3 dB	
10o Altenheim	2	SOK	57/47	62.5	55.1	67.0	59.7	4.5	4.6	ja	Erhöhung 3 dB	
10o Altenheim	3	SOK	57/47	62.2	54.9	66.7	59.4	4.5	4.6	ja	Erhöhung 3 dB	
10o Altenheim	4	SOK	57/47	61.9	54.5	66.4	59.1	4.5	4.6	ja	Erhöhung 3 dB	
10o Altenheim	5	SOK	57/47	61.5	54.1	66.0	58.7	4.5	4.6	ja	Erhöhung 3 dB	
11 L 751	1	MI	64/54	61.0	53.7	65.4	58.0	4.4	4.3	ja	Erhöhung 3 dB	
11 L 751	2	MI	64/54	61.4	54.1	65.8	58.4	4.4	4.3	ja	Erhöhung 3 dB	
12 L 754/1	1	MI	64/54	64.5	57.2	68.8	61.4	4.3	4.2	ja	Erhöhung 3 dB	
12 L 754/1	2	MI	64/54	64.2	56.9	68.5	61.1	4.3	4.2	ja	Erhöhung 3 dB	
12 L 754/1	3	MI	64/54	63.7	56.4	68.0	60.6	4.3	4.2	ja	Erhöhung 3 dB	
13 R 760/5	1	MI	64/54	65.5	58.2	68.9	61.5	3.5	3.4	ja	Erhöhung 3 dB	
13 R 1.OG	2	MI	64/54	65.5	58.2	68.5	61.1	3.1	3.0	ja	Erhöhung 3 dB	
14 L 774	1	MI	64/54	70.7	63.4	68.3	60.9	-2.4	-2.5	nein		
14 L 1.OG	2	MI	64/54	69.0	61.7	67.7	60.3	-1.3	-1.4	nein		
14 L 2.OG	3	MI	64/54	68.0	60.7	67.1	59.7	-0.8	-0.9	nein		
15 L 774	1	MI	64/54	72.3	65.0	72.9	65.5	0.6	0.5	ja	Bpeg.>60 erhöht	
15 L 1.OG	2	MI	64/54	70.0	62.7	70.8	63.4	0.7	0.6	ja	Bpeg.>60 erhöht	
0+660 L Gasth.	1	MI	64/54	70.5	63.2	71.0	63.6	0.6	0.5	ja	kein erh.baul.E	
0+660 L Gasth.	2	MI	64/54	69.6	62.3	70.2	62.8	0.6	0.5	ja	kein erh.baul.E	

Ergebnistabelle VERKEHR
B 28 Teilumgehung Oppenau

Legende der verwendeten Tabellenspalten

Nr	Name	Beschreibung
2	Punktname	Bezeichnung des Immissionsorts
5	SW	Stockwerk : 1=EG, 2=1.OG, 3=2.OG, u.s.w.
6	Nutz	Gebietsnutzung
13	IGW T/N.....	Immissionsgrenzwerte tags/nachts
14	L _n ,A T.....	Beurteilungspegel Vergleichsfall 2010 tags
15	L _n ,A N.....	Beurteilungspegel Vergleichsfall 2010 nachts
17	L _n ,PoL T.....	Beurteilungspegel Planfall 2010 tags
18	L _n ,PoL N.....	Beurteilungspegel Planfall 2010 nachts
22	Diff. T.....	Differenz von Vergleichsfall 2010 zu Planfall 2010 tags
23	A/PoL N.....	Differenz von Vergleichsfall 2010 zu Planfall 2010 nachts
35	Anspr. passiv.	Anspruch auf passiven Lärmschutz: Ja/Nein
55	Bemerkung	Bemerkung

Pegelwerte aufgerundet durch Addition von 9.500 zur 2. Dezimalstelle.

Pegeldifferenzen aufgerundet durch Addition von 5.000 zur 2. Dezimalstelle.

Berechnung der Emissionspegel LME für Straßenverkehr

B 28 Teilumgehung Oppenau

Vergleichsfall 2010

Abschnittsname	: B.28 BA - Lindenstr.			Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 11256 Kfz/24h	13.7 %Lkw(t)		Tags Nachts	
	0.011 M nachts	13.7 %Lkw(n)	$L_m(25)$	68.9	61.5 dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h	Lkw 50 km/h	D_v	-3.8	-3.8 dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton		D_{Str0}	0.0	0.0 dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %		D_{Stg}	0.0	0.0 dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0	Höhe 0.0 Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0	0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:		D_{Sig}	0.0	0.0 dB(A)
$L_{m,E}$			Tags	65.0 dB(A)	Nachts 57.7 dB(A)

Abschnittsname	: B 28 Linden-Industries			Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 6088 Kfz/24h	6.4 %Lkw(t)		Tags Nachts	
	0.011 M nachts	6.4 %Lkw(n)	$L_m(25)$	64.8	57.4 dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h	Lkw 50 km/h	D_v	-4.6	-4.6 dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton		D_{Str0}	0.0	0.0 dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %		D_{Stg}	0.0	0.0 dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0	Höhe 0.0 Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0	0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:		D_{Sig}	0.0	0.0 dB(A)
$L_{m,E}$			Tags	60.2 dB(A)	Nachts 52.8 dB(A)

Abschnittsname	: B 28 0+240 - 0+480 K-F			Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 5507 Kfz/24h	6.1 %Lkw(t)		Tags Nachts	
	0.011 M nachts	6.1 %Lkw(n)	$L_m(25)$	64.3	56.9 dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h	Lkw 50 km/h	D_v	-4.7	-4.7 dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton		D_{Str0}	0.0	0.0 dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %		D_{Stg}	0.0	0.0 dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0	Höhe 0.0 Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0	0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:		D_{Sig}	0.0	0.0 dB(A)
$L_{m,E}$			Tags	59.6 dB(A)	Nachts 52.2 dB(A)

Berechnung der Emissionspegel LME für Straßenverkehr

B 28 Teilumgehung Oppenau

Vergleichsfall 2010

Abschnittsname	: B 28 0+480 - Poststr.				Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 5732 Kfz/24h	6.5 %Lkw(t)			Tags	Nachts
	0.011 M nachts	6.5 %Lkw(n)	$L_m(25)$	64.5	57.2	dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h	Lkw 50 km/h	D_v	-4.6	-4.6	dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton		D_{Str0}	0.0	0.0	dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %		D_{Stg}	0.0	0.0	dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0	Höhe 0.0	Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0	0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:		D_{Sig}	0.0	0.0	dB(A)
$L_{m,E}$ Tags 59.9 dB(A) Nachts 52.6 dB(A)						

Abschnittsname	: B 28 Poststr.-Bauende				Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 8717 Kfz/24h	15.0 %Lkw(t)			Tags	Nachts
	0.011 M nachts	15.0 %Lkw(n)	$L_m(25)$	68.0	60.6	dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h	Lkw 50 km/h	D_v	-3.7	-3.7	dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton		D_{Str0}	0.0	0.0	dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %		D_{Stg}	0.0	0.0	dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0	Höhe 0.0	Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0	0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:		D_{Sig}	0.0	0.0	dB(A)
$L_{m,E}$ Tags 64.2 dB(A) Nachts 56.9 dB(A)						

Abschnittsname	: Poststraße				Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 5090 Kfz/24h	18.6 %Lkw(t)			Tags	Nachts
	0.011 M nachts	18.6 %Lkw(n)	$L_m(25)$	66.2	58.8	dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h	Lkw 50 km/h	D_v	-3.5	-3.5	dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton		D_{Str0}	0.0	0.0	dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %		D_{Stg}	0.0	0.0	dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0	Höhe 0.0	Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0	0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:		D_{Sig}	0.0	0.0	dB(A)
$L_{m,E}$ Tags 62.6 dB(A) Nachts 55.3 dB(A)						

Berechnung der Emissionspegel LME für Straßenverkehr

B 28 Teilumgehung Oppenau

Planfall 2010

Abschnittsname	: B 28 O+480 - Poststr.			Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 7086 Kfz/24h	19.7 %Lkw(t)		Tags Nachts	
	0.011 M nachts	19.7 %Lkw(n)	$L_m(25)$	67.8	60.4 dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h	Lkw 50 km/h	D_v	-3.5	-3.5 dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton 0/11 keine Splittung		D_{Str0}	0.0	0.0 dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %		D_{Stg}	0.0	0.0 dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0	Höhe 0.0	Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0 0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:		D_{Sig}	0.0	0.0 dB(A)
$L_{m,E}$				Tags	64.3 dB(A)
				Nachts	56.9 dB(A)

Abschnittsname	: B 28 Postsstr.-Bauende			Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 8747 Kfz/24h	17.0 %Lkw(t)		Tags Nachts	
	0.011 M nachts	17.0 %Lkw(n)	$L_m(25)$	68.3	60.9 dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h	Lkw 50 km/h	D_v	-3.6	-3.6 dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton 0/11 keine Splittung		D_{Str0}	0.0	0.0 dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %		D_{Stg}	0.0	0.0 dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0	Höhe 0.0	Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0 0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:		D_{Sig}	0.0	0.0 dB(A)
$L_{m,E}$				Tags	64.7 dB(A)
				Nachts	57.3 dB(A)

Abschnittsname	: Postsstraße			Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 4055 Kfz/24h	5.6 %Lkw(t)		Tags Nachts	
	0.011 M nachts	5.6 %Lkw(n)	$L_m(25)$	62.8	55.4 dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h	Lkw 50 km/h	D_v	-4.7	-4.7 dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton 0/11 keine Splittung		D_{Str0}	0.0	0.0 dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %		D_{Stg}	0.0	0.0 dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0	Höhe 0.0	Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0 0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:		D_{Sig}	0.0	0.0 dB(A)
$L_{m,E}$				Tags	58.1 dB(A)
				Nachts	50.7 dB(A)

Berechnung der Emissionspegel LME für Straßenverkehr.

B 28 Teilumgehung Oppenau

Planfall 2010

Abschnittsname : B 28 BA - Kreisverkehr		Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 11494 Kfz/24h 13.5 %Lkw(t) 0.011 M nachts 13.5 %Lkw(n)	$L_m(25)$	Tags Nachts 68.9 61.6 dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h Lkw 50 km/h	D_v	-3.8 -3.8 dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton	D_{Str0}	0.0 0.0 dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %	D_{Stg}	0.0 0.0 dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0 Höhe 0.0 Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0 0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:	D_{Sig}	0.0 0.0 dB(A)
$L_{m,E}$ Tags 65.1 dB(A)		Nachts 57.7 dB(A)	

Abschnittsname : Kreisverkehr		Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 5750 Kfz/24h 13.5 %Lkw(t) 0.011 M nachts 13.5 %Lkw(n)	$L_m(25)$	Tags Nachts 65.9 58.5 dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 30 km/h Lkw 30 km/h	D_v	-6.5 -6.5 dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton	D_{Str0}	0.0 0.0 dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %	D_{Stg}	0.0 0.0 dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0 Höhe 0.0 Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0 0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:	D_{Sig}	0.0 0.0 dB(A)
$L_{m,E}$ Tags 59.4 dB(A)		Nachts 52.1 dB(A)	

Abschnittsname : Anschluß B 28 alt		Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 5611 Kfz/24h 2.5 %Lkw(t) 0.011 M nachts 2.5 %Lkw(n)	$L_m(25)$	Tags Nachts 63.4 56.0 dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h Lkw 50 km/h	D_v	-5.5 -5.5 dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton	D_{Str0}	0.0 0.0 dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %	D_{Stg}	0.0 0.0 dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0 Höhe 0.0 Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0 0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:	D_{Sig}	0.0 0.0 dB(A)
$L_{m,E}$ Tags 57.9 dB(A)		Nachts 50.5 dB(A)	

Berechnung der Emissionspegel LME für Straßenverkehr

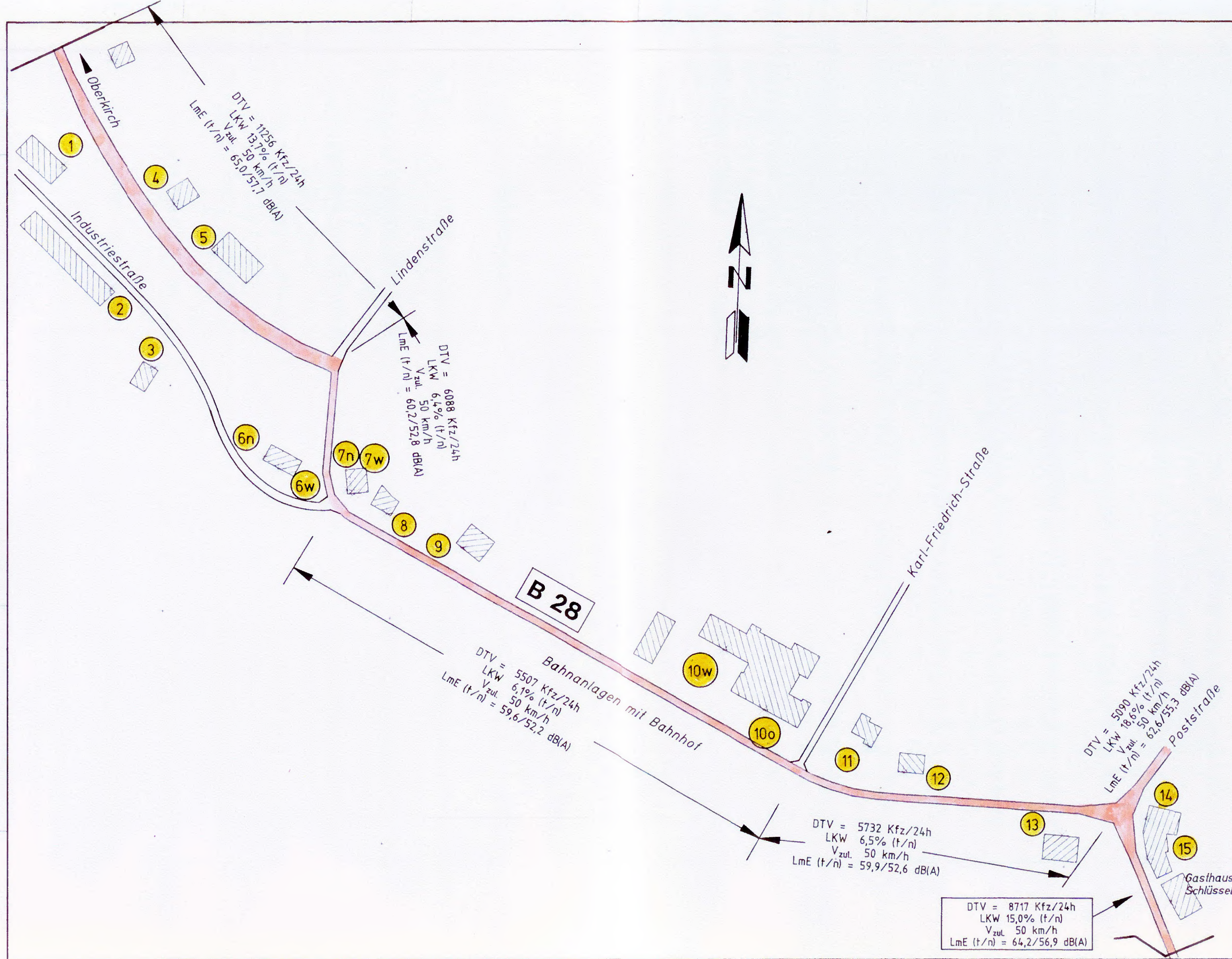
B 28 Teilumgehung Oppenau

Planfall 2010

Abschnittsname	: Industriestraße			Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 1107 Kfz/24h	4.8 %Lkw(t)		Tags Nachts	
	0.011 M nachts	4.8 %Lkw(n)	$L_m(25)$	57.0	49.6 dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h	Lkw 50 km/h	D_v	-4.9	-4.9 dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton		D_{Str0}	0.0	0.0 dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %		D_{Stg}	0.0	0.0 dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0	Höhe 0.0	Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0 0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:		D_{Sig}	0.0	0.0 dB(A)
$L_{m,E}$ Tags 52.1 dB(A) Nachts 44.7 dB(A)					

Abschnittsname	: B 28 Kreisv. - 0+180			Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 6975 Kfz/24h	19.5 %Lkw(t)		Tags Nachts	
	0.011 M nachts	19.5 %Lkw(n)	$L_m(25)$	67.7	60.3 dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h	Lkw 50 km/h	D_v	-3.5	-3.5 dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton 0/11 keine Splittung		D_{Str0}	0.0	0.0 dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %		D_{Stg}	0.0	0.0 dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0	Höhe 0.0	Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0 0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:		D_{Sig}	0.0	0.0 dB(A)
$L_{m,E}$ Tags 64.2 dB(A) Nachts 56.8 dB(A)					

Abschnittsname	: B 28 0+180 - 0+480 K-F			Werte nach RLS-90	
Verkehrswerte	: 6855 Kfz/24h	19.8 %Lkw(t)		Tags Nachts	
	0.011 M nachts	19.8 %Lkw(n)	$L_m(25)$	67.6	60.3 dB(A)
Geschwindigkeiten	: Pkw 50 km/h	Lkw 50 km/h	D_v	-3.5	-3.5 dB(A)
Straßenoberfläche	: Asphaltbeton 0/11 keine Splittung		D_{Str0}	0.0	0.0 dB(A)
Steigung/Gefälle	: 0.0 %		D_{Stg}	0.0	0.0 dB(A)
Mehrfachreflexion	: Faktor 0	Höhe 0.0	Abstand 0.0	D_{Refl}	0.0 0.0 dB(A)
Signalzuschläge	:		D_{Sig}	0.0	0.0 dB(A)
$L_{m,E}$ Tags 64.1 dB(A) Nachts 56.8 dB(A)					



Vergleichsfall 2010



**Straßenbauverwaltung
Baden - Württemberg**

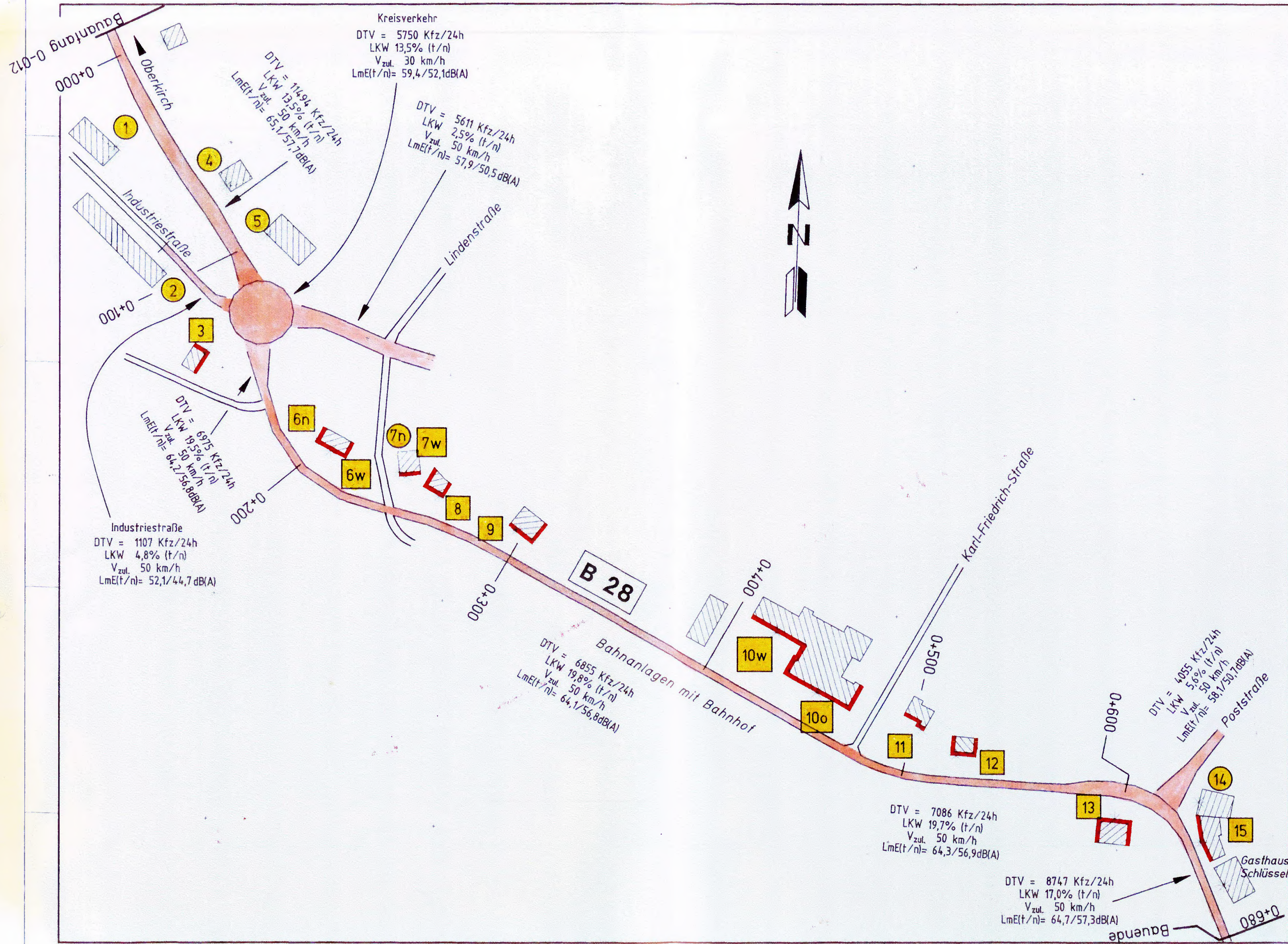
Nr.	Art der Änderung	Datum	Name

PROJIS - Nummer					Straßenplan Nr.	
Land	Jahr	laufende Nummer	VKE	Vertrag		
Anfangsstation		von Netzknoten	nach Netzknoten	Station		
Endstation						

Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg		Unterlage	11.2
Straße :	B 28	Plan	1
Nächster Ort :	Oppenau	Datum	Juli 98
Ausbau einer Teilumgehung Oppenau im Zuge der B 28		Zeichen	Kopf
		geprüft	
Lageplan		Vergleichsfall 2010	
Maßstab = 1:1500			

Aufgestellt : Freiburg, den 09. Juli 1998
Reg.Präsidium Freiburg, Abt. IV - Straßenwesen -
Referat 44 - Planung

M. H. ...



Planfall 2010



Straßenbauverwaltung Baden - Württemberg

Nr.	Art der Änderung	Datum	Name

PROJIS - Nummer					Straßenplan Nr.	
Land	Jahr	laufende Nummer	VKE	Vertrag		

Anfangsstation	von Netzknoten	nach Netzknoten	Station
Endstation			

Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg		Unterlage	11.2
Straße :	B 28	Plan	2
Nächster Ort :	Oppenau	Datum	Juli 98
Ausbau einer Teilumgehung Oppenau im Zuge der B 28		Zeichen	Kopf
		geprüft	
Lageplan der Lärmschutzmaßnahmen Planfall 2010		M = 1:1500	

Aufgestellt : Freiburg, den 09. Juli 1998
 Reg.Präsidium Freiburg, Abt. IV - Straßenwesen -
 Referat 44 - Planung

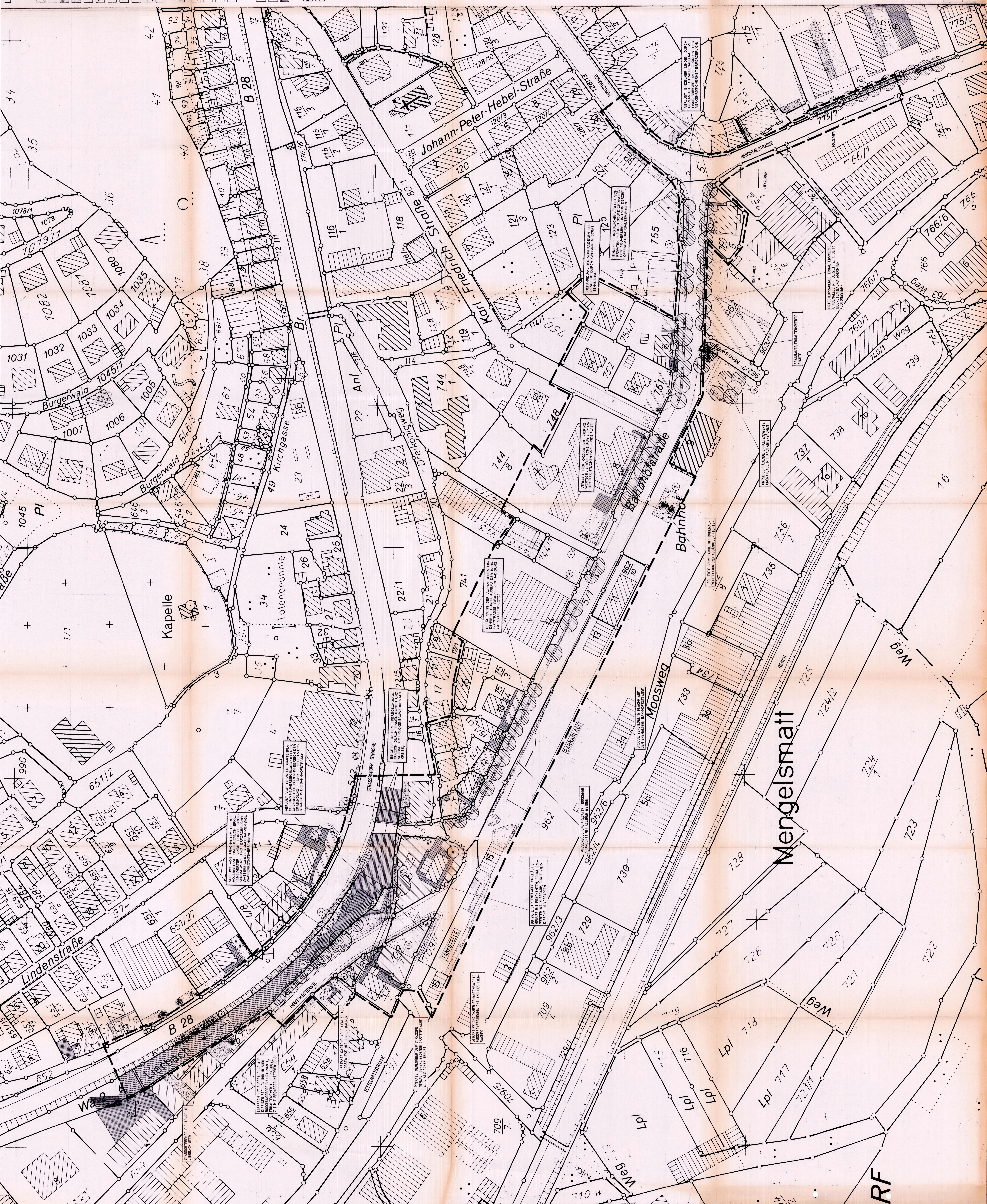
L. K. K. K.

LEGENDE:

- SEITENSCHLÄGE
- BESTEHENDE GEBÄUDE, LT, ANFASSER
- STRASSE/BEWEGUNGSPFLÄCHE - ASPHALT/BEFESTIGT
- HOFFLÄCHE - PFLASTER
- FISCHWEIHER, ANPFLANZUNGSPFLÄNZE, WASSERBEHALTER
- WASSERLEITUNG
- ABWASSERLEITUNG
- STRÄUCHER
- MIELEBAUM
- ARTENREICHE (HAIN) / GARTEN
- BRUNNEN
- WEITLIEGE BILDBESTANDTEILE
- LEBENS- MIT BEGRENZUNGEN
- HAUSANFÄHRE MIT KESSELN STELLEN
- PRÄMIERTE ERHALTENDE LÄSBÄUM
- PRÄMIERTE ERHALTENDE STRÄUCHER
- PRÄMIERTE ERHALTENDE MIELEBAUM
- ZUSATZINFORMATION
- NR. DES N. DER ERKLÄRUNG ZUM GRÜNDUNGSPLAN BEWERTEN MIT GRÜNDUNGSPLAN
- TEILFLÜCK - ERKLÄRUNG ZUM BESTAND
- TEILFLÜCK - ERKLÄRUNG ZUM BESTAND DURCH AUSBAU DER BAHNHOFSTRASSE
- ABGRENZUNG DES BEZUGSRECHENDES DES S-PLANES
- ABGRENZUNG DES ANWISSENRECHENDES DER WIRTSCHAFTSRECHTLICHEN EINRICHTUNG NACH § 10 BODEN

STADT OPPENAU
GRÜNDUNGSPLAN
"BAHNHOFSTRASSE"
BESTANDS-KONFLIKTPLAN

PLANNUNGSBÜRO FISCHER
M: 1:500
VERMESSUNG: 1:500
PROJEKTION: 1:500
STADT OPPENAU
14.12.94



Mengelsmatt

RF

STADT OPPENAU

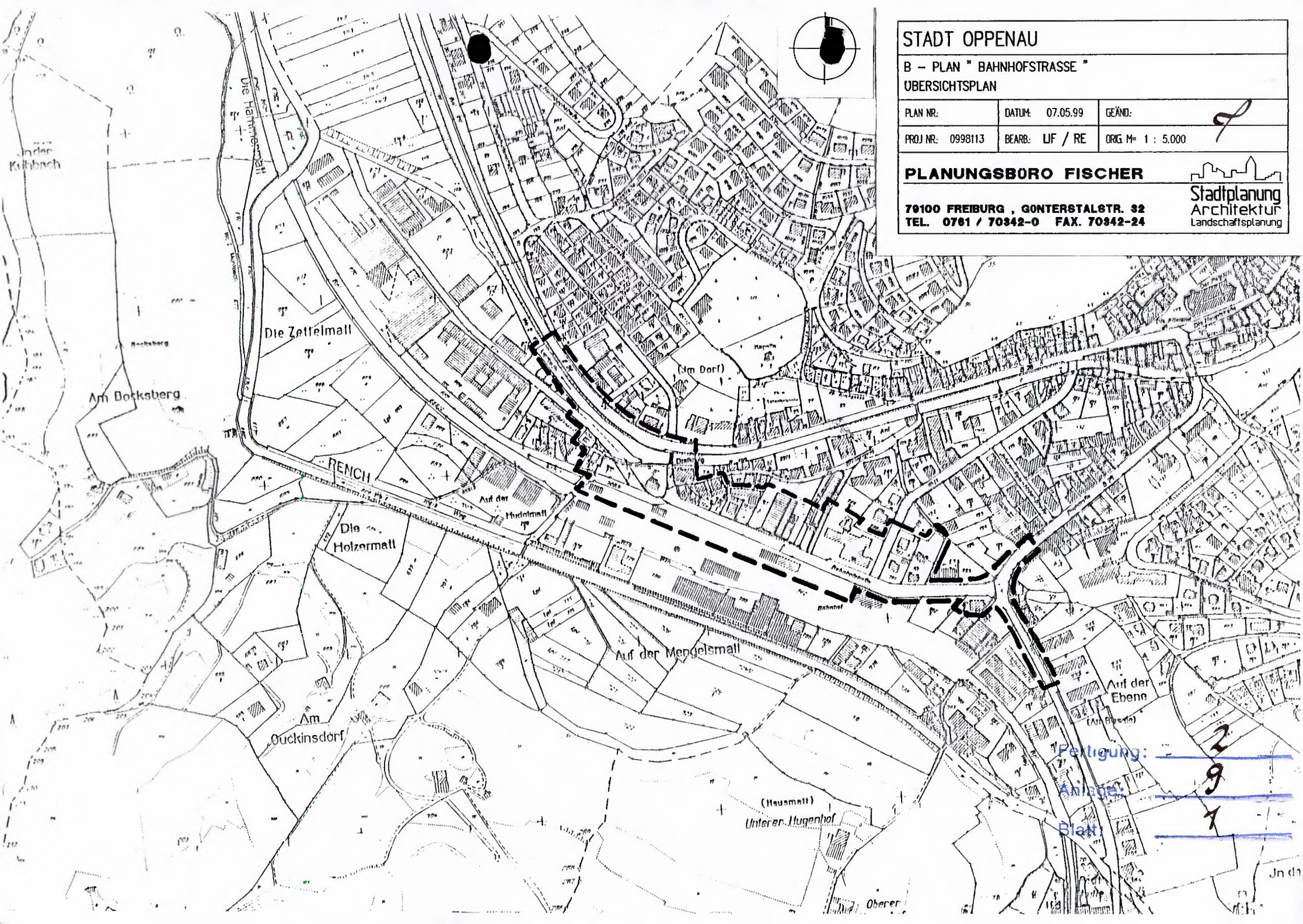
B - PLAN "BAHNHOFSTRASSE"
UBERSICHTSPLAN

PLAN NR.:	DATUM: 07.05.99	GEÄND:
PROJ NR.: 0998113	BEARB: LIF / RE	ORG M= 1 : 5.000

PLANUNGSBÜRO FISCHER

79100 FREIBURG, GONTERSTALSTR. 32
TEL. 0761 / 70342-0 FAX. 70342-24


Stadtplanung
Architektur
Landschaftsplanung



Vertigung: 2
Anlage: 9
Blatt: 7

1. Änderung

Fertigung: 1
 Anlage: 1
 Blatt: 1-3

SATZUNGEN

der Stadt Oppenau (Ortenaukreis)

über

- a) die 1. Änd. u. Erw. des Bebauungsplans "Bahnhofstraße" und
 b) die örtlichen Bauvorschriften zur 1. Änd. u. Erw. des Bebauungsplans "Bahnhofstraße"

als B-Plan der Innenentwicklung

im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB

Der Gemeinderat der Stadt Oppenau hat am 07.07.2014

- a) die 1. Änd. u. Erw. des Bebauungsplans "Bahnhofstraße" sowie
 b) die örtlichen Bauvorschriften zur 1. Änd. u. Erw. des Bebauungsplans "Bahnhofstraße"

unter Zugrundelegung der nachstehenden Rechtsvorschriften als Satzungen beschlossen.

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548), in Kraft getreten am 20.09.2013.

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. S. 1548).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (PlanZV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509).

Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.03.2010 (GBl. S. 357, 416), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 03.12.2013 (GBl. S. 389).

Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.07.2000 (GBl. S. 582, ber. S. 698) zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.04.2013 (GBl. S. 55).

§ 1 Gegenstand der 1. Änderung und Erweiterung

Gegenstand der 1. Änderung und Erweiterung sind:

- | | | |
|--|----------|---------------------|
| 1. der "Zeichn. Teil" | M. 1:500 | i.d.F.v. 15.07.1999 |
| 2. die Bebauungsvorschriften | | i.d.F.v. 15.07.1999 |
| 3. der Grünordnungsplan
- Maßnahmenplan | M. 1:500 | i.d.F.v. 15.07.1999 |
| 4. die Festsetzungen zur Grünordnung | | i.d.F.v. 15.07.1999 |

§ 2 Inhalt der Änderung und Erweiterung

Der B-Plan wird zeichnerisch durch ein Deckblatt im Bereich der Flst.Nrn. 741, 741/1, 744/1, 744/5, 744/6, 744/7, 744/8, 744/10, 5/7 und 5/8 geändert bzw. erweitert.

Zur besseren Übersichtlichkeit werden die Bebauungsvorschriften für den Änderungs- und Erweiterungsbereich neu gefasst.

§ 3 Bestandteile des geänderten und erweiterten Bebauungsplanes

a) Die Planungsrechtlichen Festsetzungen der 1. Änd. u. Erw. des B-Planes bestehen aus:

1. dem Deckblatt zum "Zeichn. Teil"
zur 1. Änd. u. Erw. M. 1:1.000 i.d.F. vom 26.06.2014
2. den Planungsrechtlichen Festsetzungen
zur 1. Änd. u. Erw. i.d.F. vom 26.06.2014

b) Die örtlichen Bauvorschriften der 1. Änd. u. Erw. des B-Plans bestehen aus:

1. dem Deckblatt zum "Zeichn. Teil"
zur 1. Änd. u. Erw. M. 1:500 i.d.F. vom 26.06.2014
2. den örtlichen Bauvorschriften
zur 1. Änd. u. Erw. i.d.F. vom 26.06.2014

b) Beigefügt sind:

1. die Hinweise zur 1. Änd. u. Erw. i.d.F. vom 26.06.2014
2. die Begründung zur 1. Änd. u. Erw. zum B-Plan i.d.F. vom 26.06.2014
3. der gutachtlichen Stellungnahme
zur 1. Änd. u. Erw. Nr. 2336.4/604 (Ing.-Büro Rink) i.d.F. vom 05.02.2014
4. der Übersichtsplan zur 1. Änd. u. Erw. i.d.F. vom 25.02.2014

§ 4 Ordnungswidrigkeiten

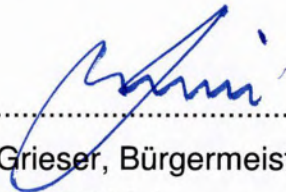
Ordnungswidrig handelt, wer den aufgrund von § 74 erlassenen örtlichen Bauvorschriften der Satzung zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 75 LBO mit einer Geldbuße bis 100.000,00 € geahndet werden.


Ordnungswidrig handelt auch, wer einer im Bebauungsplan nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe b BauGB festgesetzten Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern dadurch zuwiderhandelt, dass diese beseitigt, wesentlich beeinträchtigt oder zerstört werden. Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 213 Abs. 2 BauGB mit einer Geldbuße bis 10.000,00 € geahndet werden.

§ 5 Inkrafttreten

Die 1. Änderung und Erweiterung des B-Planes und die Örtlichen Bauvorschriften zur 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes treten mit ihrer Bekanntmachung nach § 10 BauGB in Kraft.

Oppenau, den 11. Juli 2014.....


.....
(Grieser, Bürgermeister)

 108Sat04.doc



Fertigung: 1
Anlage: 2
Blatt: 1-12

BEGRÜNDUNG mit Umweltbericht

- zum Bebauungsplan "Bahnhofstraße" – 1. Änd. u. Erw. und
- zu den örtlichen Bauvorschriften
zum Bebauungsplan "Bahnhofstraße" – 1. Änd. u. Erw.
der Stadt Oppenau (Ortenaukreis)

als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB

1 Erfordernis der Planaufstellung

Der Gemeinderat der Stadt Oppenau hat die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Bahnhofstraße" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Mit der Änderung und Erweiterung des B-Plans soll das Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbs "Erweiterung Vincentius-Haus" planungsrechtlich umgesetzt werden. Entlang der Bahnhofstraße ist ein Erweiterungsbau für das Vincentius-Haus vorgesehen, im rückwärtigen Bereich entlang der Dreikönigstraße sind in einem 2. Bauabschnitt Altenwohnungen geplant. Einbezogen in den Geltungsbereich wurde auch der bestehende Kindergarten, der zeitnah erweitert werden soll. Mit der Änderung und Erweiterung werden entsprechende Baufenster ausgewiesen und die Festsetzungen den neuen Planungsvorgaben entsprechend angepasst.

2 Übergeordnete Planung

2.1 Regionalplan

Oppenau wird im Regionalplan "Südlicher Oberrhein" die Funktion eines Kleincentrums zugewiesen. Kleincentren sind laut Regionalplan so anzusetzen, dass sie den künftig wiederkehrenden überörtlichen Bedarf eines Verflechtungsbereiches der Grundversorgung decken können. Besonders für den ländlichen Raum sind Kleincentren von erheblicher Bedeutung, da dort die überörtliche Versorgung der Bevölkerung in der Regel durch eine Konzentration der Einrichtungen in einem zentralörtlichen Versorgungssystem - hier die Kernstadt Oppenau - gesichert werden kann

Oppenau wird weiterhin als Siedlungsbereich außerhalb der Entwicklungsachsen ausgewiesen. In solchen Siedlungsbereichen soll eine dem Strukturraum und der Funktion der Gemeinde angepasste Entwicklung stattfinden. Die Siedlungstätigkeit soll hier über die Eigenentwicklung hinausgehen.

Darüber hinaus wird Oppenau als Schwerpunkt für Gewerbe eingestuft. Die Ausweisung als GE-Standort bedeutet laut Regionalplan "gewerbliche Entwicklungsmöglichkeiten kleineren Umfangs zur Verbesserung der lokalen und nahbereichsbezogenen Arbeitsplatzstruktur. (bis zu ca. 10 ha)".

Insofern steht die vorliegende Bebauungsplanung insgesamt im Einklang mit den Festlegungen des Regionalplans "Südlicher Oberrhein".

2.2 Flächennutzungsplan

Das Areal der 1. Änd. u. Erw. des Bebauungsplanes "Bahnhofstraße" ist im genehmigten Flächennutzungsplan als Gemeinbedarfsfläche bzw. als gewerbliche Baufläche ausgewiesen. Der als gewerbliche Baufläche ausgewiesene Bereich soll entsprechend dem B-Planentwurf künftig auch als Gemeinbedarfsfläche ausgewiesen werden. Da das B-Planverfahren als B-Plan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB durchgeführt wird, ist eine Änderung des FNP im Parallelverfahren nicht erforderlich. Eine Berichtigung des FNP erfolgt i.R.d. nächsten Fortschreibung des FNP.

3 Geltungsbereich

Das Plangebiet befindet sich im Stadtkern von Oppenau, nördlich der Bahnhofstraße zwischen Karl-Friedrich-Straße und Dreikönigweg.

Das Plangebiet ist vollständig bebaut. Im westlichen Bereich erfolgt mit der Überplanung eine Umnutzung des bisher gewerblichen Bereiches.

Der Geltungsbereich kann dem beigefügten Übersichtsplan bzw. dem "Zeichnerischen Teil" entnommen werden.

Die Größe des Geltungsbereiches beträgt insgesamt ca. 1,34 ha.

4 Städtebauliche Konzeption

4.1 Städtebauliches Konzept / Wettbewerb

Gegenstand des 2012 durchgeführten Realisierungswettbewerbs war die Bauwerks- und Freianlagenplanung als Vorentwurf zur Erweiterung des Vincentius-Hauses sowie zu einer Bebauung mit barrierefreien Altenwohnungen.

Am bestehenden Vincentius-Haus aus dem Jahr 1974 wurden in den letzten Jahren immer wieder umfangreiche Strukturverbesserungen durchgeführt. So wurde im Rahmen der Flachdachsanieierung ein Satteldach aufgebaut, sowie Aufenthaltsräume im Wintergartenstil angebaut. Des Weiteren entstand im bestehenden Gebäude eine betreute Wohnanlage mit 12 barrierefreien Wohnungen. In den folgenden Jahren wurde die Umwandlung vom Altenheim zur vollstationären Pflegeeinrichtung abgeschlossen.

Eine Maßnahme in den letzten Jahren war auch ein weiterer Anbau als Multifunktionsraum im Wintergartenstil sowie die Umwandlung der vorhandenen Cafeteria in einen öffentlichen Gastronomiebetrieb.

Mit dem geplanten Erweiterungsbau westlich des bestehenden Gebäudes soll das Angebot des Vincentius-Hauses vergrößert werden. Geplant sind neben den Wohnräumen auch Gemeinschaftsräume, Räume für die Tagespflege sowie den ambulanten Pflegedienst und Therapieeinrichtungen. Ergänzt werden soll dieses Angebot in einem 2. und 3. Bauabschnitt nördlich des Neubaus am Dreikönigweg mit ca. 27 betreuten Seniorenwohnungen, die den Haupthäusern angegliedert sind und die vielfältigen Einrichtungen mitnutzen können.

Grundidee des vorliegenden städtebaulichen Konzepts, das dem B-Plan zugrunde liegt, war die komplexe Nutzungsmischung in einfachen und klar strukturierten Gebäuden zu organisieren. Die Aufteilung in 3 einzelne Baukörper vereinfachte die Umsetzung in 3 Bauabschnitten.

In der geplanten Höhenentwicklung ist eine klare Gliederung abzulesen. Die Staffelung in der Geschosshöhe orientiert sich an der umgebenden Bebauung sowohl an der Bahnhofstraße als auch am Dreikönigweg, wo die kleinteilige Struktur der angrenzenden Wohnbebauung aufgenommen wird.

Durch die Anordnung der Baukörper an der Bahnhofstraße bzw. am Dreikönigweg ergibt sich ein zusammenhängender Grünbereich, der von den Einrichtungen genutzt werden kann und als großzügige Freifläche gestaltet werden kann.

Die erforderlichen Stellplätze für Personal und Besucher werden teilweise oberirdisch, teilweise in einer Tiefgarage nachgewiesen. Die Zufahrt erfolgt über die geplanten Stellplätze westlich des geplanten Erweiterungsbaus von der Bahnhofstraße aus.

Im Bereich des bestehenden Kindergartens wurde das Baufenster so ausgewiesen, dass die zeitnah geplante Erweiterung des bestehenden Gebäudes ermöglicht wird.

4.2 Art der baulichen Nutzung

Das gesamte Plangebiet wird als Fläche für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung "Altenwohnheim, Tagespflege, Therapie und Gastronomie" (NZ 6), "Altenwohnheim, Tagespflege und Therapie" (NZ 8), "Kindergarten" bzw. "Altenwohnungen" gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB entsprechend der vorhandenen bzw. geplanten Nutzung festgesetzt.

4.3 Maß der baulichen Nutzung

Im B-Plan wird die Zahl der Vollgeschosse gemäß dem Bestand bzw. der vorliegenden Planung festgesetzt.

Hier ist entlang der Bahnhofstraße eine höhenmäßige Abstufung vom bestehenden 6-geschossigen Altenwohnheim zum geplanten 4-geschossigen Erweiterungsbau vorgesehen.

Des Weiteren ist bei den 3-geschossigen Altenwohnungen am Dreikönigweg die Abstufung zum bestehenden 2-geschossigen Kindergarten gegeben.

Für die Nutzungszone 9 wird des weiteren eine max. Geschossfläche festgesetzt. Das Baufenster wurde großzügiger ausgewiesen, da hier die konkrete Planung noch nicht so weit fortgeschritten ist und um entsprechenden Planungsspielraum zu gewähren. Der Umfang der Bebauung wird daher über die Festsetzungen der max. Geschossfläche geregelt.

4.3.1 Höhe und Höhenlage baulicher Anlagen

Analog der geplanten höhenmäßigen Abstufung durch die Festsetzung der Zahl der Vollgeschosse wird auch bei der Festsetzung der max. Wandhöhe bei den Nutzungszonen 8 und 9 differenziert.

4.4 Bauweise

Für die Nutzungszonen 7, 8 und 9 wird die offene Bauweise festgesetzt. Für die Nutzungszone 6 wird die abweichende Bauweise festgesetzt, da hier der bestehende Baukörper aufgrund seiner Länge diese Festsetzung erforderlich macht. Hier ist ein Baukörper mit einer Gesamtlänge von max. 60 m zulässig.

4.5 Verkehrserschließung

Die Erschließung des Erweiterungsbaus ist über die Bahnhofstraße, die Erschließung der geplanten Altenwohnungen über den Dreikönigweg gegeben. Mit der Umsetzung des B-Plans soll der nördliche Bereich der vorhandenen Straße zwischen Altenwohnheim und Erweiterungsbau zum Fußweg zurückgebaut werden, so dass hier nur noch eine fußläufige Verbindung gegeben ist. Im südlichen Bereich wird der fußläufige Durchgang durch ein Gehrecht im Bereich der ausgewiesenen Stellplätze planungsrechtlich gesichert.

Im Einmündungsbereich Dreikönigweg ist vorgesehen, eine Wendemöglichkeit für den Bring- und Abholverkehr beim Kindergarten zu schaffen.

4.6 Örtliche Bauvorschriften gemäß Landesbauordnung (LBO)

Um eine Einbindung des Plangebietes ins Ortsbild bzw. die angrenzende bestehende Bebauung sicherzustellen, werden bauordnungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 74 LBO hinsichtlich der Gestaltung der unbebauten Flächen getroffen.

Die Festsetzungen zur Gestaltung der unbebauten Flächen sollen eine angemessene Begrünung der Grundstücke gewährleisten und die Versiegelung minimieren. Neben einem attraktiveren Erscheinungsbild wird so zu einer Reduzierung des Regenwasserabflusses beigetragen und die Grundwasserneubildung unterstützt.

5 Immissionsschutz

5.1 Verkehrslärm

Hinsichtlich des Verkehrslärms der B 28 wurde seitens des Ing.büros Rink eine gutachtliche Stellungnahme erarbeitet. Gegenstand der Stellungnahme war dabei die Prognose und Beurteilung der durch Kraftfahrzeugverkehr verursachten Lärmeinwirkung auf das Planungsgebiet. Die gutachtliche Stellungnahme kam dabei zu folgendem Ergebnis:

"Die zur Bahnhofstraße orientierten Fassaden der ersten, straßennahen Baureihe sind in allen Geschossen dem Lärmpegelbereich IV zuzuordnen.

Auf der Grundlage von Informationen über die zukünftige Frequentierung der Bundesstraße 28 und ergänzender Informationen über örtliche, bauliche und verkehrstechnische Gegebenheiten wurde die durch den Kraftfahrzeugverkehr auf der Bahnhofstraße in Oppenau verursachte Lärmeinwirkung auf die Fassaden aller innerhalb der Baufelder im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans "Bahnhofstraße", 1. Änderung und Erweiterung, bestehender bzw. zu errichtender Gebäude rechnerisch prognostiziert."

Es sind passive Lärmschutzmaßnahmen an den Gebäudefassaden erforderlich. Die entsprechenden Fassadenseiten wurden im Zeichn. Teil gekennzeichnet.

Die Zuordnung einzelner Fassadenabschnitte zum jeweiligen Lärmpegelbereich, die als Grundlage für die Dimensionierung passiver Schallschutzmaßnahmen geschossweise zugrunde zu legen ist, ist den Anlagen der gutachtlichen Stellungnahme zu entnehmen.

6 Umweltbelange

(§ 2 Abs. 4 BauGB)

Luftbildausschnitt:



(Quelle: LUBW, 2014)

Da es sich bei der 1. Änderung und Erweiterung des B-Plans "Bahnhofstraße" um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren handelt, wird auf eine Umweltprüfung (und damit auf die Erstellung des Umweltberichts) gemäß § 13a Abs. 3 Satz 1 BauGB verzichtet.

Im beschleunigten Verfahren gelten nach § 13a BauGB die aufgrund der Aufstellung des Bebauungsplanes zu erwartenden Eingriffe als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 5 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig. Das beinhaltet, dass die Planung nicht der Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung unterliegt.

Jedoch ist gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 2 BauGB darzulegen, ob es Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7b BauGB genannten Belange des Naturschutzes (Natura 2000) gibt.

Aussagen zur Betroffenheit des allgemeinen und besonderen Artenschutzes gemäß §§ 39 und 44 BNatSchG sind zu treffen.

6.1 Belange des Naturschutzes

Schutzgebiete

Legende: ● = direkt betroffen ○ = angrenzend / = nicht betroffen

a)	Naturschutzgebiete gemäß § 23 des BNatSchG bzw. § 26 des NatSchG Name / Nr.:	/
b)	Nationalparke gemäß § 24 des BNatSchG bzw. § 27 des NatSchG Name / Nr.:	/
c)	Biosphärenreservate gemäß § 25 des BNatSchG bzw. § 28 NatSchG Name / Nr.:	/
d)	Landschaftsschutzgebiete gemäß § 26 des BNatSchG bzw. § 29 des NatSchG Name / Nr.:	/
e)	Naturparke gemäß § 27 des BNatSchG bzw. § 30 NatSchG Name: Schwarzwald Mitte/Nord / Nr.: 7	●
f)	Naturdenkmale gemäß § 28 des BNatSchG und § 31 des NatSchG Name / Nr.:	/
g)	Besonders geschützte Biotope gemäß § 30 des BNatSchG und § 32 des NatSchG Name: / Nr.:	/
h)		/
i)	EG-Vogelschutzgebiet gemäß § 32 des BNatSchG und § 36 des NatSchG Name: / Nr.:	/
j)	FFH-Gebiet gemäß § 32 des BNatSchG und § 36 des NatSchG Name: / Nr.:	/
k)	Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 a des LWaldG	/
l)	Geschützte Grünbestände gemäß § 33 des NatSchG	/
m)	Schutzwald gem. §29 LWaldG	/
n)	Waldschutzgebiete gemäß § 32 des LWaldG	/
o)	Wasserschutzgebiete gemäß § 19 des WHG oder festgesetzte Quellenschutzgebiete gemäß § 40 des WG für Baden-Württemberg sowie Überschwemmungsgebiete gemäß § 32 des WHG Name / Nr.:	/
p)	Gewässerrandstreifen nach § 68b des WG für Baden-Württemberg Name:	/
q)	Gebiete, in denen die in den Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind	/
r)	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte und Siedlungsschwerpunkte in verdichteten Räumen im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 2 und 5 des ROG	/
s)	In amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmale, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind. Denkmale gemäß §§ 2 und 12 des Denkmalschutzgesetzes, Gesamtanlagen nach § 19 des Denkmalschutzgesetzes sowie Grabungsschutzgebiete gemäß § 22 des Denkmalschutzgesetzes	/
t)	regionaler Grünzug lt. Regionalplan	/
u)	Grünzäsur lt. Regionalplan	/

Europäisches Netz "Natura 2000"

Gemäß FFH (Flora-Fauna-Habitat)-Richtlinie ist für Vorhaben, die ein besonderes Schutzgebiet erheblich beeinträchtigen können, eine Prüfung auf Verträglichkeit mit den für dieses Gebiet festgelegten Erhaltungszielen durchzuführen (§ 34 (1) und (2) BNatSchG).

Gemäß kartographischer Darstellung der Gebietsmeldungen vom Oktober 2005 und den Nachmeldevorschlägen für Baden-Württemberg nach der FFH-Richtlinie und der EG-Vogelschutzrichtlinie vom Ministerium Ländlicher Raum liegen für den Vorhabensbereich derzeit keine Hinweise auf das Vorkommen eines gemeldeten oder in Meldung befindlichen FFH- oder Vogel-schutzgebietes bzw. von Flächen, die diesbezüglich die fachlichen Meldekri-terien erfüllen, vor.

Eine Beeinträchtigung des europäischen Schutzgebietsnetzes "Natura 2000" ist durch das Vorhaben somit nicht zu erwarten. Weitergehende Prüfungen im Sinne des § 34 BNatSchG sind nicht erforderlich.

6.2 Abschätzung der Umwelterheblichkeit

Fachliche Prüfung

Schutzgut	Funktion und Werte	Beeinträchtigung	
Boden			
	Ausgleichskörper im Wasserkreislauf	<input checked="" type="checkbox"/> ja*1	<input type="checkbox"/> nein
	Speicher, Filter und Puffer für Schadstoffe	<input checked="" type="checkbox"/> ja*1	<input type="checkbox"/> nein
	Lebensgrundlage / Lebensraum / Standort für Kulturpflanzen bzw. für natürliche Vegetation	<input checked="" type="checkbox"/> ja*1	<input type="checkbox"/> nein
	Archiv der Natur- und Kulturgeschichte	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
*1 Neuversiegelung beeinträchtigt die Bodenfunktionen. Ein Ausgleich ist nicht zu erbringen, da bei einem beschleunigten B-Planverfahren nach § 13a BauGB keine Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung durchzuführen ist.			
Grundwasser			
	Neubildung	<input checked="" type="checkbox"/> ja*2	<input type="checkbox"/> nein
	Dynamik (Strömung, Flurabstand)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*2
	Qualität (Schad- und Nährstoffarmut)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*2
*2 Neuversiegelung verringert die Grundwasserneubildungsrate. Ein Ausgleich ist nicht zu erbringen, da bei einem beschleunigten B-Planverfahren nach § 13a BauGB keine Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung durchzuführen ist.			
Oberflächengewässer			
Name:			
	Struktur (Aue, Ufer, Gewässerbett)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*3
	Dynamik (Strömung, Hochwasser)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*3
	Qualität (Schad- und Nährstoffarmut)	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*3
*3 Kein Oberflächengewässer vorhanden			

Luft/Klima			
	Luftqualität	<input checked="" type="checkbox"/> ja*4	<input type="checkbox"/> nein
	Kaltluftentstehung und –bahnen	<input checked="" type="checkbox"/> ja*4	<input type="checkbox"/> nein
	Besonnung und Reflektion (Temperatur/Bioklima)	<input checked="" type="checkbox"/> ja*4	<input type="checkbox"/> nein
*4 Neuversiegelung beeinträchtigt das Kleinklima. Ein Ausgleich ist nicht zu erbringen, da bei einem beschleunigten B-Planverfahren nach § 13a BauGB keine Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung durchzuführen ist.			
Pflanzen und Biotope			
	Biotoptypen (Bestand): Gebäude, Hofflächen, Freiflächen z.T. ältere Bäume	<input checked="" type="checkbox"/> ja*5	<input type="checkbox"/> nein
	vermutlich relevante Tierarten: nicht bekannt	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*5
*5 Um die Errichtung der Neubauten zu ermöglichen, werden bestehende Gebäude abgerissen sowie Hofflächen beansprucht. Ein Ausgleich für den Verlust der Biotoptypen ist nicht zu erbringen, da bei einem beschleunigten B-Planverfahren nach § 13a BauGB keine Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung durchzuführen ist. Nach derzeitigem Kenntnisstand ergeben sich keine erheblichen Beeinträchtigungen nach § 44 BNatSchG.			
Landschafts-/Ortsbild			
	Eigenart / Historie des Orts- bzw. Landschaftsbildes	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*6
	Vielfalt und Naturnähe	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*6
	Zugänglichkeit, Erreichbarkeit, Betretbarkeit, Erlebbarkeit	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein*6
*6 Es ist mit keinen negativen Auswirkungen auf das Stadtbild zu rechnen, da das Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbs "Erweiterung Vincentius-Haus" planungsrechtlich umgesetzt wird und Anbauten an den bestehenden Kindergarten vorgesehen sind.			
Mensch			
Lärm	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen im Hinblick auf die Lärmsituation der Umgebung haben (Straßenverkehr, Flugverkehr, Freizeitlärm etc.)?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Sind Probleme im Hinblick auf die Lärmsituation innerhalb des Bebauungsplanes zu erwarten?	<input checked="" type="checkbox"/> ja*7	<input type="checkbox"/> nein
*7 Nach Aussage der gutachtlichen Stellungnahme des Ing.-Büros Rink sind an den zur Bahnhofstraße orientierten Fassaden passive Lärmschutzmaßnahmen erforderlich.			
Lufthygiene	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen im Hinblick auf die lufthygienische Situation der Umgebung (Luftverunreinigungen durch Partikel (z.B. Staub und Ruß), Gase (z.B. Kohlenmonoxid, Stickstoffoxide, Schwefeldioxid) oder Gerüche – Quellen: Wald, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Verkehr etc.) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Sind innerhalb des Bebauungsplanes Probleme im Hinblick auf die lufthygienische Situation zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Erschütterungen	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen auf die Umgebung aufgrund von erzeugten Erschütterungen (Industrieverfahren, Verkehr etc.) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Sind innerhalb des Bebauungsplanes Probleme mit erzeugten/vorhandenen Erschütterungen zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Elektromagnetische Felder	Kann der Bebauungsplan negative Auswirkungen (z.B. Reizströme bei niederfrequenten Feldern, Wärmewirkungen bei hochfrequenten Feldern, Lichtverschmutzungen wie Blendung und Aufhellung) auf die Umgebung aufgrund von erzeugten elektromagnetischen Feldern (z.B. durch Hochspannungsleitungen und Sendeanlagen) haben?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Sind innerhalb des Bebauungsplanes Probleme mit erzeugten/vorhandenen elektromagnetischen Feldern zu erwarten?	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit der 1. Änderung und Erweiterung des B-Plans "Bahnhofstraße" wird ein Erweiterungsbau des Vincentius-Hauses entlang der Bahnhofstraße, Altenwohnungen im rückwärtigen Bereich entlang der Dreikönigstraße in einem 2. Bauabschnitt sowie eine Erweiterung des bestehenden Kindergartens ermöglicht. Dadurch ergeben sich Neuversiegelungen, die jedoch keine erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter darstellen.

6.3 Belange des Artenschutzes

Nach § 44 BNatSchG (2010) besteht ein Zugriffsverbot für besonders geschützte Arten. Dies sind die europäischen Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie sowie die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie.

Hinweise auf das Vorkommen von besonders geschützten Arten sind nicht ersichtlich. Auch von Seiten der Gemeinde oder von Dritten sind keine Hinweise auf das Vorkommen von besonders geschützten Arten ergangen.

Es ergibt sich die Einschätzung, dass der Artenschutz durch die 1. Änd. und Erweit. des Bebauungsplans "Bahnhofstraße" nach § 13a BauGB nicht betroffen ist.

6.4 Zusammenfassung

Da es sich bei der 1. Änderung und Erweiterung des B-Plans "Bahnhofstraße" um einen Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren gemäß § 13a BauGB handelt und

- das Vorhaben nicht UVP-pflichtig ist (auch keine Vorprüfung)
- keine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7b BauGB genannten Belange des Naturschutzes (FFH- und Vogelschutzgebiete und gemeinschaftlicher Schutzgebiete im Sinne des BNatSchG) erfolgt
- offensichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter entstehen

wurde auf die Ausarbeitung eines Umweltberichtes verzichtet.

Die Artenschutzrechtliche Prüfung nach § 44 BNatSchG hat ergeben, dass mit keinen Auswirkungen auf besonders geschützte Arten zu rechnen ist.

7 Ver- und Entsorgung

7.1 Wasserversorgung

Das Baugebiet wird über die bestehende zentrale Wasserversorgung der Stadt Oppenau versorgt.

7.2 Entwässerung

Die Entwässerung des bestehenden Vincentius-Hauses erfolgt über das bestehende Kanalnetz in der Bahnhofstraße, die Entwässerung des Kindergartens über das bestehende Leitungsnetz im Dreikönigweg.

Für die geplante Neubebauung wurde geprüft, inwieweit das Oberflächenwasser auf dem Grundstück zurückgehalten und ggf. versickert werden kann. Ein Bodengutachten wurde erstellt. Das Gutachten kam zum Ergebnis, dass sich das Baugebiet in einem gut wasserdurchlässigen kiesigen Schotter befindet, wodurch die Möglichkeiten der Versickerung von Niederschlagswasser von Dach und Hofflächen gegeben ist. Der Durchlässigkeitsbeiwert im kiesigen Schotter wird auf ($k_f = \text{ca. } 5 \times 10^{-4} \text{ m/s}$) abgeschätzt. Dieser Wert ist bei der Bemessung von Versickerungsanlagen maßgeblich. Die Sickeranlagen sollten im Süden und Westen liegen, da im Nordosten die Felsoberkante höher liegt, ein Abfluss nur Richtung Tiefgarage erfolgt. Die Stellplätze sowie die Terrassenbereiche sind mit wasserdurchlässigen Pflasterbelägen vorgesehen, die Flachdächer sollen begrünt werden. Aufgrund dieser Aussagen kann das anfallende Oberflächenwasser auf dem Grundstück versickert werden.

8 Grundwasserschutz

Für die geplante Baumaßnahme wurde ein Baugrundgutachten erstellt, das auch die Grundwasserverhältnisse untersucht hat. Das Gutachten kam zu folgendem Ergebnis:

In der Schotterfüllung des Renchtales hat sich ein Lockergesteinsaquifer ausgebildet, dessen Grundwasserführung teilweise auch genutzt wird. Im zur Neubebauung vorgesehenen Areal am nördlichen Rand der Talfüllung ist jedoch kein Grundwasserspiegel ausgebildet, da auf Höhe des Vorfluters schon der Felsboden aus Gneisgestein ansteht. So waren alle Bohrungen bis zum Fels bei den Geländearbeiten trocken. Der nördlich des Baufeldes vorhandene Seitenfluss der Rench verläuft in einem künstlichen Bachbett direkt auf dem Gneis, ein Grundwasserspiegel ist dort ebenfalls nicht vorhanden.

9 Hochwasserschutz

Die Frage des Hochwasserschutzes wurde seitens des Ing.-Büros Wald + Corbe fachlich geprüft und kam dabei zu folgendem Ergebnis:

Die vorliegenden Karten zur Hochwassersituation in Oppenau wurden gesichtet. Für den Änderungsbereich des Bebauungsplanes Bahnhofstraße wird keine betroffene Retentions- bzw. Überflutungsfläche gesehen. Es liegt zwar eine Überflutung vor, aber nicht im maßgebenden HQ 100 Fall, nur im Fall HQ extrem. Die dargestellte Überflutungsfläche für den Fall HQ 100 im Plangebiet ist eine lokale Senke, ohne Verbindung zur tatsächlichen Überflutungsfläche. Diese könnte sich nur durch Druckwasser füllen und müsste in der weiteren Bearbeitung der Karten daher entfallen. Daraus ergibt sich, dass §78 WG für die vorliegenden Bebauungsplanänderung nicht greift.

10 Flächenbilanz

Gesamtfläche	ca. 1,34	ha	= 100 %
öffentl. Verkehrsfläche einschl. Gehweg- u. Fußwegverbindung u. öffentl. Grünflächen (Verkehrsrün)	ca. 0,14	ha	= 10,4 %
Gemeinbedarfsfläche	ca. 1,20	ha	= 89,6 %

11 Kostenschätzung

Mit der Umsetzung des B-Plans entstehen für die Stadt Oppenau lediglich Kosten für die Herstellung der Wendefläche beim Kindergarten.

12 Beabsichtigte Maßnahmen

Der B-Plan soll Grundlage sein für

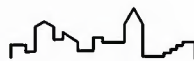
- Umlegung
- Grunderwerb
- Grenzregelung
- Erschließung

sofern diese Maßnahmen im Vollzug des B-Planes erforderlich werden.

Freiburg, den 06.02.2014 LIF-FEU-ba
25.02.2014
26.06.2014

Oppenau, den 11. Juli 2014.....

PLANUNGSBÜRO FISCHER



Günterstalstraße 32 ▪ 79100 Freiburg i.Br
Tel. 0761/70342-0 ▪ info@planungsbuerofischer.de
Fax 0761/70342-24 ▪ www.planungsbuerofischer.de

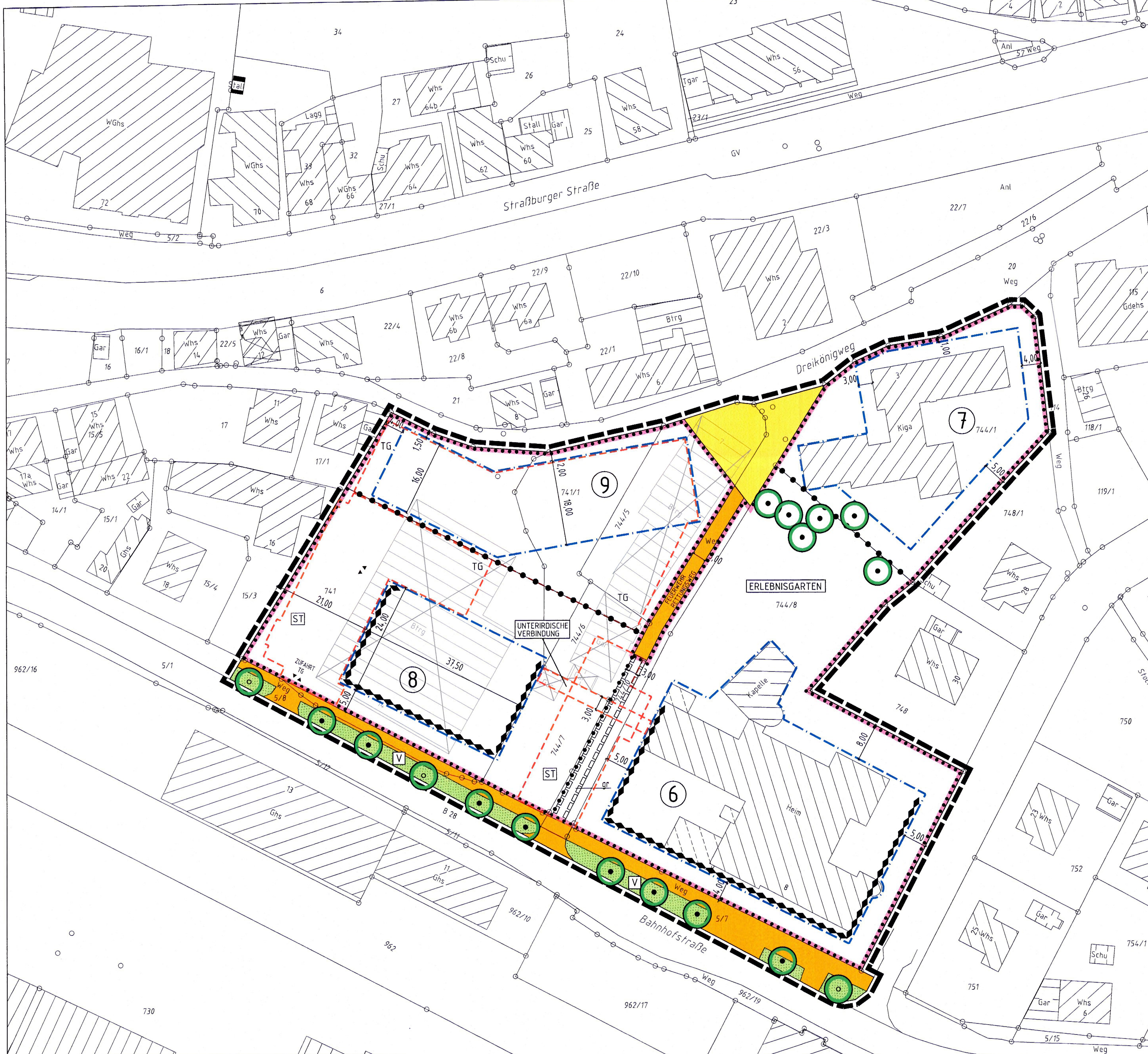
[Handwritten signature]

Planer



[Handwritten signature]
Grieser, Bürgermeister

108Beg04.DOC



LEGENDE:

1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 BauGB)

- III ZAHL DER VOLLGESCHOSSE (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)
- WH WANDHÖHE WH ALS HÖCHSTMASS (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)
- o OFFENE BAUWEISE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 BauNVO)
- a ABWEICHENDE BAUWEISE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 BauNVO)
- BAUGRENZE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB UND § 23 Abs. 3 BauNVO)
- FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)
- NUTZUNG LT. EINSCHRIEB
- STRASSENVERKEHRSLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
- FUSS- UND RADWEG/WIRTSCHAFTSWEG (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
- EIN- UND AUSFAHRTEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 4, 11 BauGB)
- V ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- V ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE ALS BESTANDTEIL DER VERKEHRSLÄCHE
- o ANPFLANZUNG VON EINZELBÄUMEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)
- o ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)
- ST MIT GEHRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
- FLÄCHEN FÜR NEBENANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)
- ST/TG FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)
ST=STELLPLÄTZE TG=TIEFGARAGE
- GEBÄUDESEITEN AN DENEN PASSIVE LÄRMSCHUTZMASSNAHMEN ERFORDERLICH SIND (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG

2. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN (§ 74 LBO)

- 0-15° DACHNEIGUNG ALS MINDEST-/HÖCHSTMASS

HINWEISE

- BESTEHENDE GEBÄUDE, LT. KATASTERPLAN
- ZUM ABRUCH VORGESEHENE GEBÄUDE
- GRUNDSTÜCKSGRENZE BESTAND

NUTZUNGSSCHABLONE

1	2	1 = ART DER BAULICHEN NUTZUNG	2 = ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS HÖCHSTGRENZE
3	4	3 = GRUNDFLÄCHENZAHL (GRZ)	4 = MAX. GESCHOSSFLÄCHE IN m ² (GF)
5	6	5 = BAUWEISE	6 = DACHNEIGUNG
7		7 = WANDHÖHE WH ALS HÖCHSTGRENZE IN M	

6	
GEMEINBEDARFSFL. "ALTEWÖHNHEIM, TAGESPFLEGE, THERAPIE UND GASTRONOMIE"	
VI	-
a	-
-	-

8	
GEMEINBEDARFSFL. "ALTEWÖHNHEIM, TAGESPFLEGE UND THERAPIE"	
IV	-
o	0-15°
-	-
max. WH = 16.50m	

7	
GEMEINBEDARFSFL. "KINDERGARTEN"	
II	-
o	0-30°
-	-

9	
GEMEINBEDARFSFL. "ALTEWÖHNUNGEN"	
III	-
o	0-15°
-	-
max. WH = 9.50m	

STADT OPPENAU
1. ÄND. UND ERWEIT. B-PAN "BAHNHOFSTRASSE"
MIT ÖRTLICHEN BAUVORSCHRIFTEN

ZEICHNERISCHER TEIL - VERFAHREN NACH § 13a BauGB

AUFGESTELLT
 NACH § 2 Abs. 1 BauGB VOM 11.06.2013
 DURCH BESCHLUSS DES GEMEINDERATES
 ORTSÜBLICHE BEKANNTMACHUNG
 OPPENAU, DEN **11. Juli 2014**
 DER BÜRGERMEISTER

ÖFFENTLICH AUSGELEGEN
 NACH § 3 Abs. 2 BauGB VOM 11.06.2013
 IN DER ZEIT
 ORTSÜBLICHE BEKANNTMACHUNG

ALS SATZUNG BESCHLOSSEN
 NACH § 10 Abs. 1 BauGB VOM 11.06.13
 § 74 LBO VOM 03.12.2013, 16.07.2013,
 § 4 Abs. 1 GemO VOM 16.04.2013
 OPPENAU, DEN **11. Juli 2014**
 DER BÜRGERMEISTER

AUSFERTIGUNG
 ES WIRD BESTÄTIGT, DASS DER INHALT DIESES PLANES SOWIE
 DIE ZUGEHÖRIGEN PLANUNGSRECHTLICHEN FESTSETZUNGEN UND
 DIE ÖRTLICHEN BAUVORSCHRIFTEN UNTER BEACHTUNG DES
 VORSTEHENDEN VERFAHRENS MIT DEN HIERZU ERGANGENEN
 BESCHLÜSSEN DES GEMEINDERATES DER STADT OPPENAU
 ÜBEREINSTIMMEN.
 OPPENAU, DEN **11. Juli 2014**
 DER BÜRGERMEISTER

RECHTSVERBINDLICH
 NACH § 10 Abs. 3 BauGB VOM 11.06.13
 DURCH BEKANNTMACHUNG
 OPPENAU, DEN **11. Juli 2014**
 DER BÜRGERMEISTER

JEDGLICHE ÄNDERUNG, VERVIelfÄLTIGUNG ODER WEITERGABE DER DATEN BEDARF DER ZUSTIMMUNG DES PLANUNGSBÜROS FISCHER.
 FÜR NACHRICHTLICH ÜBERNOMMENE EINTRÄGE (Z. B. LEITUNGSTRASSEN, KATASTERGRUNDLAGEN) WIRD KEINE GEWAHR ÜBERNOMMEN.
 DIE DATEN DES LANDESVERMESSUNGSAMTES SIND GESETZLICH GESCHÜTZT. WER DIE DATEN UNBEFUGT

PLANUNGSBÜRO FISCHER
 79100 FREIBURG, GÜNTERSTALSTR. 32, TEL. 0761/70342-0, FAX. 70342-24
 email info@planungsbuero-fischer.de, www.planungsbuero-fischer.de

PLAN NR.:	DATUM: 16.04.13	GEÄNDERT: 13.01.14 27.01.14 06.02.14	FERTIGUNG: 1
			ANLAGE: 4

ORIGINAL-MARSTAB: 1 : 500
 0 5 10 15 20

Fertigung: 1
Anlage: 3
Blatt: 1-8

Schriftliche Festsetzungen

des B-Plans "Bahnhofstraße" – 1. Änd. u. Erw.

der Stadt Oppenau (Ortenaukreis)

als B-Plan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 3 Abs. 2 BauGB

A PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN § 9 BauGB

1 Art der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 Flächen für den Gemeinbedarf

(§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)

Die Bereiche der Nutzungszonen 6 – 9 werden entsprechend der geplanten Nutzung als Flächen für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung "Altenwohnheim, Tagespflege, Therapie und Gastronomie" (NZ6), "Altenwohnheim, Tagespflege und Therapie" (NZ 8), "Kindergarten" bzw. "Altenwohnungen" ausgewiesen.

2 Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

2.1 Die Zahl der Vollgeschosse wird für die Nutzungszonen 6 - 9 durch Eintragungen im "Zeichnerischen Teil" festgesetzt.

2.2 Die überbaubaren Flächen sind durch Eintrag im Zeichn. Teil festgesetzt.

2.3 Für die Nutzungszone 9 wird eine max. Geschossfläche GF von 3000 m² festgesetzt.

2.4 Gebäudehöhe

2.2.3 Wandhöhe

Die max. zulässige Wandhöhe der Gebäude darf im Bereich
der Nutzungszone 8 max. 16,50 m
der Nutzungszone 9 max. 9,50 m
betragen

3 Bauweise

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO)

- 3.1 Im Bereich der Nutzungszonen 7, 8 und 9 wird die offene Bauweise (o) nach § 22 Abs. 2 BauNVO festgesetzt.

Im Bereich der Nutzungszone 6 wird die abweichende Bauweise (a) nach § 22 Abs. 4 BauNVO festgesetzt, d.h. es sind Baukörper mit einer Gesamtlänge von 60 m zulässig.

4 Flächen für Stellplätze und Garagen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 BauNVO)

- 4.1 Innerhalb der im "Zeichnerischen Teil" ausgewiesenen Flächen ist die Anlage von Tiefgaragen und Stellplätzen zulässig.

5 Grünflächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

5.1 Verkehrsgrün

Die als Verkehrsgrünfläche ausgewiesenen Bereiche entlang der Bahnhofstraße sind entsprechend der Ziff. 6.1 und 6.2 mit Linden zu bepflanzen bzw. vorhandene Linden sind zu erhalten. Der bereits vorhandene Unterbewuchs ist zu erhalten und zu pflegen.

6 Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und b BauGB)

- 6.1 Entlang der Bahnhofstraße sind im Bereich der Verkehrsgrünfläche an den im Zeichnerischen Teil angegebenen Standorten als Ergänzung der bereits vorhandenen Lindenbäume weitere Linden (StU 12/14, 3xv.) anzupflanzen und zu unterhalten. Bei Ausfall ist entsprechender Ersatz zu leisten.
- 6.2 Entlang der Bahnhofstraße sind im Bereich der Verkehrsgrünfläche die vorhandenen Laubbäume (Linden) an den im Zeichnerischen Teil angegebenen Standorten zu erhalten und zu pflegen. Bei Ausfall ist entsprechender Ersatz zu leisten.
- 6.3 Die im Norden des Flst.Nr. 744/8 vorhandenen Laubbäume (s. Eintrag im Zeichn. Teil) sind zu erhalten und zu pflegen. Bei Ausfall ist entsprechender Ersatz zu leisten.

7 Nebenanlagen

(§ 14 BauNVO)

- 7.1 Versorgungsanlagen nach § 14 Abs. 2 BauNVO sind auch auf den nicht überbaubaren Flächen zulässig.
- 7.2 Nebenanlagen nach § 14 Abs. 1 BauNVO sind auch auf den nicht überbaubaren Flächen zulässig.

8 Festsetzungen von Flächen für besondere Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes

(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

- 8.1 In den im "Zeichn. Teil" gekennzeichneten Bereichen sind nach Aussagen der gutachtlichen Stellungnahme Nr. 2336.4/604 des Ing.-Büros Rink, i.d.F.v. 05.02.2014, das dem B-Plan beigelegt ist, an den jeweils gekennzeichneten Gebäudeseiten passive Lärmschutzmaßnahmen erforderlich.

Art und Umfang der passiven Lärmschutzmaßnahmen sind entsprechend den festgesetzten Lärmpegelbereichen der gutachtlichen Stellungnahme zu entnehmen.

9 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

- 9.1 Zwischen den Nutzungszonen 6 und 8 ist zwischen Bahnhofstraße und Rettungsweg ein Gehrecht (gr) zugunsten der Öffentlichkeit ausgewiesen.

Anhang zu den Festsetzungen:

Artenliste

Die nachfolgenden Baum- und Straucharten sowie Bäume und Sträucher vergleichbarer Arten sind bei den Anpflanzungen zu verwenden.

Herkunftsgebiet (7): Süddeutsches Hügel- und Bergland
 Naturräumliche Region (152): Nördlicher Talschwarzwald

Kürzel Wissenschaftlicher Name (deutscher Name)

Große Bäume:

SAh	Acer platanoides	(Spitz-Ahorn)
BAh	Acer pseudoplatanus	(Berg-Ahorn)
Bi	Betula pendula	(Hänge-Birke)
Bu	Fagus sylvatica	(Rotbuche)
Es	Fraxinus excelsior	(Gewöhnliche Esche)
TEi	Quercus petraea	(Trauben-Eiche)
SEi	Quercus robur	(Stiel-Eiche)
SLi	Tilia platyphyllos	(Sommer-Linde)
BUI	Ulmus glabra	(Berg-Ulme)

Kleine bis mittelgroße Bäume:

Hb	Carpinus betulus	(Hainbuche)
EWd	Crataegus monogyna	(Eingriffeliger Weißdorn)
ZP	Populus tremula	(Zitterpappel, Espe)
TKi	Prunus padus	(Gewöhnliche Traubenkirsche)
SaW	Salix caprea	(Sal-Weide)
BW	Salix fragilis	(Bruch-Weide)
FW	Salix rubens	(Fahl-Weide)
Vb	Sorbus aucuparia	(Vogelbeere)

Sträucher:

SEr	Alnus glutinosa	(Schwarz-Erle)
Ha	Corylus avellana	(Gewöhnliche Hasel)
Pf	Euonymus europaeus	(Gewöhl. Pfaffenhütchen)
Fb	Frangula alnus	(Faulbaum)
Sc	Prunus spinosa	(Schlehe)
HRo	Rosa canina	(Echte Hunds-Rose)
OW	Salix aurita	(Ohr-Weide)
GW	Salix cinerea	(Grau-Weide)
SHo	Sambucus nigra	(Schwarzer Holunder)
THo	Sambucus racemosa	(Trauben-Holunder)
GS	Viburnum opulus	(Gewöhnlicher Schneeball)

Die nachfolgende Liste der empfehlenswerten Obstgehölze soll als Vorschlag betrachtet werden; vergleichbare Arten und Sorten können verwendet werden.

Apfelsorten wie:

Bitterfelder, Brettacher, Hauxapfel, Jakob Fischer, Ontario, Ulmer Polizeiapfel, Boskoop, Neunerschläferapfel

Birnensorten wie:

Pastorenbirne, Gelbmöstler, Grüne Jagdbirne, Oberösterreichische Weinbirne, Schweizer Wasserbirne, Hanauer Wertbirne

Kirschsorten wie:

Hedelfinger, Meckenheimer, Schneiders Knorpelkirsche sowie Benjaminler, Didikirsche, Dollenseppler

Pflaumen / Zwetschgensorten wie:

Bühler Frühzwetschge, Hauszwetschge

B ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN**§ 74 LBO****1 Dachgestaltung**

- 1.1 Die Dachneigung wird entsprechend den Eintragungen im Plan festgesetzt.

2 Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen

(§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

2.1 Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen

Die nicht bebauten Flächen der Grundstücke sind als Grünfläche oder gärtnerisch genutzte Fläche anzulegen und dauerhaft zu unterhalten. Dabei sind vorwiegend einheimische Gehölze zu verwenden. Ausgenommen hiervon sind notwendige Zugänge, Zufahrten und Abstellplätze.

2.2 Gestaltung befestigter Flächen

Befestigte Flächen auf den Grundstücken sind auf ein Minimum zu beschränken.

Wege, Stellplätze, Zufahrten und Hofflächen sind mit einer wasserdurchlässigen Oberflächenbefestigung mit Faktor 0,4 (z.B. wasserdurchlässiges Betonpflaster, Rasengittersteine oder Pflaster mit Rasenfugen) und einem geeigneten Unterbau auszuführen. Ausgenommen hiervon ist nur der direkte Zugangsweg zum Hauseingang. Diese Flächen sind mit Gefälle zu den anschließenden unbefestigten Flächen herzustellen.

HINWEISE UND EMPFEHLUNGEN

1 Hinweis des Regierungspräsidiums Freiburg - Ref. Denkmalpflege/ Archäologische Denkmalpflege

- 1.1 Da im Planungsgebiet bisher unbekannte archäologische Bodenfunde zutage treten können, ist der Beginn von Erschließungsarbeiten sowie allen weiteren Erd- und Aushubarbeiten frühzeitig dem Regierungspräsidium Freiburg, Ref. 26 – Denkmalpflege, Fachgebiet Archäologische Denkmalpflege schriftlich mitzuteilen. Gemäß § 20 des Denkmalschutzgesetzes sind auch im weiteren Baufortschritt auftretende Funde (Scherben, Knochen, Mauerreste, Metallgegenstände, Gräber, auffällige Bodenverfärbungen u.ä.) umgehend zu melden und bis zur sachgerechten Dokumentation und Ausgrabung im Boden zu belassen. Mit Unterbrechungen der Bauarbeiten ist ggf. zu rechnen und Zeit zur Fundbergung einzuräumen.

2 Weitergehende Bestimmungen und Hinweise des Landratsamtes Ortenaukreis - Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz

2.1 Altlasten

- 2.1.1 Im Bereich des Planungsgebietes liegen nach derzeitigem Kenntnisstand keine Altlasten/Altstandorte vor.
- 2.1.2 Werden bei den Erdarbeiten ungewöhnliche Färbungen und/oder Geruchsemissionen (z.B. Mineralöle, Teer, ...) wahrgenommen, so ist umgehend das zuständige Landratsamt Ortenaukreis - Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz - zu unterrichten. Die Aushubarbeiten sind an dieser Stelle sofort einzustellen.

Bodenbelastungen, bei denen Gefahren für die Gesundheit von Menschen oder erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes nicht ausgeschlossen werden können, sind zudem der Unteren Naturschutzbehörde zu melden.

2.2 Bodenschutz

- 2.2.1 Garagen und Stellplätze sollten zur Minimierung der Flächenversiegelung so nahe wie möglich an die öffentlichen Verkehrswege und möglichst nur im baulichen Zusammenhang mit dem Hauptgebäude geplant werden.
- 2.2.2 Die Erdarbeiten sollten zum Schutz vor Bodenverdichtungen grundsätzlich nur bei schwach feuchtem Boden und niederschlagsfreier Witterung erfolgen.
- 2.2.3 Bauwege und Baustraßen sollten nach Möglichkeit nur dort angelegt werden, wo später befestigte Wege und Plätze liegen sollen.

3 Hinweis der SÜWAG Netzservice GmbH

3.1 Für die Unterbringung der Kabel sollte DIN 1998 zugrunde gelegt werden. Bei Anpflanzungen von Bäumen wird demnach ein seitlicher Mindestabstand von 2,5 m zum Erdkabel erforderlich. Ist dieser Abstand nicht realisierbar, werden zum Kabel hin geschlossene Pflanzringe oder Trennwände bis in 1 m Tiefe benötigt.

4 Hinweis des RP Freiburg - Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

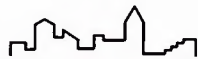
4.1 Geotechnik

Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z.B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizontes, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gem. DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.

Freiburg, den 06.02.2014 LIF-ba
25.02.2014
26.06.2014

Oppenau, den 11. Juli 2014

PLANUNGSBÜRO FISCHER



Günterstalstraße 32 ▪ 79100 Freiburg i.Br
Tel. 0761/70342-0 ▪ info@planungsbueroefischer.de
Fax 0761/70342-24 ▪ www.planungsbueroefischer.de

.....

Planer

108Sch04.doc

.....



Grieser, Bürgermeister



Fertigung: 1
Anlage: 5
Blatt: 1-11

GUTACHTLICHE STELLUNGNAHME

Nr. 2336.4/604 vom 05.02.2014

Bebauungsplan "Bahnhofstraße" auf Gemarkung Oppenau, 1. Änderung und Erweiterung
- Prognose und Beurteilung der durch Kraftfahrzeugverkehr verursachten Lärmeinwirkung

Auftraggeber

Stadtverwaltung
Rathausplatz 1

77728 Oppenau

INHALTSVERZEICHNIS

1. VORBEMERKUNGEN	1
1.1 Aufgabenstellung	1
1.2 Ausgangsdaten	1
1.3 Quellenverzeichnis	2
2. AUSGANGSSITUATION	3
2.1 Örtliche Gegebenheiten und geplante Bebauung	3
2.2 Verkehrstechnische Situation	3
3. SCHALLTECHNISCHE BEURTEILUNGSKRITERIEN	3
3.1 Schalltechnische Größen	3
3.2 Schalltechnische Anforderungen	4
4. SCHALLEMISSIONEN	6
4.1 Rechenverfahren	6
4.2 Randbedingungen	7
4.3 Emissionspegel	8
5. SCHALLAUSBREITUNG	8
5.1 Rechenverfahren	8
5.2 Randbedingungen	9
6. SCHALLIMMISSIONEN	10
6.1 Immissionspegel	10
6.2 Lärmpegelbereiche	10
7. ZUSAMMENFASSUNG	11

Anlagen: 8

1. VORBEMERKUNGEN

1.1 Aufgabenstellung

Die von der 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans "Bahnhofstraße" auf Gemarkung Oppenau betroffene Teilfläche des räumlichen Geltungsbereichs wird in südwestlicher Richtung von der Bahnhofstraße tangiert. Da diese auch den überörtlichen Kraftfahrzeugverkehr der Bundesstraße 28 im Zuge der Ortsdurchfahrt Oppenau aufnimmt, müssen die Fassaden straßennaher Gebäude zum Schutz unzulässiger Verkehrslärmeinwirkung eine hinreichende Luftschalldämmung aufweisen. Als Grundlage für deren Ermittlung ist im Bebauungsplan die Zuordnung einzelner Fassadenabschnitte der innerhalb der Baufelder bestehenden bzw. baurechtlich zulässigen Gebäude zum jeweiligen "Lärmpegelbereich" im Bebauungsplan festzusetzen.

Da ein Verweis auf die in den Anlagen zur gutachtlichen Stellungnahme isw-Nr. 2336/96 vom 25.01.1999 dargestellte Auflistung mit geschoss- und fassadenweiser Zuordnung von Gebäuden zum jeweiligen Lärmpegelbereich von der Gewerbeaufsicht im Landratsamt Ortenaukreis als nicht ausreichend erachtet wird, ist eine Aktualisierung der Lärm-Immissionsprognose unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich geänderten Plandarstellungen und Daten zum Kraftfahrzeugverkehr erforderlich.

1.2 Ausgangsdaten

Von der Stadtverwaltung Oppenau sind über das mit der Ausarbeitung des Bebauungsplans beauftragte Planungsbüro Fischer die nachfolgend unter Angabe von Dokumentdatum/Büroeingangsdatum/Dateiformat aufgelisteten Unterlagen zur Verfügung gestellt worden:

- Bebauungsplan "Bahnhofstraße", 1. Änderung und Erweiterung, Übersichtslageplan; Original-Maßstab 1:5000 (25.02.2013/16.04.2013/pdf)
- Stellungnahme des Amts für Gewerbeaufsicht, Immissionsschutz und Abfallrecht im Landratsamt Ortenaukreis an das Planungsbüro Fischer (17.04.2013/18.04.2013/e-mail)
- Kataster-Ausschnitt Oppenau (18.11.2013/22.11.2013/dxf)

- Bebauungsplan "Bahnhofstraße", 1. Änderung und Erweiterung, zeichnerischer Teil; Original-Maßstab 1:500 (13.01.2014/14.01.2014/pdf)
- Erweiterung Vincentius-Haus in Oppenau, Grundriss EG sowie Schnitte A bis E, Vorabzüge, Original-Maßstab 1 : 100 (05.12.2013/15.01.2014/pdf)
- Bebauungsplan "Bahnhofstraße", 1. Änderung und Erweiterung, zeichnerischer Teil; Original-Maßstab 1:500 (13.01.2014/20.01.2014/pdf, dxf)

Ergänzende Informationen über schalltechnisch relevante, örtliche und verkehrstechnische Gegebenheiten wurden durch telefonische Rücksprache mit der Bauverwaltung der Stadt Oppenau, Herrn Müller, erhoben.

1.3 Quellenverzeichnis

- [1] Verkehrsmonitoring 2010
"Amtliches Endergebnis für 1-bahnig, 2-streifige Bundesstraßen in Baden-Württemberg"
- hrsg. vom Regierungspräsidium Tübingen, Abteilung 9, Landesstelle für Straßentechnik; Stand September 2013
- [2] Bekanntmachung des Baden-Württembergischen Wirtschaftsministeriums über die Einführung technischer Baubestimmungen; hier: Norm DIN 4109 - Schallschutz im Hochbau - Ausgabe November 1989 vom 02.02.93 - AZ: VI-2601.1/6
- [3] DIN 4109 (1989-11/1992-08)
"Schallschutz im Hochbau; Anforderungen und Nachweise"
- [4] DIN 18 005 Teil 1 (1987-05)
"Schallschutz im Städtebau; Berechnungsverfahren"
- [5] RLS-90 (1990-04/1991-04/1992-03)
"Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen"
- [6] Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV (1990-06/2006-09)
"Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes"
- [7] "Straßenverkehrsprognose 2025; Analyse/Prognose - Struktur- und Verkehrsdaten"
- von der Modus Consult Karlsruhe und der K + P Transport Consultants Freiburg im Auftrag des Innenministeriums Baden-Württemberg erstellter Ergebnisbericht, Dezember 2009

2. AUSGANGSSITUATION

2.1 Örtliche Gegebenheiten und geplante Bebauung

Aus dem in Anlage 1 wiedergegebenen Auszug aus dem zeichnerischer Teil des Bebauungsplan "Bahnhofstraße", 1. Änderung und Erweiterung, ist die geometrische Anordnung des räumlichen Geltungsbereichs relativ zur Umgebung sowie die Lage bestehender Gebäude und der Baufelder innerhalb des Plangebiets ersichtlich.

2.2 Verkehrstechnische Situation

Für die Frequentierung der Bundesstraße Nr. 28 (im Folgenden kurz: B 28) an der dem Plangebiet nächstgelegenen ZEUS-Zählstelle Nr. 82858 werden in der Auflistung "Verkehrsmonitoring 2012" [1] folgende, auf das Jahr 2012 bezogene Werte angegeben:

Durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke	DTV = 8 374 Kfz/24 h
Schwerverkehrsanteil	SV = 462 Kfz/24 h

Die zulässige Fahrzeughöchstgeschwindigkeit im hier interessierenden, innerörtlichen Streckenabschnitt der Bahnhofstraße beträgt gemäß Mitteilung des Bauamts Oppenau $v_{\max} = 50$ km/h.

3. SCHALLTECHNISCHE BEURTEILUNGSKRITERIEN

3.1 Schalltechnische Größen

Als wichtigste Größe für die rechnerische Prognose, die messtechnische Erfassung und/oder die Beurteilung einer Lärmeinwirkung auf den Menschen dient der A-bewertete Schalldruckpegel - meist vereinfachend als "Schallpegel" (L oder L_A) bezeichnet.

Um auch zeitlich schwankende Schallvorgänge mit einer Einzahlangabe hinreichend genau kennzeichnen zu können, wurde der "Mittelungspegel" (L_m oder L_{eq}) definiert, der durch Integration des momentanen Schalldruckpegels über einen bestimmten Zeitraum gewonnen wird.

Die durch den Kraftfahrzeugverkehr auf öffentlichen Straßen verursachte Schallemission wird durch den "Emissionspegel" ($L_{m,E}$) gekennzeichnet. Diese Größe beschreibt den Mittelungspegel in 25 m seitlichem Abstand von der jeweiligen Richtungsfahrbahn bei freier Schallausbreitung.

Die Lärmeinwirkung kennzeichnende Immissionspegel werden als "Beurteilungspegel" (L_r) am Lärmeinwirkungsort angegeben. Der Beurteilungspegel wird rechnerisch aus dem Mittelungspegel bestimmt, wobei zusätzlich eine eventuell erhöhte Störwirkung von Geräuschen (wegen ihres besonderen Charakters oder wegen des Zeitpunkts ihrer Einwirkung) durch entsprechend definierte Zuschläge/Korrekturwerte zu berücksichtigen ist.

Die Beurteilungspegel werden getrennt für die Zeiträume "tags" (6.00 bis 22.00 Uhr) und "nachts" (22.00 bis 6.00 Uhr) ermittelt.

Der jeweils maßgebende Immissionsort ist vor Gebäuden in Höhe der Geschossdecke über dem jeweils zu schützenden Raum (0,2 m über der Fensteroberkante) anzunehmen.

Die Eigenschaft eines Bauteils, den Schalldurchgang zu behindern, wird durch das frequenzabhängige "Schalldämm-Maß" (R) beschrieben; das "bewertete Schalldämm-Maß" (R_w bzw. R'_w) stellt einen Einzahl-Kennwert für die Luftschalldämmung eines Bauteils dar.

3.2 Schalltechnische Anforderungen

In der Bekanntmachung des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums über die Einführung der Norm DIN 4109 - Schallschutz im Hochbau [2] wird im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens ein entsprechender Nachweis über die ausreichende Luftschalldämmung der zum Einsatz vorgesehenen Außenbauteile gefordert, wenn

- "a) der Bebauungsplan festsetzt, dass Vorkehrungen zum Schutz vor Außenlärm am Gebäude zu treffen sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
oder*
- b) der sich aus amtlichen Lärmkarten oder Lärminderungsplänen nach § 47a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ergebende 'maßgebliche Außenlärmpegel' (Abschnitt 5.5 der Norm DIN 4109) auch nach den vorgesehenen Maßnahmen zur Lärminderung ... gleich oder höher ist als ...*
- 56 dB(A) bei Bettenräumen in Krankenhäusern und Sanatorien,*
 - 61 dB(A) bei Aufenthaltsräumen in Wohnungen, Übernachtungsräumen, Unterrichtsräumen und ähnlichen Räumen,*
 - 66 dB(A) bei Büroräumen und ähnlichen Räumen."*

Um Menschen während ihres Aufenthalts in Gebäuden vor der Einwirkung von Außenlärm zu schützen, werden in der DIN 4109 [3] Anforderungen an die Schalldämmung von Außenbauteilen in Abhängigkeit u. a. vom "maßgeblichen Außenlärmpegel" vor der jeweiligen Fassade und von der Art der Raumnutzung festgelegt.

Bei der Ermittlung von Verkehrslärmeinwirkungen ist gemäß DIN 4109 der Beurteilungspegel "tags" nach der damals gültigen Ausgabe der DIN 18 005 Teil 1 [4] zu bestimmen. Für eine detaillierte rechnerische Prognose wird in dieser - zwischenzeitlich ohnehin durch eine völlig überarbeitete Fassung ersetzt - Norm u. a. auf die "Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen" verwiesen, nach deren aktueller Fassung die Berechnungen in der vorliegenden Untersuchung durchgeführt wurden.

Der maßgebliche Außenlärmpegel ist gemäß Festlegung in Abschnitt 5.5.3 der DIN 4109 [3] identisch mit dem um 3 dB(A) erhöhten, rechnerisch ermittelten Wert für den Beurteilungspegel "tags" unmittelbar vor der Fassade des schutzbedürftigen Raums.

In Tabelle 8 der genannten Norm wird der maßgebliche Außenlärmpegel in Klassen mit einer Klassenbreite von 5 dB(A), die sogenannten "Lärmpegelbereiche", eingeteilt. Die für die Luftschalldämmung der Gebäudeaußenbauteile verschiedener Raumarten geforderten Werte werden in Abhängigkeit von der Zuordnung des betreffenden Fassadenabschnitts zu einem der Lärmpegelbereiche in der Tabelle in Anlage 2, oben, wiedergegeben.

Die dort genannten Mindestwerte für die Luftschalldämmung von Außenbauteilen (erf. $R'_{w,res}$) kennzeichnen jeweils das resultierende Schalldämm-Maß der gesamten, meist aus verschiedenen (z. B. opaken und transparenten) Teilflächen bestehenden Außenfläche eines Raums. Wenn das Verhältnis der gesamten Außenfläche eines Raums (S_g) zu seiner Grundfläche (S_G) einen Wert von $S_g/S_G \neq 0,8$ aufweist, so ist zum Wert für das erforderliche resultierende Schalldämm-Maß (erf. $R'_{w,res}$) der in Tabelle 9 der DIN 4109 angegebene (siehe Anlage 2, unten) oder mit Hilfe der Gleichung

$$K = 10 \cdot \lg (S_g/0,8 \cdot S_G) \text{ in dB}$$

ermittelte Korrekturwert zu addieren.

4. SCHALLEMISSIONEN

4.1 Rechenverfahren

Der durch den Kraftfahrzeugverkehr auf einer öffentlichen Straße in 25 m Entfernung von der Mitte des nächstgelegenen Fahrstreifens bei freier Schallausbreitung verursachte Mittelungspegel $L_m^{(25)}$ wird gemäß den Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen - RLS-90 [5] für den (idealisierten) Fall einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von $v = 100 \text{ km/h}$ und eines Fahrbahnbelags aus nicht geriffeltem Gussasphalt in Abhängigkeit von der maßgebenden stündlichen Verkehrsstärke (M) auf der jeweiligen Richtungsfahrbahn und dem Lkw-Anteil (p) rechnerisch ermittelt. Durch Korrekturwerte werden abweichende Randbedingungen bezüglich Fahrbahnoberfläche (D_{str0}) und zulässiger Höchstgeschwindigkeiten (D_v) ebenso berücksichtigt wie die erhöhte Schallemission von Streckenabschnitten mit einer Fahrbahnlängsneigung von mehr als 5 % (D_{Stg}). Aus dem Mittelungspegel $L_m^{(25)}$ und diesen Korrekturwerten wird der die Schallemission der betreffenden Richtungsfahrbahn kennzeichnende Emissionspegel $L_{m,E}$ gebildet.

4.2 Randbedingungen

Entsprechend der zeitlichen Unterscheidung bei den Orientierungswerten und Immissionsgrenzwerten müssen auch die Emissionspegel für die Zeiträume "tags" (6.00 bis 22.00 Uhr) und "nachts" (22.00 bis 6.00 Uhr) bestimmt werden.

Gemäß Anhang A.3 zur DIN 4109 [3] hat die Ermittlung des maßgeblichen Außenlärmpegels "... unter Berücksichtigung der langfristigen Entwicklung der Belastung (5 bis 10 Jahre) ..." zu erfolgen; in der Begründung der Bundesregierung zum Entwurf der Verkehrslärmschutzverordnung [6] wird von einem Prognosezeitraum von 10 bis 20 Jahren ausgegangen.

In der von der Modus-Consult, Karlsruhe, und der K+P Transport Consultants, Freiburg, für das Land Baden-Württemberg erstellten "*Straßenverkehrsprognose 2025*" [7] wird für Bundesstraßen eine Zunahme des Verkehrsaufkommens von 2005 bis 2025 um 19 % beim Leichtverkehr (Fahrzeuge mit maximal 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht) und um 34 % beim Schwerverkehr (Fahrzeuge mit mehr als 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht) angegeben. Werden diese Zuwachsraten auch für die hier interessierende B 28 angesetzt, so resultieren aus einer Hochrechnung vom Jahr 2012 (anstatt 2005) auf das Prognosejahr 2025 Zuwachsraten von ca. 12 % bei Pkw und ca. 21 % bei Lkw, wenn davon ausgegangen wird, dass der Schwerverkehrsanteil in erster Näherung identisch ist mit dem Lkw-Anteil im Sinne der RLS-90.

Bei der Festlegung des Korrekturwerts für unterschiedliche Straßenoberflächen wird von einem Fahrbahnbelag aus "*nichtgeriffeltem Gussasphalt, Asphaltbeton oder Splitt-Mastix-Asphalt*" gemäß Tabelle 4, Zeile 1, der RLS-90 ausgegangen; diesem Fahrbahnbelag ist ein Korrekturwert von $D_{StrO} = 0 \text{ dB(A)}$ zuzuordnen.

Die Fahrbahnlängsneigung der Bahnhofstraße weist im hier interessierenden Streckenabschnitt generell Werte von $g < 5 \%$ auf, so dass der Korrekturwert für Steigungen und Gefälle $D_{Stg} = 0 \text{ dB(A)}$ beträgt.

4.3 Emissionspegel

Mit den genannten Ausgangsdaten und Randbedingungen wurden unter Anwendung der in den RLS-90 [5] angegebenen Gleichungen folgende Werte für die Frequenzierung, die Korrekturgröße D_v sowie für den durch den zukünftig (im Prognosejahr 2025) zu erwartenden Kraftfahrzeugverkehr auf der B 28 verursachten Emissionspegel $L_{m,E}$ für die Tageszeit (t) und die Nachtzeit (n) ermittelt:

DTV Kfz/24h	M_t Kfz/h	M_n Kfz/h	p_t %	p_n %	v_{Pkw} km/h	v_{Lkw} km/h	$D_{v,t}$ dB(A)	$D_{v,n}$ dB(A)	$L_{m,E,t}$ dB(A)	$L_{m,E,n}$ dB(A)
9 304	534	95	5,8	8,0	50	50	-4,7	-4,4	61,5	54,9

Die den beiden Richtungsfahrbahnen zuzuordnenden Emissionspegel sind um jeweils 3 dB(A) niedriger als die o. g. Werte für die Gesamtbelastung.

5. SCHALLAUSBREITUNG

5.1 Rechenverfahren

Der durch einen lärmemittierenden Vorgang an einem bestimmten Einwirkungsort hervorgerufene Immissionspegel ist abhängig vom jeweiligen Emissionspegel und den Schallausbreitungsbedingungen auf der Ausbreitungsstrecke zwischen den Schallquellen und dem betrachteten Einwirkungsort. Einflussgrößen auf die Schallausbreitungsbedingungen im allgemeinen Fall sind:

- Länge des Schallausbreitungsweges
- Luft- und Bodenabsorption sowie Witterung
- Schallabschirmung durch Bebauung auf dem Schallausbreitungsweg
- Schallreflexionen an Gebäudefassaden in der Umgebung des Schallausbreitungsweges

Die Berechnung der Schallausbreitung erfolgt mit Hilfe des entsprechend den Rechenvorschriften der RLS-90 [5] vom Ingenieurbüro Braunstein und Berndt GmbH, Backnang, entwickelten Rechenprogramms SOUNDPLAN.

Linien-schallquellen werden mit diesem Programm in Teile zerlegt, deren Abmessungen klein gegenüber ihrem Abstand zum nächstgelegenen interessierenden Immissionsort sind. Anhand der entsprechend den vorliegenden Plänen in den Rechner eingegebenen Koordinaten wird dort ein Geländemodell simuliert. Für jeden zu untersuchenden Immissionsort werden zunächst die maßgeblich zur Lärmeinwirkung beitragenden Schallquellen erfasst und anschließend die durch Direktschallausbreitung verursachten und durch Beugung bzw. Reflexionen beeinflussten Immissionsbeiträge dieser Schallquellen bestimmt. Durch Aufsummieren dieser Immissionsanteile ergibt sich jeweils der am Einwirkungsort durch die berücksichtigten Schallquellen verursachte Immissionspegel.

5.2 Randbedingungen

Bei der Lärm-Immissionsprognose wurden folgende Randbedingungen berücksichtigt:

- Gemäß den Angaben in den RLS-90 [5] wird der maßgebende Immissionsort "*... bei Gebäuden in Höhe der Geschossdecke (0,2 m über Fensteroberkante) des zu schützenden Raumes angenommen*". Die Höhe der die Lärmeinwirkung auf die einzelnen Geschosse kennzeichnenden Immissionsorte wurde aus dem vorgelegten Schnittplan für das in Baufeld 8 geplante Gebäude entnommen.
- Die jeweils berücksichtigte Erdgeschossfußbodenhöhe (EFH) über dem jeweiligen Fahrbahnniveau der B 28 ist u. a. im Lageplan in Anlage 3 eingetragen.
- Für alle Gebäudefassaden wurde die "*Korrektur zur Berücksichtigung der Absorptionseigenschaften von reflektierenden Flächen*" in Anlehnung an die Angaben in Tabelle 7 der RLS-90 [5] mit einem Wert von $D_E = -1 \text{ dB(A)}$ angenommen.
- Der örtlich unterschiedliche Einfluss von Fassadenstrukturen (insbesondere Balkonen) auf die Schallausbreitung (Schallpegelminderung durch Abschirmung und/oder Schallpegelerhöhung durch Reflexionen) blieb rechnerisch außer Ansatz.

Die im Rahmen der schalltechnischen Prognose berücksichtigten Objekte sind im Lageplan in Anlage 3 grafisch dargestellt; dort sind auch zwei zur numerischen Ermittlung von Immissionspegeln herangezogene Immissionsorte eingetragen.

6. SCHALLIMMISSIONEN

6.1 Immissionspegel

Für den Beurteilungspegel "tags" ($L_{r,t}$) und den Beurteilungspegel "nachts" ($L_{r,n}$) wurden an dem jeweils im Lageplan in Anlage 3 eingetragenen Immissionsort vor der zur Bahnhofstraße orientierten Fassade eines in Baufeld 6 bzw. 8 errichteten Gebäudes folgende Werte vor den einzelnen Geschossen bestimmt:

Baufeld	Beurteilungspegel			
	$L_{r,t}$ in dB(A)		$L_{r,n}$ in dB(A)	
	6	8	6	8
Erdgeschoss	65,3	66,1	58,7	59,5
1. Obergeschoss	65,4	66,1	58,7	59,5
2. Obergeschoss	65,2	65,7	58,5	59,1
3. Obergeschoss	64,9	65,2	58,2	58,5
4. Obergeschoss	64,5	-	57,8	-
5. Obergeschoss	64,0	-	57,4	-

6.2 Lärmpegelbereiche

Die zur Bahnhofstraße orientierten Fassaden der ersten, straßennahen Baureihe sind somit in allen Geschossen dem Lärmpegelbereich IV zuzuordnen.

Die Zuordnung aller Fassadenabschnitte von vollflächig das jeweilige Baufeld ausfüllender Gebäude zum jeweiligen Lärmpegelbereich wird in den Anlagen 3 bis 8 geschossweise grafisch durch Farbgebung gekennzeichnet.

Auf der Basis der aus der Darstellung in den genannten Anlagen zu entnehmenden Zuordnung von Außenflächen zum jeweiligen Lärmpegelbereich kann in Kenntnis der geplanten Raumnutzung und der Raumgeometrie die im Bereich schutzbedürftiger Räume erforderliche Luftschalldämmung der Gebäudeaußenbauteile ermittelt und deren Einhaltung durch die Wahl entsprechender Bauelemente sichergestellt werden.

7. ZUSAMMENFASSUNG

Auf der Grundlage von Informationen über die zukünftige Frequentierung der Bundesstraße 28 und ergänzender Informationen über örtliche, bauliche und verkehrstechnische Gegebenheiten wurde die durch den Kraftfahrzeugverkehr auf der Bahnhofstraße in Oppenau verursachte Lärmeinwirkung auf die Fassaden aller innerhalb der Baufelder im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans "Bahnhofstraße", 1. Änderung und Erweiterung, bestehender bzw. zu errichtender Gebäude rechnerisch prognostiziert.

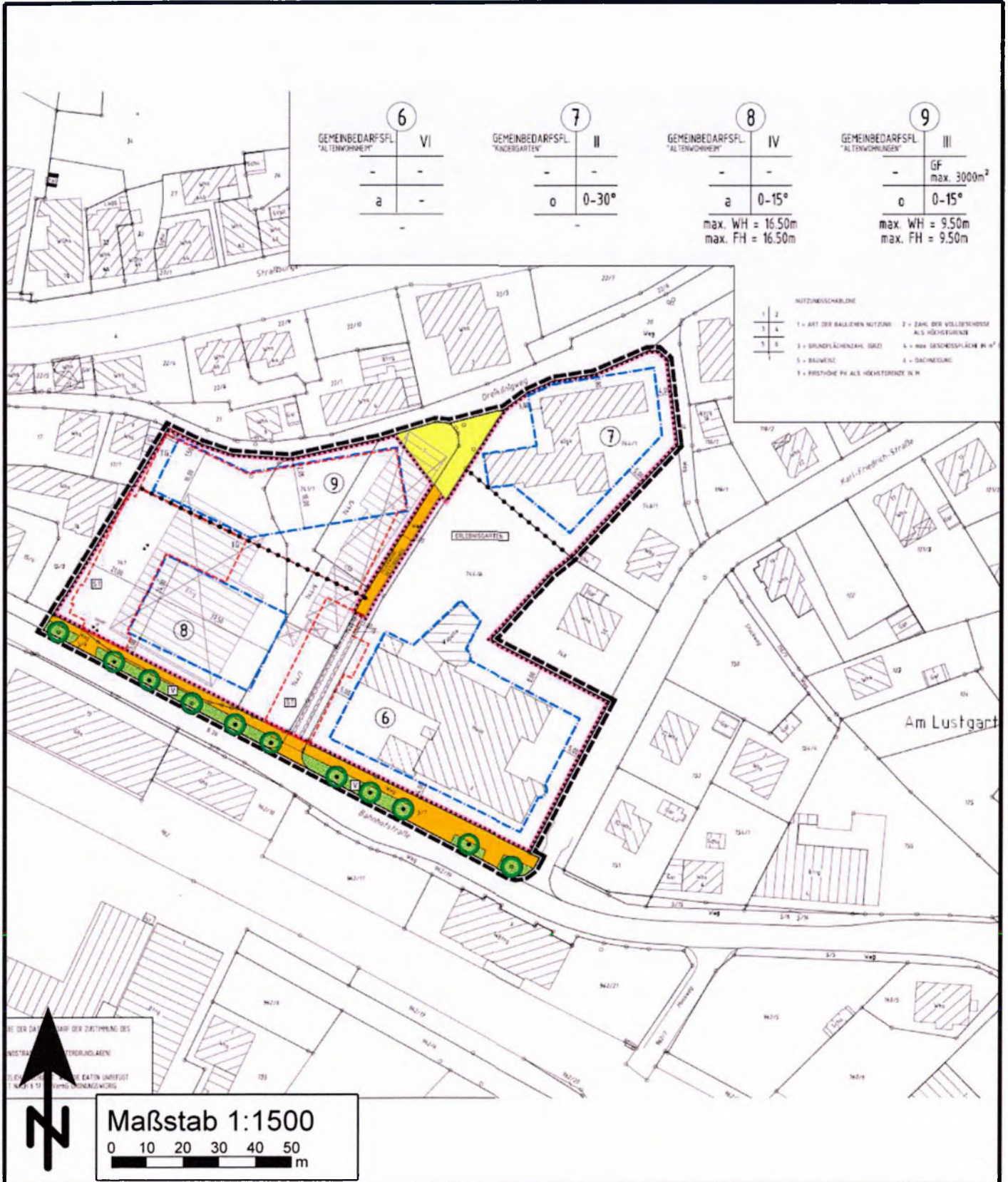
Die Zuordnung einzelner Fassadenabschnitte zum jeweiligen Lärmpegelbereich wird als Grundlage für die Dimensionierung passiver Schallschutzmaßnahmen geschossweise in den Anlagen 3 bis 8 grafisch durch Farbgebung gekennzeichnet.

Ingenieurbüro für
Schall- und Wärmeschutz
Wolfgang Rink

(Rink)

(Schneider)

Bebauungsplan "Bahnhofstraße" auf Gemarkung Oppenau, 1. Änderung und Erweiterung
 - Bebauungsplan, zeichnerischer Teil in der Fassung vom 13.01.2014;
 Auszug aus einem vom Planungsbüro Fischer, Freiburg, gefertigten Plan

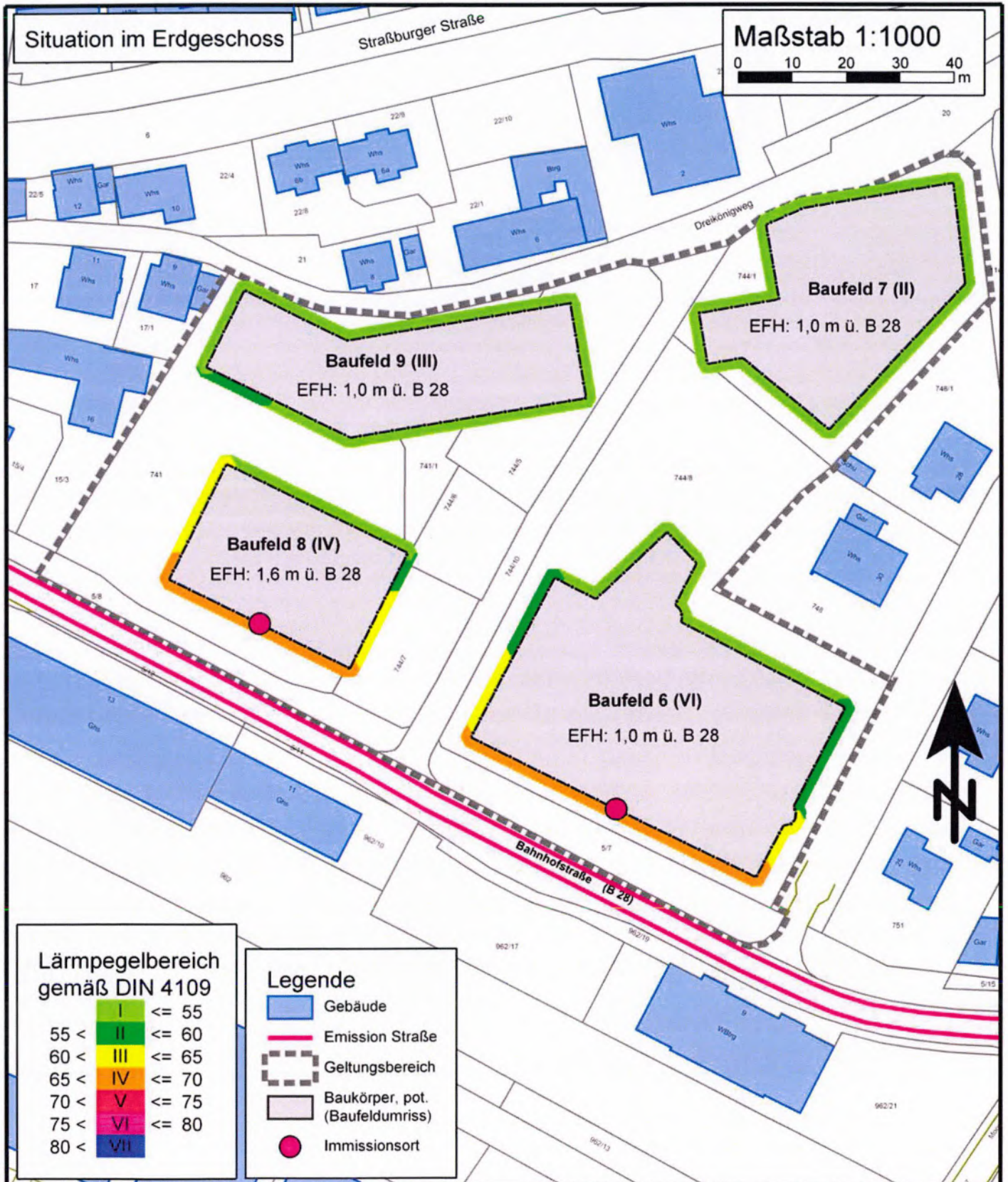


Bebauungsplan "Bahnhofstraße" auf Gemarkung Oppenau, 1. Änderung und Erweiterung
 - Anforderungen an die Luftschalldämmung von Außenbauteilen;
 Erläuterungen siehe Text, Abschnitt 3.2

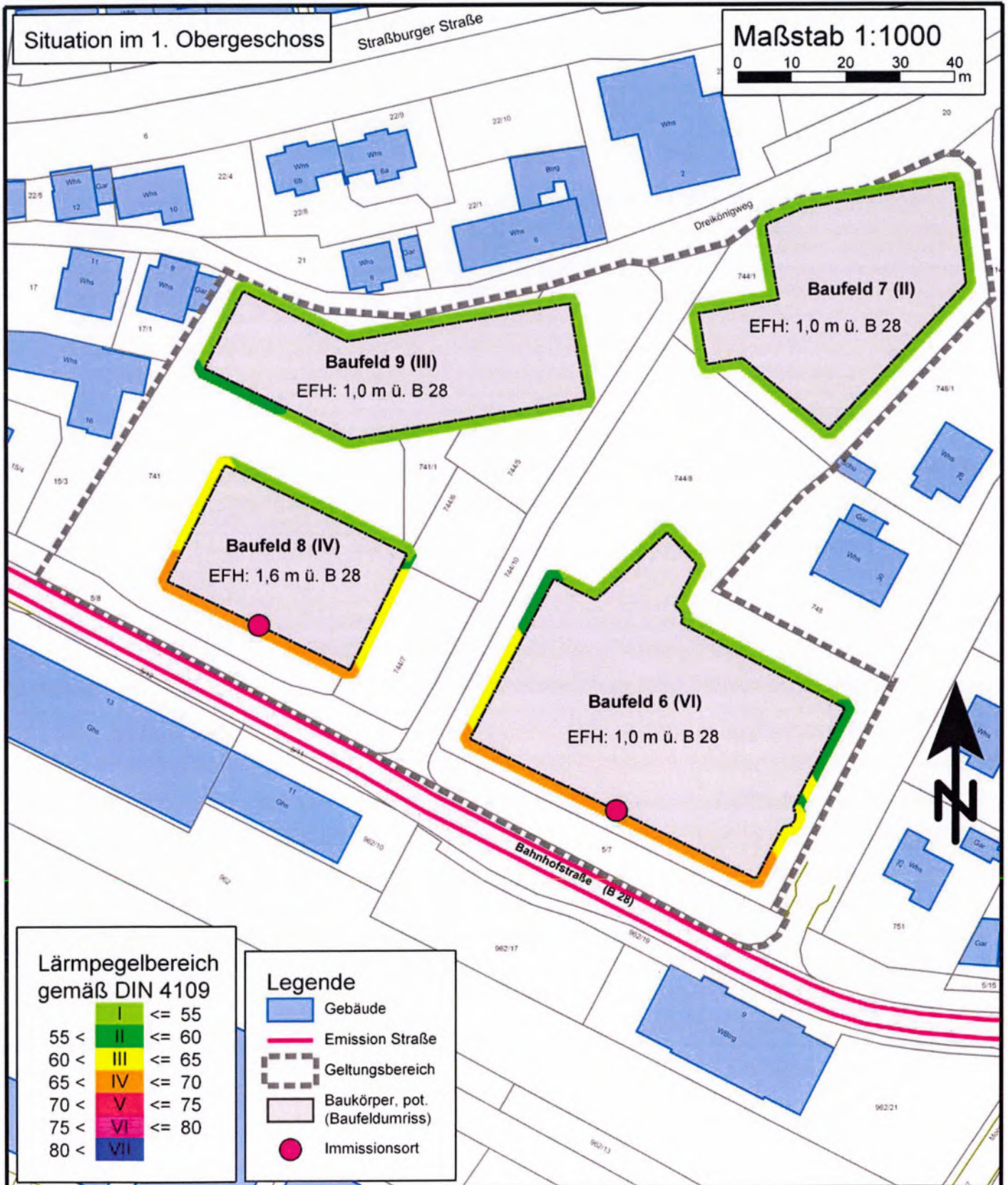
Anforderungen an die Luftschalldämmung von Außenbauteilen gemäß DIN 4109 Tabelle 8							
Lärmpegelbereich maßgeblicher Außenlärmpegel in dB(A)	I	II	III	IV	V	VI	VII
	bis 55	56 bis 60	61 bis 65	66 bis 70	71 bis 75	76 bis 80	> 80
Raumarten:							
Bettenräume in Krankenanstalten und Sanatorien erf. $R'_{w,res}$ in dB	35	35	40	45	50	2)	2)
Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beher- bergungsstätten, Unterrichtsräume und ähnliches erf. $R'_{w,res}$ in dB	30	30	35	40	45	50	2)
Büroräume ¹⁾ und ähnliches erf. $R'_{w,res}$	-	30	30	35	40	45	50
¹⁾ An Außenbauteile von Räumen, bei denen der eindringende Außenlärm aufgrund der in den Räumen ausgeübten Tätigkeiten nur einen untergeordneten Beitrag zum Innenraumpegel leistet, werden keine Anforderungen gestellt. ²⁾ Die Anforderungen sind hier aufgrund der örtlichen Gegebenheiten festzulegen.							

Korrekturwerte für das erforderliche resultierende Schalldämm-Maß von Außenbauteilen nach Tabelle 8 in Abhängigkeit vom Verhältnis $S_{(W+F)}/S_G$ gemäß DIN 4109 Tabelle 9									
$S_{(W+F)}/S_G$	2,5	2,0	1,6	1,3	1,0	0,8	0,6	0,5	0,4
Korrektur K in dB	+5	+4	+3	+2	+1	0	-1	-2	-3
$S_{(W+F)}$ = Gesamtfläche des Außenbauteils eines Aufenthaltsraums in m ² S_G = Grundfläche eines Aufenthaltsraums in m ²									

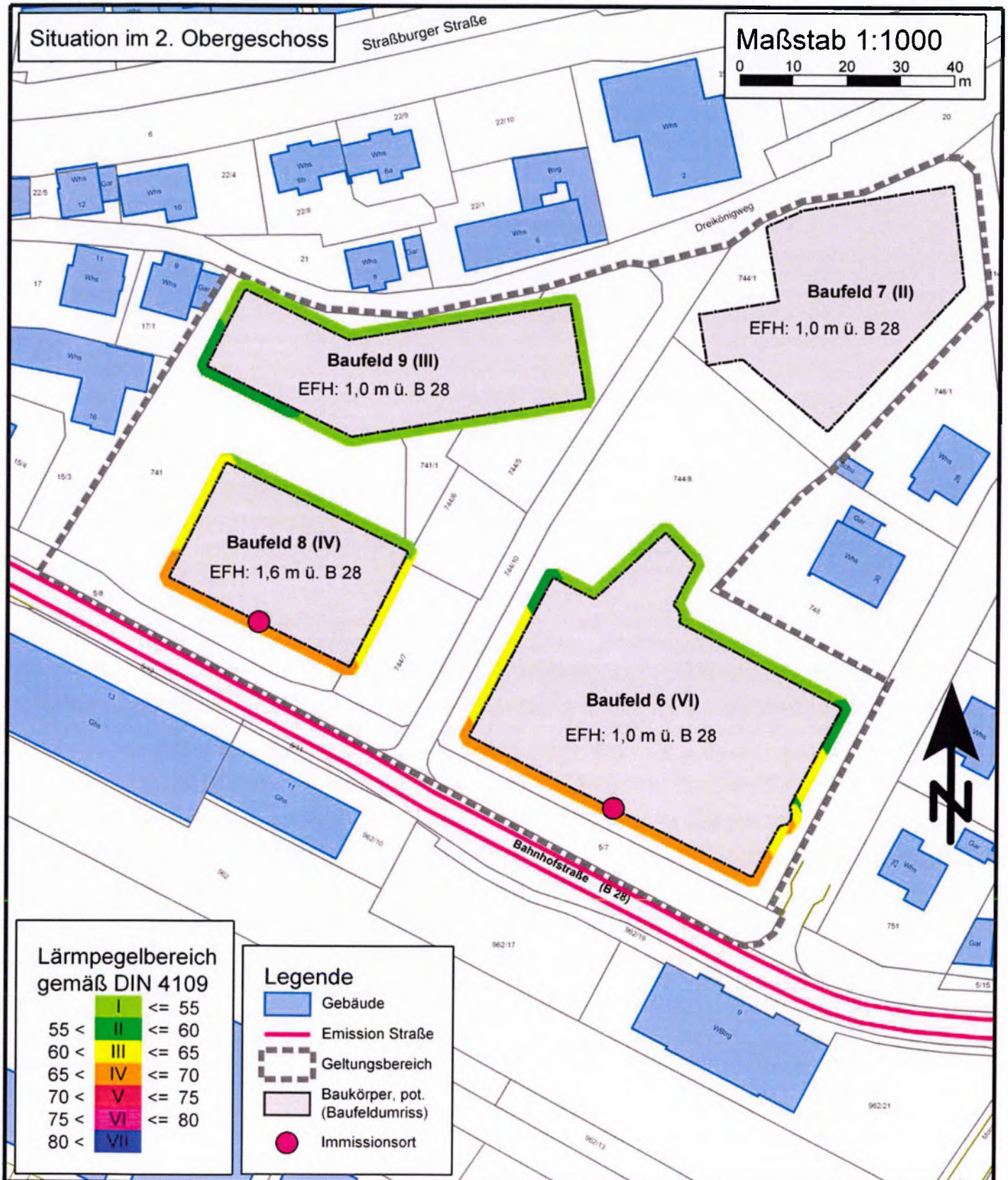
Bebauungsplan "Bahnhofstraße" auf Gemarkung Oppenau, 1. Änderung und Erweiterung
 - Lageplan mit Kennzeichnung einzelner Fassadenabschnitte von potentiellen, das jeweilige
 Baufeld ausfüllenden Baukörpern durch Farbgebung entsprechend ihrer Zuordnung zum
 jeweiligen Lärmpegelbereich gemäß DIN 4109 im Erdgeschoss;
 Erläuterungen siehe Text, Abschnitt 6.2



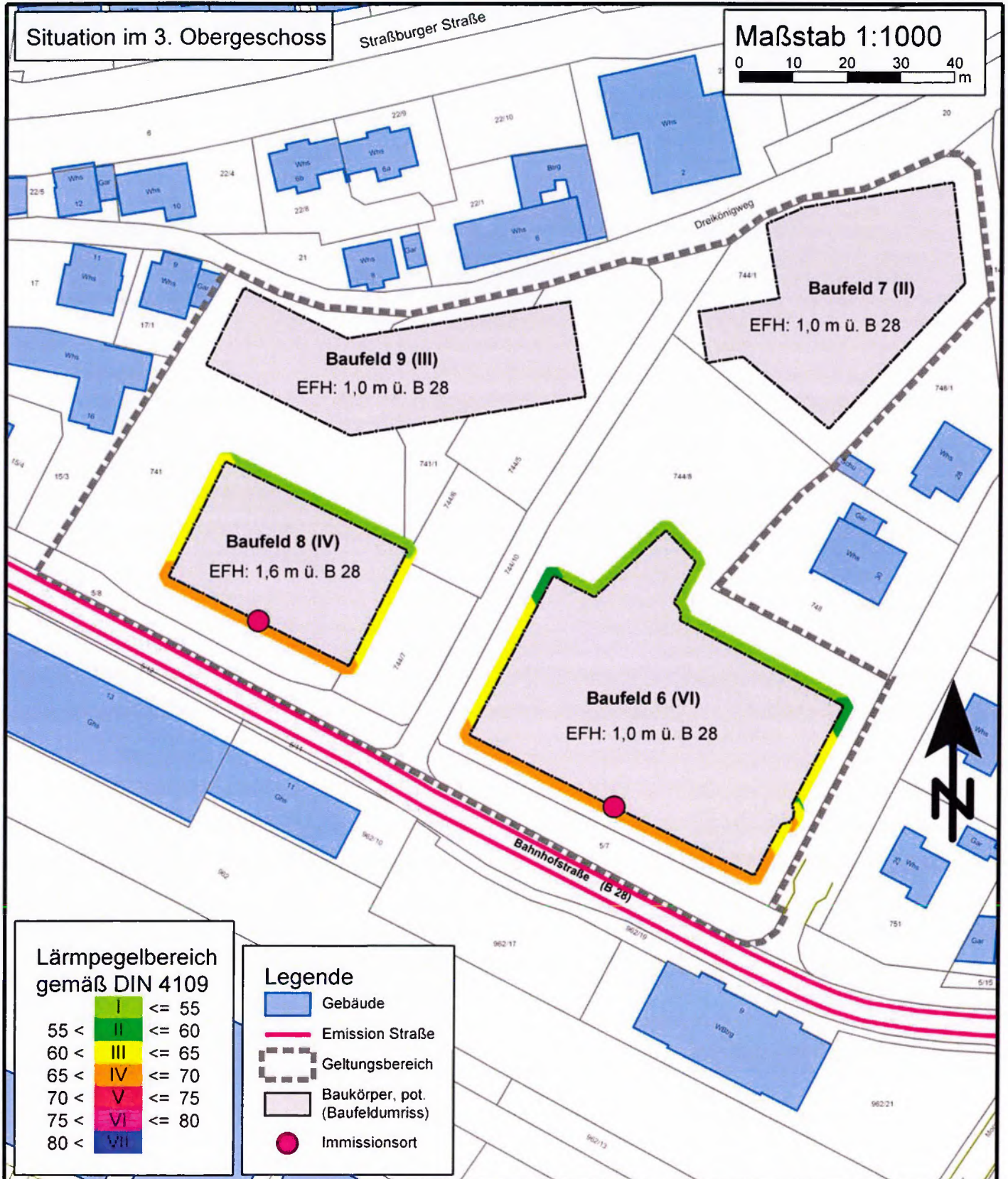
Bebauungsplan "Bahnhofstraße" auf Gemarkung Oppenau, 1. Änderung und Erweiterung
 - Lageplan mit Kennzeichnung einzelner Fassadenabschnitte von potentiellen, das jeweilige
 Baufeld ausfüllenden Baukörpern durch Farbgebung entsprechend ihrer Zuordnung zum
 jeweiligen Lärmpegelbereich gemäß DIN 4109 im **1. Obergeschoss**;
 Erläuterungen siehe Text, Abschnitt 6.2



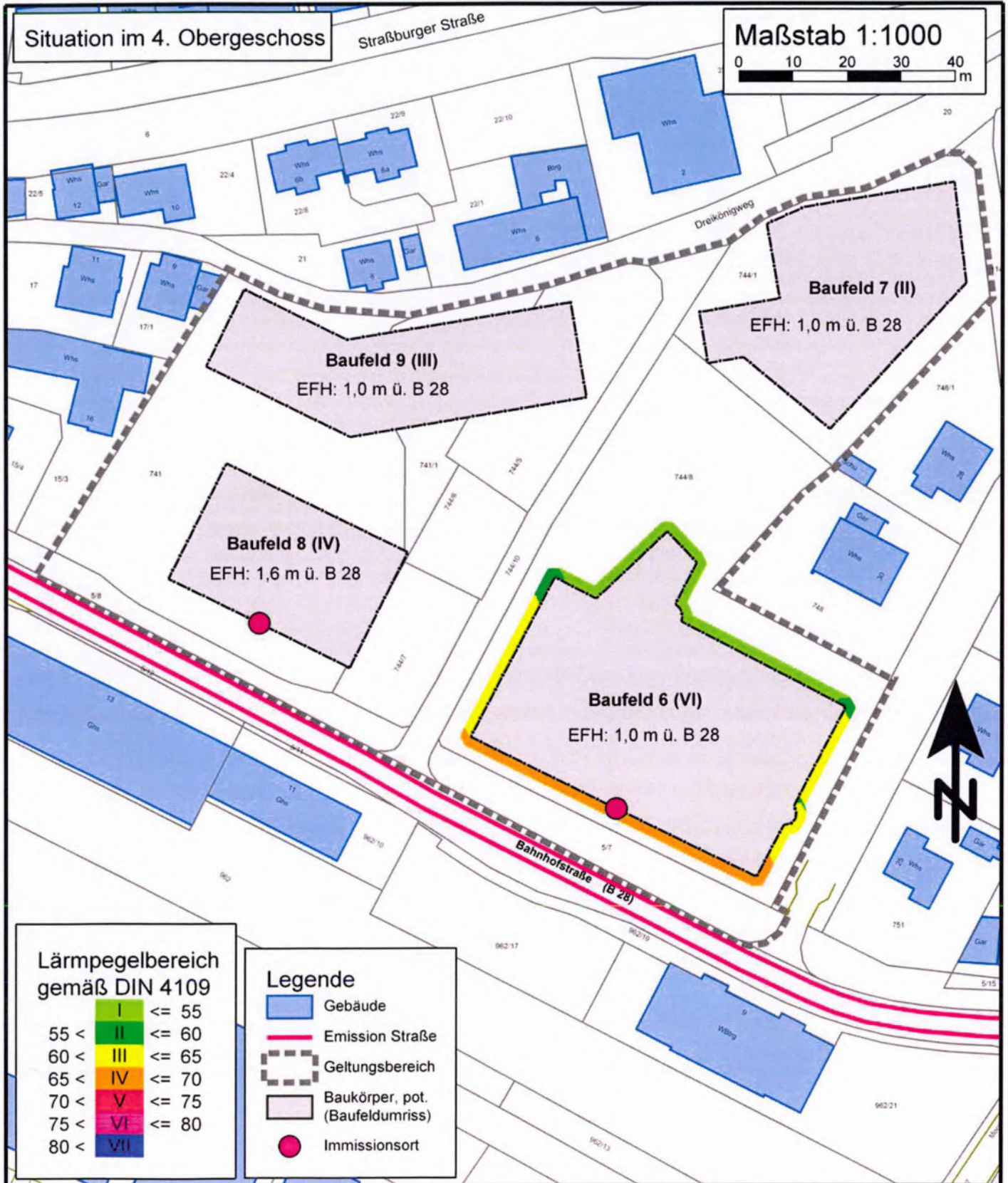
Bebauungsplan "Bahnhofstraße" auf Gemarkung Oppenau, 1. Änderung und Erweiterung
 - Lageplan mit Kennzeichnung einzelner Fassadenabschnitte von potentiellen, das jeweilige
 Baufeld ausfüllenden Baukörpern durch Farbgebung entsprechend ihrer Zuordnung zum
 jeweiligen Lärmpegelbereich gemäß DIN 4109 im 2. Obergeschoss;
 Erläuterungen siehe Text, Abschnitt 6.2



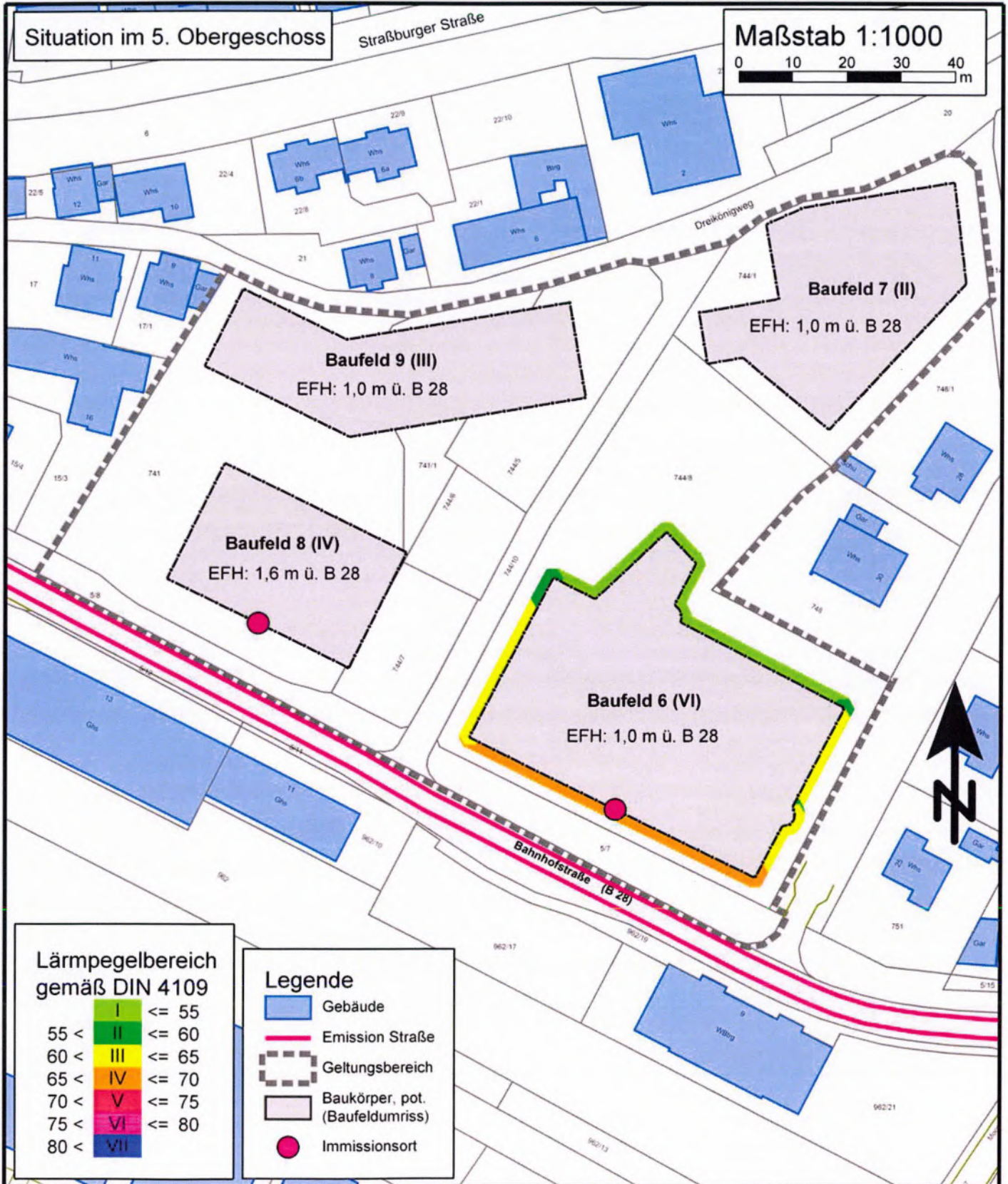
Bebauungsplan "Bahnhofstraße" auf Gemarkung Oppenau, 1. Änderung und Erweiterung
 - Lageplan mit Kennzeichnung einzelner Fassadenabschnitte von potentiellen, das jeweilige
 Baufeld ausfüllenden Baukörpern durch Farbgebung entsprechend ihrer Zuordnung zum
 jeweiligen Lärmpegelbereich gemäß DIN 4109 im 3. Obergeschoss;
 Erläuterungen siehe Text, Abschnitt 6.2

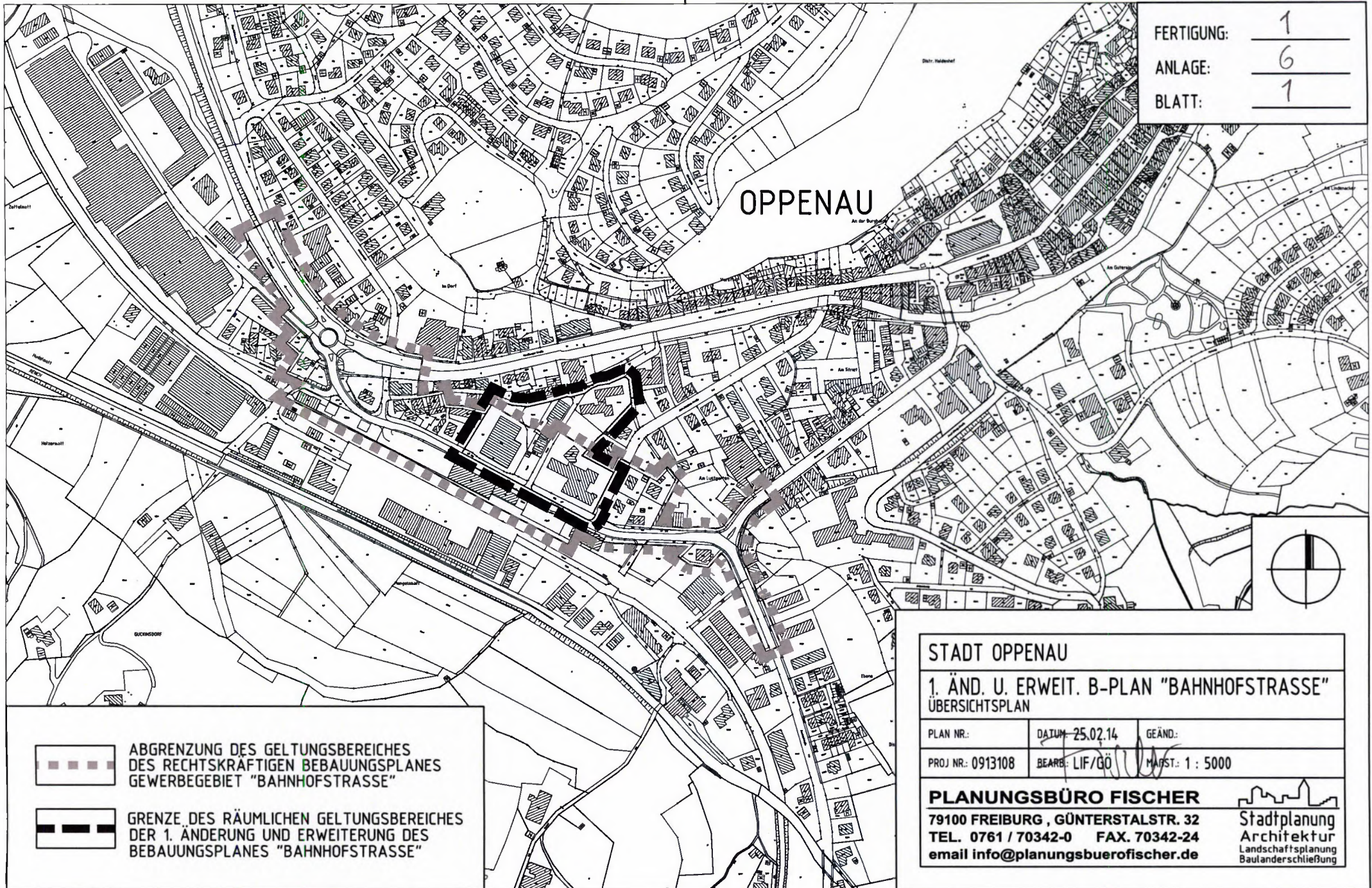


Bebauungsplan "Bahnhofstraße" auf Gemarkung Oppenau, 1. Änderung und Erweiterung
 - Lageplan mit Kennzeichnung einzelner Fassadenabschnitte von potentiellen, das jeweilige
 Baufeld ausfüllenden Baukörpern durch Farbgebung entsprechend ihrer Zuordnung zum
 jeweiligen Lärmpegelbereich gemäß DIN 4109 im 4. Obergeschoss;
 Erläuterungen siehe Text, Abschnitt 6.2



Bebauungsplan "Bahnhofstraße" auf Gemarkung Oppenau, 1. Änderung und Erweiterung
 - Lageplan mit Kennzeichnung einzelner Fassadenabschnitte von potentiellen, das jeweilige
 Baufeld ausfüllenden Baukörpern durch Farbgebung entsprechend ihrer Zuordnung zum
 jeweiligen Lärmpegelbereich gemäß DIN 4109 im 5. Obergeschoss;
 Erläuterungen siehe Text, Abschnitt 6.2



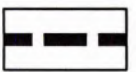


FERTIGUNG: 1
 ANLAGE: 6
 BLATT: 1

OPPENAU



ABGRENZUNG DES GELTUNGSBEREICHES
 DES RECHTSKRÄFTIGEN BEBAUUNGSPLANES
 GWERBEBEBIET "BAHNHOFSTRASSE"



GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
 DER 1. ÄNDERUNG UND ERWEITERUNG DES
 BEBAUUNGSPLANES "BAHNHOFSTRASSE"

STADT OPPENAU

1. ÄND. U. ERWEIT. B-PLAN "BAHNHOFSTRASSE" ÜBERSICHTSPLAN

PLAN NR.:	DATUM: 25.02.14	GEÄND.:
PROJ NR.: 0913108	BEARB.: LIF/GÖ	MAßST.: 1 : 5000

PLANUNGSBÜRO FISCHER
 79100 FREIBURG, GÜNTERSTALSTR. 32
 TEL. 0761 / 70342-0 FAX. 70342-24
 email info@planungsbuerofischer.de

